

Genehmigung am 15.08.2024 (genehmigt)

Protokoll 14

Stadtratssitzung

Donnerstag, 04.07.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	3
2023.SR.0112.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2022.SR.000194.....	10
2 Finanzkommission (FIKO): Ersatzwahl	
2022.SR.000193.....	11
3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl	
2020.SR.000388.....	11
4 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl	
2020.SR.000387.....	11
5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl	
2019.SR.000010.....	12
6 Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsantrag Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Die Wahlen des Ratspräsidiums inkl. des Vizepräsidiums (1. und 2. Vize) sowie der Kommissionspräsidien inkl. der Vizepräsidien erfolgt künftig offen; 1. Lesung	
2024.SUE.0021.....	15
7 Eurovision Song Contest (ESC) 2025: Finanzbeitrag Stadt Bern	
Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.....	35
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.35 Uhr.....	36
2022.SR.000053.....	37
9 Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA/Jemima Fischer, AL): Die Zeit ist um – Für eine aktive und partizipative Energie- und Klimakommission	
2022.SR.000055.....	41
10 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, GB/JA!, GLP/JGLP, SP/JUSO, AL/PdA (Marcel Wüthrich, GFL/Katharina Gallizzi, GB/ Gabriela Blatter, GLP/Bettina Jans, EVP/Katharina Altas, SP/Jemima Fischer, AL): Ausstiegsstrategie aus Erdgas als städtischer Energieträger; Prüfungsbericht	
2022.SR.000091.....	48
11 Postulat Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Konsequente Klimapolitik #2: Foodwaste stoppen!; Prüfungsbericht	
2022.SR.000137.....	50

12	Postulat Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Laura Binz, SP): Eine Kooperationsplattform für regionales Biogas	
2023.SR.000042	50
13	Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, GLP/JGLP, SP/JUSO (Tanja Miljanovic, GFL/Judith Schenk, GLP/Ingrid Kissling, SP): Weiterentwicklung der Klimaplattform der Wirtschaft - KMU Nachhaltigkeitskompass	
2023.SR.0152	57
14	Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach / Timur Akçasayar, SP): Mehrweggeschirr auch für Gastrobetriebe und Grossveranstaltungen auf Privatgrund in Bern	
2023.SR.0105	62
15	Postulat Fraktion AL/PdA (David Böhner, AL / Matteo Micieli, PdA): Umweltschonende Ernährung – Stadt als Vorbild	
Versoben und eingereicht	68
Schluss der Sitzung: 22.33 Uhr	71

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Thomas Glauser	Matteo Micieli
Janina Aeberhard	Muriel Graf	Szabolcs Mihályi
Timur Akçasayar	Lukas Gutzwiller	Tanja Miljanovic
Lena Allenspach	Bernadette Häfliger	Niklaus Mürner
Ruth Altmann	Bernhard Hess	Dominic Nellen
Ursina Anderegg	Thomas Hofstetter	Barbara Nyffeler
Mirjam Arn	Matthias Humbel	Cemal Özçelik
Oliver Berger	Seraphine Iseli	Florence Pärli Schmid
Tom Berger	Ueli Jaisli	Halua Pinto de Magalhães
Natalie Bertsch	Anna Jegher	Simone Richner
Lea Bill	Raffael Joggi	Claudio Righetti
Laura Binz	Nora Joos	Mirjam Roder
Gabriela Blatter	Barbara Keller	Michael Ruefer
David Böhner	Ingrid Kissling-Näf	Mahir Sancar
Michael Burkard	Fuat Köçer	Judith Schenk
Francesca Chukwunyere	Nora Krummen	Nicole Silvestri
Sibyl Eigenmann	Anna Leissing	Chandru Somasundaram
Nik Eugster	Christoph Leuppi	Ursula Stöckli
Alexander Feuz	Corina Liebi	Irina Straubhaar
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Bettina Stüssi
Sofia Fisch	Simone Machado	Johannes Wartenweiler
Katharina Gallizzi	Denise Mäder	Lukas Wegmüller
Lionel Gaudy	Esther Meier	Béatrice Wertli
Franziska Geiser	Daniel Michel	Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Debora Alder-Gasser	Salome Mathys	Sarah Rubin
Emanuel Amrein	Mehmet Özdemir	Janosch Weyermann
Bettina Jans-Troxler		

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Liebe Mitglieder des Stadtrates, liebes Mitglied des Gemeinderats, geschätzte Gäste, liebe Medienschaffende, liebe Zuhörende, herzlich willkommen zur letzten Stadtratssitzung vor der Sommerpause.

Ich fange gerade an mit den Entschuldigungen: Für beide Sitzungen entschuldigt sind Debora Alder-Gasser von der EVP, Salome Mathys von der GLP, Mehmet Özdemir von der SP, Sarah Rubin vom GB und Janosch Weyermann von der SVP. Für die erste Sitzung entschuldigt sind Emanuel Amrein von der SP, Bettina Jans-Troxler von der EVP. Für die zweite Sitzung entschuldigt sind David Böhner von der AL und Raffael Joggi von der AL. Und etwas später kommen Franziska Geiser vom GB und Ursula Stöckli von der FDP.

Dann ist es so, dass wir heute gerade 3 Rücktritte haben, und zwar werden die letzte Sitzung haben: Nicole Silvestri, Alex Feuz und Lionel Gaudy. Und mir ist es wichtig, obwohl wir jetzt viel über die Vereinbarkeit geredet haben und natürlich über die Effizienz in diesem Rat, diese Mitglieder anständig zu verabschieden, dass wir uns auch Zeit nehmen für die Menschen, die die Politik machen, und selbstverständlich auch Zeit für die Geschäfte, und zwar unabhängig davon, ob jetzt eine oder drei Personen zurücktreten. Und ich fange gerade an mit dem Rücktrittsschreiben von Nicole Silvestri.

"Sehr geehrte Stadtratspräsidentin, geschätzte Stadtratsmitglieder, vor einiger Zeit habe ich mich entschieden, nach 12 Jahren in dieser wunderschönen Stadt wieder zurück in meine alte Heimat Schaffhausen zu ziehen, weshalb ich leider aus dem Stadtrat zurücktreten muss. Dieser Entscheid fiel mir schwer. Die letzten 12 Jahre war Bern mein Zuhause. Hier habe ich studiert. Hier trat ich der SP bei. Hier habe ich in fast jedem Quartier gewohnt. Hier sind viele meiner Freund*innen, hier durfte ich die letzten eineinhalb Jahre wertvolle Erfahrungen im Stadtrat machen. Ich kann mich noch gut an mein erstes Votum erinnern. Während bei meinen Vorredner*innen der Lärmpegel irritierend hoch war, wurde es bei meinem ersten Votum plötzlich ruhig. Entweder hat euch mein Schaffhauserdeutsch erschreckt oder ihr wolltet wissen, wer die Neue ist. Ich bin damals richtig erschrocken. Nach einigen Sekunden wart ihr aber bereits wieder in sehr wichtige Gespräche mit euren Tischnachbar*innen vertieft. All diese vielen Erfahrungen sind nicht umsonst. In Schaffhausen trete ich bei den Kantonsratswahlen an, und wer will, darf mir die Daumen drücken, damit ich mein politisches Engagement fortführen kann. Ich freue mich insgeheim schon darauf, in Schaffhausen den Kapitalismus zu überwinden, der Werbung im öffentlichen Raum den Garaus zu machen und das bürgerliche Geläut zu unterbinden. Ihr seht, ich nehme einiges mit. Bei euch möchte ich mich in erster Linie bedanken. Es war eine kurze Zeit, die ich im Rat verbracht habe, aber eine unglaublich spannende und lehrreiche. Und bitte meldet euch, wenn ihr mal in der Region seid. Ich zeige euch die schönsten Ecken der Nordschweiz. Danke und bis bald, Nicole."

Liebe Nicole, du warst jetzt eineinhalb Jahre im Stadtrat, aber vor allem auch 12 Jahre in Bern. Zuerst warst du in der RWSU und dann am Schluss in der PVS und du hast dich eingesetzt auch bei uns in der Fraktion und in der Kommission für eine klima- und auch velofreundliche Stadt. Das liegt dir sehr am Herzen. Wir haben uns auch in einem politischen Kontext kennengelernt, 2018 noch an der Uni, und dann waren wir Präsidentinnen von Sektionen der SP in der Stadt Bern. Und jetzt durften wir zusammen im Stadtrat sein die letzten eineinhalb Jahre. Also, es bricht mir immer wieder das Herz, wenn eine politische Weggefährtin von mir den Stadtrat verlässt. Aber es freut mich

sehr zu hören, dass du das politische Engagement weiterführen willst in Schaffhausen und die Ideen mitnehmen willst, zum Beispiel eben die Überwindung des Kapitalismus'. Ich wünsche dir ganz viel Erfolg und bin gespannt zu hören, wie das so läuft. Und ich glaube, im Namen des Stadtrates kann ich sagen: Wir wünschen dir von Herzen alles Gute, ganz viel Erfolg bei den Wahlen und merci vielmals für dein Engagement.

Wir kommen zum nächsten Rücktrittsschreiben von Lionel. Man merkt, je länger diese Personen im Stadtrat sind, desto länger werden auch diese Rücktrittsschreiben. Aber ihr habt jetzt eine Vorgabe ab morgen.

"Liebe Frau Stadtratspräsidentin, jetzt ist es so weit und auch meine Zeit im Berner Stadtrat kommt zu einem Ende. Ich kann mich noch gut an meine erste Sitzung erinnern, als ich zum ersten Mal im Rathaus Platz nahm, nicht so recht wissend, was mich da genau erwarten würde. Innerhalb der Fraktion – man glaubt es heute kaum, aber wir waren damals noch zu neunt – wurde ich sofort mit offenen Armen empfangen. Mir wurden bald Geschäfte zugeteilt und ich begann mich mit Vehemenz für einen verantwortungsvollen und gesunden Umgang mit den Stadtfinanzen einzusetzen. Im Endstadium meines Jura-Studiums hatte ich viel Zeit, die ich mit grosser Freude in mein neues politisches Amt investierte. Ich entdeckte die Stadt mit den Wanderwegen aus Pflastersteinen, den Sandsteinlauben und der wunderschönen Aare-Schlaufe aus einem völlig neuen Blickwinkel. Ich bin dankbar dafür, dass ich die Chance hatte, Bern mitzugestalten und dabei so viel zu lernen. Vielen Dank an die Wähler*innen der Mitte für ihr Vertrauen. Ich habe die Ausübung des Stadtratsmandats stets als eine grosse Ehre verstanden. Gerade wenn wir uns umschauen und einen Blick auf andere Länder und Städte wagen, so ist es offensichtlich, dass es keinesfalls selbstverständlich ist, was wir hier tun. Wir dürfen frei unsere Meinung äussern und als Volksvertreter*innen die Geschicke der Stadt Bern mitbestimmen. Es steht uns frei, ganz konkrete politische Forderungen einzubringen und Vorlagen mit Anträgen zu verbessern. Wir verfügen über die Macht, Gutes zu tun und Verbesserungen herbeizuführen. Diese Macht bringt auch eine grosse Verantwortung mit sich, eine Verantwortung gegenüber den Wählenden, aber auch eine Verantwortung gegenüber denjenigen, die nicht oder noch nicht wählen können. Ich bin überzeugt, dass ihr diese Verantwortung auch nach meinem Ausscheiden weiterhin trägt und umsichtig damit umgeht. Die obligaten mahnenden Worte gibt es nur in der Kurzfassung. Hört euch zu, nehmt euch nicht so ernst, schaut, dass ihr ernster genommen werdet, verzichtet auf Lächerlichkeit, führt sachliche Diskussionen und seid seriös – und fast am wichtigsten: Seid mit Freude dabei. Die Freude am Politisieren habe ich auch nach fast 10 Jahren noch nicht verloren und ich bin und bleibe politisch – künftig halt wieder als ganz normaler Berner ohne weitere Verpflichtungen. Ich kann gar nicht zählen, wie viele Rücktrittsschreiben während meiner Zeit als Stadtrat bereits verlesen wurden. Obwohl es einerseits den Vorteil bringt, dass sich der Stadtrat erneuert und auch neue Menschen den Platz zum Politisieren einräumt, so hat es andererseits auch den Nachteil, dass wir einen enorm hohen Wissensverlust haben. Gerade angesichts der stetig zunehmenden Stadtbevölkerung und der überproportional wachsenden Verwaltung wäre es wünschenswert, dass wir die Stellung des Parlaments stärken. Das Milizsystem bringt es mit sich, dass der Ausübung eines politischen Mandats nicht die gleiche Priorität zugemessen werden kann wie der Lohnarbeit. Als ich letzten November das Glück hatte, Vater zu werden, wurde mein Leben grundlegend auf den Kopf gestellt. Wie Michael Krogerus wusste auch ich: Ab jetzt bin ich nie mehr nicht Vater. Was mir damals noch nicht bewusst war, waren die Veränderungen, die dies nach sich ziehen würde. Ich wusste damals noch nicht, dass es mir künftig so schwerfallen würde, abendliche Verpflichtungen mit dem Familienleben in Einklang zu bringen, dass gerade die Abende unter der Woche nicht mehr so ohne Weiteres planbar

sind und dass ich dies auch nicht mehr will. Insbesondere wusste ich noch nicht, dass ich zum Schluss kommen würde, dass ich das Stadtratsmandat an jemanden abgeben würde, der dies ausüben kann und will. Ich bin daher froh, dass ihr jetzt Bestrebungen unternimmt, um die Vereinbarkeit des Stadtratsmandats mit dem Familien- und Berufsleben zu erhöhen, und wünsche euch, dass dies bald gelingt. In meiner Zeit im Rathaus habe ich sowohl endlos lange und eintönige Debatten als auch hitzige Gefechte miterlebt. Ich durfte mir rhetorisch brillante Voten zu Gemüte führen und musste mir wirres Gelaber anhören. Ich war Zeuge von Geplänkel, Ränkeschmiedeleien und taktisch verworrenen Abstimmungen. Es kam zu strategischen Grundsatzentscheiden und auch zu weniger wichtigen Grundsatzdebatten. Es gab viele Höhen und Tiefen, viel Freude, Ärger und auch Trauer. Und in all den Jahren haben mich jedoch die Menschen, die dahinterstehen, am meisten beeindruckt. Ich kann euch alle hier drin Anwesenden sowie diejenigen, die bereits nicht mehr hier weilen, gar nicht genug loben. Ihr alle steht tagtäglich auf und engagiert euch zum Wohle der Stadt Bern und ihrer Bevölkerung. Auch wenn wir vielleicht inhaltlich nicht immer dieselben Schlüsse aus diesem Engagement ziehen, anerkenne ich doch die grundsätzliche und tiefgehende Bereitschaft, Gutes für Bern zu tun. Ich durfte in diesem Saal viele spannende, interessante, clevere, charakterstarke, fleissige, geduldige, integre, intelligente hilfsbereite und freundliche Menschen kennenlernen. Diese Aufzählung könnte noch lange so weitergehen. Aber nicht nur, dass ich diese Bekannt- und Freundschaften sehr schätze. Wir haben uns politisch gestritten, hart debattiert und auch offen gekämpft. Wir haben gemeinsam Vorstösse eingereicht und ab und zu einmal auch eine Abstimmung gewonnen. Wir haben miteinander Gespräche über Moral, Politik, Sachgeschäfte und auch über die Liebe, das Leben und den ganzen Rest geführt. Wir haben uns auch ausserhalb des Rathauses an Ausflügen, Aperopartys, Konzerten, beim Schwimmen, Jassen, beim YB-Match oder beim Kerzenziehen getroffen. Dafür möchte ich euch allen herzlich danken. Es war für mich stets eine grosse Freude, diesen Weg mit euch zu beschreiten und ich habe die Zeit als Stadtrat sehr genossen. Ein besonderer Dank geht an meine Fraktionsmitglieder, die für mich stets mehr waren als nur Kolleg*innen. Es war toll, gemeinsam mit euch für eine Stadt in Balance zu kämpfen. Danke für all die hitzigen Diskussionen und die unvergesslichen Momente. Ein grosser Dank gebührt auch dem Ratssekretariat und all den Mitarbeitenden der Verwaltung für die gute Arbeit, die sie leisten. Das grösste Danke geht an meine Familie und Freunde, insbesondere an meine wunderbare Frau, die mich stets bei meinem Engagement unterstützt hat und sich oft am Donnerstag zu später Stunde nicht enden wollende Tiraden über eine verlorene Abstimmung anhören musste. Danke für euer Verständnis, wenn wir unsere gemeinsame Zeit um Fraktions-, Kommissions- und Stadtratssitzungen herum planen mussten. Danke vor allem dafür, dass ich trotz väterlicher Pflichten weiterhin im Rathaus den Kampf des Don Quichote austragen durfte. Der ist jetzt für mich vorbei und andere dürfen die Lanze führen. Tschüss, tschau und auf Wiedersehen."

Merci vielmals für das Rücktrittsschreiben, Lionel. du hast es gesagt: Du warst fast 10 Jahre im Stadtrat, seit 2015. Und auffallend ist, dass du wirklich eigentlich, glaube ich, in jeder Kommission warst, die wir zu bieten haben, sogar im Ratsbüro. Die vielschichtigen und vielseitigen Anliegen fallen auch auf, wenn man deine Vorstösse anschaut und schaut, wofür du dich eingesetzt hast. Du hast von sogenannten gesunden Stadtfinanzen gesprochen und Vorstösse eingereicht im Bereich Sicherheits- und Bildungspolitik, Verkehrspolitik. Die Aareuferwege lagen dir am Herzen, habe ich gesehen. Das ist aber schon ein Moment her. Und gerade zuletzt eine Motion zum Pumptrack Rossfeld. Und du hast auch einen Vorstoss übernommen, und der ist mir ganz besonders in Erinnerung geblieben, und zwar der, dass wir die Gartenanlage des Erlacherhofs für

alle öffnen. Das ist sicher einer der Erfolge, die du verzeichnen kannst. Was auch auffällt, wenn man deine Vorstösse anschaut, ist, dass du sehr häufig mit Menschen aus ganz verschiedenen Fraktionen eingereicht hast, also etwas, das du hier sehr klar zum Ausdruck gebracht hast, auch in dem Rücktrittsschreiben. Man merkt, dass du Freude an der Arbeit im Stadtrat hast, aber dass du auch Freude am Austausch mit allen verschiedenen Menschen haben. Das ist auch ein Ort, an dem ich dich am meisten getroffen habe, wahrscheinlich abgesehen vom Ratsbüro, an all den Events, die ausserhalb des Rathauses stattfinden. Du hast auch das Thema aufgebracht von der Vereinbarkeit. Du hast eine neue Aufgabe, und zwar eine ohne Amtszeitbeschränkung – Vater für den Rest des Lebens. Ich wünsche dir im Namen des Stadtrats ganz, ganz viel Spass, eine schöne Zeit, eine aufregende, intensive Zeit. Merci vielmals für dein Engagement und ich bin mir sicher, wir sehen uns sehr bald wieder.

Wir kommen noch zum letzten Rücktrittsschreiben. Das ist etwa ähnlich lang, damit ihr euch schon darauf einstellen könnt. Es ist von Alex Feuz.

"Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, liebe Valentina, liebe Kollegen und Kolleginnen, auf den 5. Juli 2024 trete ich aus dem Stadtrat zurück. Die Gründe des Rücktritts –" Moment, ich muss schnell schauen, dass ich das richtige Dokument habe, denn ich eben mehrere bekommen. Gut, ich habe das richtige. "Die Gründe des Rücktritts sind medial bereits bekannt. Ich habe immer sehr gerne gekämpft, auch wenn ich meist in der Sitzung mit meinen Anliegen keinen Erfolg hatte und dies von Beginn an auch klar wusste. Verhältnisse Reithalle: Trotz Aufhebung aller Parkplätze immer schlimmer, habe weiterhin aus politischen Gründen Hausverbot, Zerstörung wertvoller Grünräume, dafür Aufhebung von Parkplätzen, überdimensionierte und falsche Planungen, neu fast ausschliesslich vegi und vegetarische Ernährung an städtischen Anlässen, dafür viele Reste von Grünzeug. Die nachhaltige und ökologisch vorbildliche Entsorgung der Salami und –" Ich musste schon lachen, als ich das das erste Mal gelesen habe, und jetzt nochmals, sorry. "... Entsorgung der Salami und Lachsbrötchen durch SVP-Vertreter, die trotz ihres leichten Übergewichts sich selbstlos und tatkräftig für den Abbau von Buffets einsetzten, entfällt nun. Ratschlag: Bei Vegi-Aperos weniger einkaufen. Es ging mir im Stadtrat darum, die Anliegen meiner Wähler engagiert im Rat zu vertreten. Oft zeigte es sich erst später, dass ich recht hatte. Die Velobrücke ist jedenfalls sistiert, das Schulhaus Goumoëns redimensioniert, Citysoftnet führte effektiv zu Riesenproblemen. Die Mobilitäts-App ist gestoppt. Ich habe Hoffnungen, dass die Stadt auch in anderen Fällen wieder zur Vernunft kommt. Ich habe seit meinem Nachrücken 2011 in den Stadtrat in- und ausserhalb des Ratssaals mit meiner Meinung nie zurückgehalten. Es wurde mir immer attestiert, mit offenem Visier zu kämpfen. Ich habe dafür auch fast immer gut geschlafen. Einschränkungen gegen die freie Ausübung des Stadtratsmandats waren mir stets klar zuwider." Das ist fett geschrieben. "Nur dann, wenn ich irrtümlicherweise den falschen Knopf erwischte, hatte ich wirklich ein schlechtes Gewissen. Ihr müsst keine Angst haben, dass ich mich neuen sportlichen Aktivitäten widmen werde. Ich bleibe mir auch hier treu und halte mich sportlich weitgehend weiterhin vornehm zurück, wie ich auch als eines der wenigen Stadtratsmitglieder auf das Gratisangebot, Publibike zu benutzen, stets verzichtet habe, dies aus Eigenschutz – sowohl aus Gründen des persönlichen Wohlbefindens, aber auch als kleiner Beitrag zur Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit auf den Strassen. Ich werde mich als Sektionspräsident weiterhin in der Quartierkommission für Anliegen meiner Wähler engagieren und mich voll für das Zustandekommen der Streichelzoo-Initiative einsetzen, wenn der Gemeinderat nicht einlenkt. Zudem laufen spannende Referenden. Ich habe zudem noch unzählige, teilweise halbe, aufgerissene Bücherkartons zu geschichtlichen und militärgeschichtlichen Themen, wenn am Donnerstag doch überraschend Langeweile

aufkommen sollte. Ich war sehr gerne im Stadtrat – lange geblieben, dafür vielen zu grossem Dank verpflichtet. Vorab danke ich meiner Familie, die mich in dieser Entscheidung kräftig unterstützte. Im Gegensatz zu vor mir zurückgetretenen Kolleg*innen habe ich meine Familie in diese Entscheidung eingebunden. Insbesondere meine Tochter fände es nach wie vor sehr spannend, wenn ihr Papa auch künftig Politik machen würde und sich dabei für ihre Interessen einsetzt. Sie besucht sehr gerne die Ka-We-De, den Streichelzoo im Tierpark und würde äusserst ungehalten, wenn die Tagesschule jetzt 100% auf vegetarisch umstellen sollte und sie statt Geflügel und Fleisch zwangsweise dreimal ausschliesslich vegetarisch essen müsste. Insofern muss ich als klarer Lobbyistenvertreter bezeichnet werden. Ich danke den Wählern der SVP und meiner Fraktion, die mich immer unterstützend gefördert haben und mir mein politisches Engagement überhaupt erst ermöglichten. Im Kreis der SVP-Fraktion habe ich mich immer wohl und getragen gefühlt. Dabei waren wir uns in den wichtigen Fragen fast immer rasch einig. In Nebenpunkten haben wir in der SVP-Fraktion wahrscheinlich am meisten Stimmfreigaben beschlossen. Wer gute Argumente hat und diese an der Fraktionssitzung auch vorbrachte, durfte so abstimmen und auch ein divergierendes Votum halten. Wir genossen viele gesellige Runden und stärkten uns im Herbst mit einem feinen Rehrücken. Ganz herzlich danke ich euch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe sehr gerne mit euch gerungen. Wir fanden auch ab und zu konstruktive Lösungen und versöhnten uns meistens rasch nach hitzigen Debatten. Gewitter ziehen bei mir jeweils rasch vorüber. Und ich habe IT und Excel für mich als ganz gefährliche Widersacher empfunden – viel heimtückischer und für mich schwerer fassbar als die neu gegründeten Kommunisten. Schon als frisch gewählter Stadtrat habe ich gemerkt, dass man Koalitionen bilden muss. Manchmal ist es gelungen, oft leider auch nicht. Erste, ganz klare Erfolge habe ich dabei mit Vorstössen für das gesundheitliche und leibliche Wort des Stadtrates und der Stadtbevölkerung gehabt (Antrag mit Regula Bühlmann am Stadtratsausflug im Neuenburgischen für Absint-Degustation). Trotz überwältigender Zustimmung gelang es dem damaligen Präsidenten des Stadtrats durch dilatorisches Verhalten, die Degustation zu verhindern. Die eingesparte Zeit haben wir dafür mit Warten am Bahnhof und vor dem Restaurant in Neuenburg verbracht. Auch ein praktischer Erfolg dagegen mit dem Vorstoss mit GB zur Wiedereinführung einer städtischen Pilzkontrolle. Oft ergaben sich spannende Konstellationen (Wunderplunder und Raffael Joggis Antrag zur Beibehaltung der Produktionsküche). Ebenfalls mit dem leider verstorbenen Luzius Theiler selig und Simone Machado ergab sich ein wertvoller Austausch in Fragen der Mitwirkungsrechte der Stadträte und beim Erhalt wertvoller Grünflächen. Als Erfolg sehe ich die Verhinderung der verhängnisvollen Planung der BLS-Werkstätte Riedbach an. Hier stellte ich mich mit der SVP-Fraktion hinten an und überliess mehreren engagierten SP-Stadträtinnen und SP-Stadträten den Vortritt für diesen Vorstoss. Ladina Kirchen ist jetzt Regierungsstatthalterin. Ebenfalls danke ich den Stadratsmitgliedern, die sich dafür einsetzten, dass in den Sachkommissionen eine Stellvertretung möglich war, ebenfalls dem Ratssekretariat und den Sekretariaten der Kommissionen und sowie sämtlichen Mitarbeitern im Team für die wertvolle Unterstützung. Ohne dies wäre mein Einsatz nicht möglich gewesen. Wenn wir auch hinsichtlich Gegenüberstellungen von Anträgen gelegentlich andere Auffassungen haben, habe ich mich mit Nadja Bischoff kollegial immer gut ausgetauscht. Auch wurde ich hinsichtlich Umgang mit Excel durch Nadja und insbesondere Martina Schläpfer kampfwertgesteigert." Fett geschrieben. "Martina Schläpfer hat mir in der Kommissionsarbeit in mustergültiger Art geholfen. Cornelia und dem Team danke ich für das Auffinden meiner jeweils zurückgelassenen USB-Sticks und Natel-Kabel und der Elimination von Tippfehlern." Ihnen hast du es vorher

nicht geschickt. "Ein grosser Dank geht auch an die Verwaltung, die ich manchmal etwas zu viel auf Trab gehalten habe. Dafür bitte ich sie um Verständnis. Sofern der Stadtrat nur einigen Anträgen und Vorstössen zugestimmt hätte, würden die Finanzen der Stadt ungleich besser dastehen. Verzicht unnötiger Planungen, Luxusbauten, Fehlplanungen, Informatikbeschaffungen etc. Auch habe ich immer respektiert, dass die Verwaltung nach bestem Wissen und Willen ausführen muss, was der Gemeinderat und der Stadtrat beschlossen haben. Viele Kleine Anfragen wurden gar nie geschrieben, weil ich insbesondere in der TVS mit Reto Zurbuchen und Simon Bühler telefonisch rasch eine Lösung für ein Baustellen-Signalisationsproblem gefunden habe. Da gibt es kein Links oder Rechts, sondern nur eine richtige Lösung. Auch sämtlichen Gemeinderäten danke ich für den Austausch und die spannende Zusammenarbeit. Dabei habe ich immer Personen geschätzt, die klar und engagiert ihre Meinungen und Werte vertraten, auch wenn sie den meinen nicht entsprachen und nicht allen alles versprochen und es jedem recht machen wollten, und danach vergassen, wem sie was versprochen. Wasser predigen und Wein trinken missfiel mir dagegen sehr und ich habe dies immer gerügt. Ebenfalls habe ich es gar nicht geschätzt, wenn während meiner Debatte Zwischenrufe aus der ersten Reihe hinter dem Rednerpult erfolgten. Den Austausch von Kochrezepten mit Marieke Kruit haben beide überlebt. Sogar Ursula Wyss soll von einem Glace-Rezept profitiert haben. Wir sind am Schluss. Ich komme zu reiner kurzen Schlussbetrachtung. Diese muss ich aus Zeitgründen weglassen, geht nur an Ratsbüro und Fraktionspräsidien. Ich eigne mich ohnehin nicht zum Schulmeister. Das kann diskret ins Archiv oder in den runden Ordner. Wenn ich jemanden in der Vergangenheit verletzt habe, das ist sicher der Fall gewesen, und ich mich danach nicht versöhnt habe, entschuldige ich mich hierfür. Ich wünsche allen Kandidierenden viel Glück für die kommenden Wahlen. Ich hoffe, man sieht und trifft sich in der Stadt wieder, an der Aare, in einem Restaurant oder bei politischen Veranstaltungen. Es war eine schöne Zeit mit euch, es hat mir gefallen. Danke allen."

Alex, also zuerst mal: Es tut mir leid, habe ich zwei-, dreimal zu lachen anfang, aber ich das passiert mir ab und zu. Ich will gerade zuerst noch eine Mitteilung von Alex kundtun, und zwar findet ihr vor euch auf dem Pult eine Toblerone mit Ecken und Kanten, also etwas Süsses. Und in der Pause am 19 Uhr gibt es Kimbap-Röllchen mit Fisch und Gemüse als Amuse-Bouches vor dem Essen. Das ist etwas Salziges. Alex ist unschuldig, sondern seine Frau ist am Werk gewesen. Und an dieser Stelle danken wir ihr ganz herzlich. Alex muss nachher um 19.10 Uhr als Stellvertretung in eine Sitzung von "Meh Farb für Bärn". Aber um 22.30 Uhr, nach der Sitzung, geht er sicher noch nicht gerade auf den nächsten Bus – das noch als Mitteilung.

Und jetzt noch zum Abschluss ein paar Worte an dich, lieber Alex. Du warst 13 Jahre im Stadtrat – eine sehr, sehr lange, sehr prägende Zeit. Und ich glaube, was man definitiv sagen kann: Du bist nicht nur Teil dieses Stadtrats, sondern ich würde fast sagen, eigentlich eine Ikone in diesem Stadtrat. Und auch für Menschen, die sich nicht so auskennen in der Lokalpolitik: Also Alex kennt man immer. Ich erzähle manchmal Leuten, was im Stadtrat passiert, und die sagen: Ah ja, Alex. Den kennt man. Und was ich einfach jetzt schon vorausschicken kann, es wird etwas fehlen, wenn du nicht mehr da bist. Wir werden merken, dass du zumindest für das nächste halbe Jahr nicht mehr im Stadtrat bist. Normalerweise gehe ich mit diesen Worten darauf ein, was die Stadträt*innen so gemacht haben, wofür sie sich eingesetzt haben. Das hast du glücklicherweise schon selbst übernommen in deinem Rücktrittsschreiben. Darum kann man das schon direkt abkürzen. Was mir, als ich dich kennengelernt habe, einfach direkt von Anfang an aufgefallen ist: Du hast zu allem etwas zu sagen und zu allem eine Meinung und ich habe das in allererster Linie einmal beeindruckend gefunden, denn ich glaube,

selbst wenn ich alle Zeit auf der Welt hätte und alle Energie hätte, könnte ich gar nicht nach vorne gehen und zu jedem Thema so leidenschaftlich reden. Um herauszufinden, was dein Geheimnis ist, habe ich dich einmal gefragt: "Alex, wie bereitest du dich vor? Zeig mir mal deine Voten, wie machst du das?" Und dann hast du mir ein Blatt gezeigt mit irgendwelchen Kritzeleien darauf, die kaum zu entziffern waren. Du machst das wirklich komplett vom Herzen, frei von der Leber. Ich denke, das ist den meisten von uns schon aufgefallen. Etwas anderes, was mir als sehr aufmerksamer ZuhörerIn aufgefallen ist, ist, dass du nicht immer streng direkt beim Thema bleibst, über das wir gerade diskutieren. Ab und zu dürfen wir auch hören, dass, obwohl es eigentlich um einen Fahrradweg geht, der Stapi mal ein Flugzeug gebraucht hat. Wir durften auch erfahren, was Körnerfrass mit deiner Verdauung macht. Wir haben immer wieder etwas gehört über das Kirchenfeld-Schulhaus, über die Reitschule, über die grünen Lungen, die wir kaputtmachen. Einiges hast du ja vorher in deinem Rücktrittsschreiben schon gesagt. Also, du hast sicher immer für gute Unterhaltung gesorgt innerhalb dieses Saals und selbstverständlich auch ausserhalb. Du bist in den Medien bezeichnet worden als – jetzt muss ich es gerade noch einmal nachschauen. Was ist es schon wieder gewesen? – seltsam liebevoll oder so etwas war es. Und ich denke, man kennt dich vor allem als laute Person, die keine Angst hat, Raum einzunehmen. Und das, was ich vor allem bei dir merke, ist neben dem riesigen Engagement und deiner Leidenschaft für Politik, dass du sehr lustig, sehr humorvoll bist und vor allem wirklich ausserordentlich wertschätzend. Und dafür will ich dir wirklich von ganzem Herzen danken, für deine ganze Arbeit, die du hier geleistet hast. Und wer weiss, Alex, vielleicht bist du bald wieder zurück. Wir haben jetzt mitbekommen, dass du den Jaisli-Trick anwendest. Wir sind gespannt, wie es weitergeht. Ich wünsche dir in dieser Zeit und sowieso im Leben ganz viel Vergnügen. Merci vielmals, Alex.

Gut. Dann kommen wir noch zu den Mitteilungen. Es hat nur noch ganz wenige. Heute hat nämlich David Böhner Geburtstag. Herzliche Gratulation an dieser Stelle. Schön, verbringst du deinen Geburtstag mit uns. Beim letzten Mal haben wir Spenden gesammelt. Es sind 42 Sitzungsgelder eingegangen für die Sudan-Nothilfe. Es ist ein Spendenbeitrag von 5'470 Franken zusammengekommen. Also, danke vielmals für die grosszügigen Spenden. Dann wie immer denken ans Badgen. Einreichen der Vorstösse: die dringlichen bis um 21 Uhr, und zwar wirklich bis um 21 Uhr, und alle übrigen bis um 21.30 Uhr, und auch wirklich bis um 21.30 Uhr.

2022.SR.000194

2 Finanzkommission (FIKO): Ersatzwahl

Präsidentin: Dann kommen wir zu ein paar Wahlen. Ihr findet alle Vorschläge auf der Antragsliste. Wir starten mit der FIKO, eine Ersatzwahl, und zwar ist Niklaus Mürner nominiert für die FIKO. Gibt es andere Wahlvorschläge? Wer Niklaus Mürner wählen will, kann das mittels Handerheben.

Antrag

1 SVP:

Der Stadtrat wählt Niklaus Mürner als Mitglied in die FIKO

Präsidentin: Danke gibt es Enthaltungen? – Herzliche Gratulation, Niklaus.

2022.SR.000193

3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 3. Das sind Ersatzwahlen in die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt. Nominiert sind Bernhard Hess und Béatrice Wertli als Mitglieder der RWSU und Sibyl Eigenmann als stellvertretendes Mitglied in die RWSU. – Gibt es hier weitere Wahlvorschläge? – Gut. Wer die 3 Personen in die RWSU wählen will, kann das mittels Handerheben.

Antrag

1 SVP:

Der Stadtrat wählt Bernhard Hess als Mitglied in die RWSU.

2 Mitte:

Der Stadtrat wählt Béatrice Wertli als Mitglied in die RWSU.

3 Mitte:

Der Stadtrat wählt Sibyl Eigenmann als stellvertretendes Mitglied in die RWSU

Präsidentin: Gibt es Enthaltungen? – Herzliche Gratulation diesen 3 Personen

2020.SR.000388

4 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 4, Ersatzwahl in die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur. Nominiert ist Bernhard Hess als stellvertretendes Mitglied und Emanuel Amrein als Mitglied der SBK. Gibt es andere Wahlvorschläge? – Dann kann, wer das will, die 2 Personen mittels Handerheben wählen.

Antrag

1 SVP:

Der Stadtrat wählt Bernhard Hess als stellvertretendes Mitglied in die SBK.

2 SP/JUSO:

Der Stadtrat wählt Emanuel Amrein als Mitglied in die SBK.

Präsidentin: Gibt es Enthaltungen? – Dann gratuliere ich diesen beiden Personen zur Wahl.

2020.SR.000387

5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 5, Ersatzwahl Kommission Planung, Verkehr und Stadtgrün. Nominiert sind Sibyl Eigenmann als Mitglied und als stellvertretende Mitglieder sind Béatrice Wertli und Barbara Nyffeler nominiert. Gibt es da andere Wahlvorschläge? – Wer sie wählen will, kann das mittels Handerheben.

Antrag

1 Mitte:

Der Stadtrat wählt Sibyl Eigenmann als Mitglied in die PVS.

2 Mitte:

Der Stadtrat wählt Béatrice Wertli als stellvertretendes Mitglied in die PVS.

3 SP/JUSO:

Der Stadtrat wählt Barbara Nyffeler als stellvertretendes Mitglied in die PVS.

Präsidentin: Gibt es Enthaltungen? – Gut, dann auch herzliche Gratulation diesen 3 Personen.

2019.SR.000010

6 Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsantrag Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Die Wahlen des Ratspräsidiums inkl. des Vizepräsidiums (1. und 2. Vize) sowie der Kommissionspräsidien inkl. der Vizepräsidien erfolgt künftig offen; 1. Lesung

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 6, Teilrevision des Geschäftsreglements. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die GPK, Szabolcs Mihalyi.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die GPK: Es gibt ein paar ungeschriebene Regeln in diesem Rat. Eine davon ist der Turnus, nach welchem das Ratspräsidium vergeben wird und an wen. Die Fraktion, die an der Reihe ist, stellt jemanden, der über die meisten Zweifel erhaben und fähig ist, den Rat zu führen und darauf zu achten, dass die Regeln eingehalten werden, sei es die Traktandenliste, das Gesetz oder dass wir nach der Sitzung rechtzeitig nach Hause kommen. Zum baldigen Ende dieser Legislatur reden wir jetzt zuerst aber über ihren Anfang. Bei der Wahl des ersten Ratspräsidenten dieser Legislatur, Kurt Rüeegsegger, hat es einige Nebengeräusche gegeben. Der von der SVP-Fraktion vorgeschlagene Kandidat war jemand anderes als der bis dahin Erste Vizepräsident Kurt Rüeegsegger. Da der Kandidat der SVP-Fraktion die anderen Fraktionen nicht zu überzeugen vermochte, namentlich aufgrund verschiedener vorangegangener Verfehlungen als Stadtrat, haben die Fraktionen kurzerhand turnusgemäss den logischen Kandidaten gewählt, nämlich den erwähnten Ersten Vizepräsidenten Rüeegsegger aus dem vorangegangenen Jahr. Die Wahl des Ratspräsidiums ist auf Antrag geheim erfolgt, wie das bis jetzt möglich gewesen ist. Der Vorstoss, den wir hier diskutieren, will das jetzt ändern. Die Geschäftsprüfungskommission hat darum Sinn und Zweck des Wahlheimnisses ausführlich diskutiert. Es ist eigentlich aber schnell erklärt. In der Schweiz wird das Wahlheimnis durch die Bundesverfassung geschützt. Auf internationaler Ebene wird das Recht im Internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte der UNO festgehalten. Der garantiert das Recht und die Möglichkeit für insbesondere allgemeine, gleiche und geheime Wahlen. Allerdings hat das Schweizer Parlament – wir sind immer noch die Schweiz – gegenüber diesem Artikel einen kleinen Vorbehalt zugunsten von Bestimmungen im kantonalen und kommunalen Recht angebracht, die sich auf die Wahlen und Abstimmungen insbesondere der Landsgemeinden beziehen. Jetzt ist der Stadtrat aber keine Landsgemeinde. Wir sind ein gewähltes Parlament und auf Bundes- und Kantonsebene muss die geheime Wahl nicht speziell beantragt werden, nur einfach hier in der Stadt Bern. Und damit sind wir eine Ausnahme. Eine grundsätzlich offene Wahl steht jedenfalls im Widerspruch zu kanto-

nalem Recht, Bundesrecht wie auch zu internationalen Vorgaben. Die geheime Stimmabgabe ist eigentlich ein Grundrecht. Die Geschäftsprüfungskommission hält die geheime Wahl aber auch für notwendig, insbesondere um Druckversuche auf einzelne Mitglieder oder selbst Fraktionen zu verhindern. Die Erfahrung in diesem Rat zeigt, dass einzelne frühere Mitglieder einiges versucht haben, um den Ratsbetrieb auszuhebeln oder einfach zu behindern. Im Sinne der Transparenz wünscht die GPK aber ebenso auch, dass sich in Zukunft die Kandidierenden, die für die Wahl zur Verfügung stehen, melden sollen, spätestens im allerletzten Moment vor der Wahl. Das war bisher nicht so.

Ich würde sonst noch mein Fraktionsvotum anhängen. – Danke vielmals. Wir leben in einer Zeit, in der sich die Demokratie auf der ganzen Welt ein bisschen auf dem Rückzug befindet. Es führen kleine stetige Versuche, die Regeln zu brechen, zu einem weitergehenden Abbau der Demokratie, und das zum Teil mit grossem Erfolg. Wir haben in diesem Rat schon öfter erlebt, dass sich die Mitglieder nicht an die Regeln gehalten haben oder den Ratsbetrieb aktiv zu stören versuchten. Nicht alle haben den Respekt vor der Demokratie – ironischerweise meistens solche, die ihre politischen Rechte ohne Anstrengung geschenkt bekommen haben, die nie bewiesen haben, dass sie den demokratischen Werten unserer Gesellschaft und unseres Landes verbunden sind. Solche privilegiert Geborene haben sich eben dieses Recht nie erkämpfen müssen und es auch nicht verteidigen müssen. Wegen der erwähnten Verfehlungen sind wir aber auf klare Regeln angewiesen. Man kann darüber streiten, ob wir diese Regeln jetzt brauchen, bei der aktuellen Zusammensetzung des Rates. Es ist aber klar, dass wir die Regeln haben müssen, wenn wir sie dann einmal brauchen. Und das kann schon diesen Herbst oder sonst irgendwann in der Zukunft ändern. Im Sinne der Transparenz unterstützt aber die SP-Juso-Fraktion die Anmeldung der Kandidaturen, wie von der GPK vorgeschlagen. Die SP-JUSO-Fraktion lehnt die Anträge der SVP ab und wird den Antrag der GPK ablehnen.

Präsidentin: Merci, Szabolcs. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Alex Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Frau Präsidentin, zuerst ganz herzlichen Dank für die lieben Worte bei der Verabschiedung. Ich versuche es hier ganz sachlich zu machen. Es wurde richtig gesagt vom Kommissionssprecher, was der Hintergrund dieses Antrags ist. Wir sind für die Transparenz. Wir haben uns auch in den Räten dafür eingesetzt, im Ständerat, damit es klar ist, wer wie abstimmt, dass die Abstimmungsanlage funktioniert, dass man damit nicht Mühe hat. Deshalb haben wir diese Anträge gestellt. Man kann das verschieden anschauen. Ich bin immer der Meinung, man soll mit offenem Visier kämpfen, wie ich es vorhin gesagt habe. Man kann das auch anders anschauen. Im Sinne der Zusammenarbeit soll man, wenn man mit jemandem nicht einverstanden ist, das konsequent sagen. Dann kann man sehen, wie es ist. Deshalb würden wir an unseren Anträgen festhalten. Ich lasse die Diskussion offen.

Präsidentin: Danke, Alex. Dann kommt Lukas Gutzwiler für die GFL-Fraktion.

Lukas Gutzwiler (GFL) für die Fraktion: Ich kann mich kurzfassen. Der Sprecher der GPK hat es gut zusammengefasst, vor allem die Ausgangslage und auch die Notwendigkeit, dass die geheime Wahl möglich sein muss. Die GFL-Fraktion stimmt dem An-

trag zu. Die geheime Wahl soll weiterhin möglich sein, aber wir kommen den Antragstellern entgegen und verlangen auch, dass die Kandidierenden vor der Wahl transparent offengelegt werden.

Präsidentin: Merci, Lukas. Wir sind bei den Einzelvoten. – Dann hat der Gemeinderat das Wort. – Dann kommen wir schon direkt zu den Abstimmungen. Ihr findet die Anträge auf Seite 3. Und wir stimmen zuerst ab über den Antrag der SVP, und zwar zu Artikel 13, 19c und 81.

Antrag

1 SVP:

Art. 13 Zusammensetzung und Amtsdauer

1 und 2 [unverändert]

3 Die Mitglieder gemäss Buchstaben a–d werden in der ersten Sitzung nach Neujahr für die Dauer des Kalenderjahrs gewählt. **Die Wahl der Mitglieder gemäss Buchstaben a-c erfolgt stets offen, die Wahl der Mitglieder gemäss Buchstabe d kann auch geheim erfolgen.** Das Präsidium des Stadtrats ist nicht wiederwählbar. Die Mitglieder gemäss Buchstaben e–f haben beratende Stimme. Das Präsidium des Stadtrats ist nicht wiederwählbar. Die Mitglieder gemäss Buchstaben e–f haben beratende Stimme.

Art. 19c Präsidium

1 Der Stadtrat wählt die Präsidien und Vizepräsidien der ständigen Kommissionen für ein Jahr **in offener Wahl.**

2 [unverändert]

Art. 81 Verfahren

1 Bei der Wahl des Präsidiums des Stadtrats wird durch Aufstehen gestimmt, bei anderen Wahlen durch Handerheben und auf. **Soweit reglementarisch nicht ausgeschlossen, können** auf Verlangen von elf Ratsmitgliedern **eine Wahl** mittels geheimer Stimmabgabe **verlangen.**

2 [unverändert]

Abstimmung Nr. 005

2019.SR.000010: Antrag 1

Ablehnung

Ja	8
Nein	58
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Dann stimmen wir über den Antrag der GPK ab. Das ist der Antrag 3, denn der Antrag 2 der GPK heisst einfach, dass der vorher bestritten war.

Antrag

3 GPK:

3 (neu) Es können ausschliesslich Personen gewählt werden, für die ein schriftlicher Wahlantrag vorliegt.

4 (neu)Wahlanträge können bis zur Wahl eingereicht werden.

Abstimmung Nr. 006

2019.SR.000010: Antrag 3

Annahme	
Ja	50
Nein	14
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Dann stimmen wir noch ab, ob wir auf die zweite Lesung verzichten wollen. Und dafür müssen Zweidrittel der Ratsmitglieder dem zustimmen. Wir stimmen über den Verzicht der zweiten Lesung ab.

Abstimmung Nr. 007

2019.SR.000010: Verzicht auf 2. Lesung	
2/3-Quorum erreicht	
Ja	66
Nein	1
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr wollt auf die zweite Lesung verzichten. Dann kommen wir direkt zu der Schlussabstimmung. Wir stimmen ab über die Vorlage des Gemeinderats in der so bereinigten Form.

Abstimmung Nr. 008

2019.SR.000010: Schlussabstimmung	
Annahme	
Ja	66
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Wir haben dieser Vorlage zugestimmt.

2024.SUE.0021

7 Eurovision Song Contest (ESC) 2025: Finanzbeitrag Stadt Bern

Präsidentin: Dann sind wir jetzt bei den Traktanden 7 und 8. Diese werden zusammen behandelt; einfach zum Ablauf, was es bedeutet, wenn sie zusammen behandelt werden: Zuerst hat die Kommission das Wort und danach die Einreichenden des dringlichen Postulats und danach sind die Fraktionserklärungen dran. Wir starten mit der Kommission. Für die RWSU, Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die RWSU: Es waren knappe Fristen für die RWSU-Kommission letzte Woche. Am Mittwochmittag haben wir die Unterlagen im Nachgang zur Gemeinderatssitzung erhalten. Am Donnerstagmittag hatten wir eine ausserordentlich einberufene Kommissionssitzung zu einem wichtigen Geschäft mit ausführlichen und weitreichenden Informationen. Ich danke an dieser Stelle allen Beteiligten, namentlich Nadia Stucki und vor allem Marianne Hartmann, die uns innert Rekordzeit ein Protokoll zur Verfügung gestellt hat. Dann komme ich als nächstes gerne gerade zu der Schelte.

Ich weiss nicht, ob der Stadtpräsident die Unterlagen nicht gelesen hat, ob er nicht verstanden hat, worum es geht oder ob er die Chance, dass der ESC nach Bern kommt, torpedieren möchte. Der Platz in der neuen Festhalle ist vorgegeben. Das ist klar. Wie aber der Stadtpräsident auf die Idee kommt, als einzige Aussage in der Medienmitteilung zu sagen, dass Bern eine redimensionierte ESC-Version anvisiert, ist der RWSU-Kommission ein Rätsel. Der Umfang, die Anzahl Auftretende, etliche Saal-Events und so weiter. Das ist alles vorgegeben. Da gibt es sehr wenig Spielraum. Von redimensionieren zu reden, ist fehl am Platz. Zur Erinnerung: Es handelt sich beim ESC um den grössten Musikwettbewerb der Welt, um den weltweit drittgrössten Anlass gemessen am Publikum und mit der damit verbundenen Reichweite. Die ist nämlich wirklich global bis und mit Australien. Das ist der Kommission bewusst, das ist der Verwaltung bewusst, das ist auch Bernexpo bewusst und auch dem Kanton und der Stadt Biel. Liebe SRG, liebe EBU (European Broadcasting Union), liebe Medien, das Gegenteil von Redimensionierungsgelüsten sind nämlich in Bern Realität. Bereits im 12. Jahrhundert haben nämlich Zähringer Herzöge die türkisfarbene Aare angeschaut und äusserst vorausschauend zueinander gesagt: Ideales, dekadentes Bühnenbild für den Turquoise Carpet am ESC 2025. Über die Kirchenfeldbrücke bis zum Casino soll defiliert werden, sagt die Legende. Dann sieht die Kommission 2 grosse Kritiklinien. Eine betrifft den ESC und die European Broadcasting Union. Es treten Länder gegeneinander an, in einem Wettbewerb. Einen solchen Anlass als unpolitisch zu bezeichnen, scheint uns realitätsfremd. Weiter treten Länder an, die in schwierigen geopolitischen Konflikten stehen, teilweise schon länger. Die einen sind von der Teilnahme ausgeschlossen, andere nicht. In Malmö ist es nicht bei der Kritik an der Teilnahme von Israel geblieben, sondern es ist auch zu schweren antisemitischen Vorfällen gekommen. Eine Teilnehmerin auszubuhnen, während sie performt, ist nicht eine kleine Geschmacklosigkeit, sondern es ist Antisemitismus, die immensen Einschränkungen der israelischen Sängerin zu ihrer eigenen Sicherheit ebenfalls. Die Kommission nimmt diese Vorfälle sehr ernst. Und das müssen auch der Stadtrat, die Stadt, also alle Beteiligten, ernst nehmen. Ebenso ernst nehmen müssen wir die unsäglichen Angriffe auf nonbinäre Personen und im Allgemeinen auf die queere Community. Auch diese Angriffe nehmen massiv zu und werden teilweise auch von gewissen Medien sehr stark befeuert. Bereits mit dem Einreichen der Bewerbung als Austragungsort für den ESC 2025 tragen wir hier eine enorm grosse Verantwortung mit. Die zweite Kritiklinie betrifft die Kosten. 7 Mio. Franken sind viel Geld. Es wäre aber am falschen Ort gespart, denn teuer wäre es, wenn wir, Biel und Bern, uns nicht bewerben. Zur Erläuterung ein paar Zahlen: Es sind 96% der Menschen, die den ESC kennen. 162 Mio. Menschen in 39 verschiedenen Märkten haben die 3 ESC-Events diesen Frühling live geschaut. Das heisst, dass die Städte Bern und Biel in jedem einzelnen Beitrag mehrfach erwähnt würden, falls der ESC hier stattfinden würde. Jede dieser 162 Mio. Personen hat im Durchschnitt 1,48 Stunden ESC geschaut. Das entsprechende Werbebudget für die Region wäre ein bisschen mehr als die 7 Mio. Franken. In den Musikeingaben sind 18 verschiedene Sprachen zu hören gewesen. Das allein müsste uns ja als Schweizer*innen schon per se hellhörig machen, weil wir so stolz auf unsere 4 Sprachen sind. Es unterstreicht aber vor allem die 39 soeben genannten verschiedenen Märkte. Über den gesamten ESC hinweg hat es 75 Mio. Youtube-Views gegeben. Hinzu kommen Instagram, Tiktok, Facebook und Twitter mit mehr als 30 Mio. Interaktionen, sprich Likes, und so weiter, und 420 Mio. Video-Views. Am ESC 2023 in Liverpool sind knapp 800 Mio. Franken Ad Value generiert worden. Übersetzt bedeutet das in etwa Werbewert durch 152'196 Onlineartikel. Ich habe natürlich nicht nachgezählt, wie oft dabei der Austragungsort Liverpool erwähnt worden ist, aber sicher sehr oft, verteilt auf die 39 verschiedenen Märkte und in 18

verschiedenen Sprachen. Vor 2 Jahren sind eine halbe Million zusätzliche Besuchende nach Liverpool gekommen. Das sind fünfmal so viele Menschen wie vorausgesagt wurden. Man hat mit ungefähr 100'000 zusätzlichen Personen gerechnet. Die zusätzliche halbe Million Besucher*innen haben im grossen Shopping-Komplex von Liverpool zusätzlich Umsatz von 20 Mio. Franken eingebracht und es sind knapp 80% zusätzliche Restaurantbesuche registriert worden. An dieser Stelle erlaube ich mir einen Hinweis zu der Europameisterschaft. In Liverpool hat 2022 die Frauen-EM stattgefunden. Im nächsten Jahr findet sie in der Schweiz statt, unter anderem auch in Bern. Ich möchte die Verbindung machen zwischen einem grossen Anlass im Frühling in Bern und einem weiteren Grossanlass im Sommer, der zum Teil ebenfalls in Bern stattfinden wird. Die Besuchendenzahlen sprechen für sich, dass es auch mit der EM im Vorjahr zusammenhängt, dass im Rahmen des ESC fünfmal mehr Menschen nach Liverpool kamen als erwartet. Die Hotelübernachtungen sind in Liverpool seither konstant höher geblieben. Die Kommission möchte betonen, dass man die beiden Events bei der Planung, bei den Finanzen, bei der Reputation und beim Return on Investment für die Region Bern als Tourismusdestination unbedingt auch zusammen denken muss. Die wirtschaftlichen Ausführungen sind nicht abschliessend. Der Antrag der Städte Bern und Biel und Bernexpo wurde in Bern sowie beim Kanton bereits eingereicht, wie man den Medien entnehmen konnte, und zwar gemäss den Vorgaben des ESC und von SRF. Es handelt sich um eine Co-Kandidatur von Bern und Biel. Biel ist Nemos Heimatstadt. Und mit dieser Kandidatur erweisen der künstlerischen Person unsere Referenz. Es handelt sich so gesehen auch um eine zweisprachige Kandidatur und das bietet bisher keine andere Schweizer Stadt. Weiter haben wir die modernste Halle. Die Schlüsselübergabe nach der Testingphase wird im April stattfinden. Dieser Termin wurde der Staat garantiert, und unsere Halle wird auf dem neusten Stand sein. Die ESC-Teilnehmenden werden zuerst einen Monat lang proben, bevor der Event stattfindet. Sollten technische Schwierigkeiten auftauchen, hat die Festhalle einen ganzen Monat Zeit, diese zu beheben. Als zusätzliches Plus für Bern ist die Festhalle nachher erprobt. Das Thema Bea steht auch im Raum als Kritik. Bereits diesen Frühling hat aber die Bea riesige Flexibilität gezeigt und die Messe konnte parallel zu den Bauarbeiten über die Bühne gehen. Wir haben die entsprechenden Kompetenzen in der Bernexpo, die es braucht, um die Anlässe entweder physisch oder, wie es auch im Gespräch ist, zeitlich aneinander vorbeikommen zu lassen. Zu der Kritik, wir seien weit ab vom Schuss respektive von einem internationalen Flughafen: Weniger provinzielle Städte wie beispielsweise London sind von den stadteigenen Flughäfen in ungefähr der gleichen Zeit zu erreichen wie Bern von Zürich-Flughafen aus. Und auch von Belp aus kann man tatsächlich an- und abreisen.

Vorliegend geht es um einen Verpflichtungskredit von 7 Mio. Franken unter dem Vorbehalt, dass wir den Zuschlag überhaupt bekommen. Wir müssen nicht eine halbe Million Menschen gleichzeitig in unserer Stadt haben. Es gibt auch noch Biel, das Oberland und den ganzen Kanton. Aber die Stadt soll ausverkauft und die Kassen gefüllt sein. Wir wissen alle, dass das im Nachhinein auch die Stadtkasse füllt. Die Kommission betont die Verantwortung, die wir als Parlamentarier*innen gegenüber der Gesellschaft haben. Wir sind mitverantwortlich dafür, dass sich in unserem Land alle Menschen sicher fühlen und auch sicher sind. Die Kommission empfiehlt dem Stadtrat grossmehrheitlich, dem Verpflichtungskredit unter Vorbehalt zuzustimmen.

Präsidentin: Merci, Judith. Der Stadtpräsident macht eine persönliche Erklärung, weil er persönlich angesprochen wurde.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Liebe Judith, falsch zu zitieren, macht sich auch in einem Wahljahr nicht gut. Ich zitiere deshalb noch einmal, wie ich mich geäußert habe: "Gigantismus passt weder zu Bern noch zu Biel. Unsere Version des ESC wäre eine bernisch redimensionierte, aber umso feinere Veranstaltung, bei der die Qualität, das Herz, die Diversität und die Nachhaltigkeit klar im Vordergrund stehen." Das ist der Kern des Charakters unserer Bewerbung. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Alec. Wir sind bei den Einreichenden des Postulats unter Traktandum 8. Für die Einreichenden, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Einreichenden: Wenn Bern die Kandidatur für den ESC gewinnt, dann erleben wir hier in Bern und in Biel nächstes Jahr ein Frühlingsmärchen. In Biel findet die Stabsübergabe statt. Danach gibt es eine grosse Eröffnungszeremonie mit eben diesem Turquoise Carpet vom Helvetiaplatz über die Kirchenfeld-Brücke zum Kulturcasino. Auf dem Bundesplatz gibt es ein grosses Public Viewing und schlussendlich in der Bernexpo natürlich den grossen Hauptevent. Die Infrastruktur der Bea kann noch einmal genutzt werden. In den grossen Zelten und der Halle werden das Village und das Akkreditierungs- und Medienzentrum zweitgenutzt. Was innerhalb kurzer Zeit von der Stadt Bern, der Stadt Biel und Bernexpo geplant wurde, ist wirklich bemerkenswert. Das muss ich sagen. Ich durfte schon einen ersten Blick ins Dossier werfen und es ist wirklich grossartig. Merci vielmals all denen, die daran beteiligt waren. Eine solche Chance, wie die, die wir vor uns haben, gibt es selten, also im Zusammenhang mit dem Eurovision Song Contest – ich weiss nicht – alle 100 Jahre. Keine Ahnung. Klar gibt es viele Herausforderungen, die zu meistern sind. Die Sicherheit muss gewährleistet sein, die Infrastruktur muss passen, die Finanzierung muss sichergestellt werden, aber wir können das alles stemmen. Wenn wir sagen "Nein, das können wir nicht, das können nur Zürich, Basel oder Genf", dann verkaufen wir uns als Stadt Bern einfach unter unserem Wert. Wir können das, Bern ist fähig und wir wollen das mit dieser Kandidatur beweisen. Liebe SVP: Ich verstehe euch wirklich nicht, ihr habt schon das Referendum angedroht. Bitte erklärt dann mal der Berner Wirtschaft, wieso ihr auf 150 Millionen Franken Wertschöpfung verzichten wollt – eine Zahl, die der Gemeinderat im Vortrag zu Traktandum 8 genannt hat. Vielleicht sind es auch nur 62 Mio. Franken, wie die Universität Liverpool errechnet hat. So genau weiss man es nicht, aber es ist sicher ein 2- bis dreistelliger Millionenbetrag und ihr findet: Nein, das wollen wir der Berner Wirtschaft nicht gönnen. Ich hoffe, die Wirtschaft erinnert sich diesen Herbst bei den Wahlen daran. Schlussendlich schauen 162 Mio. Zuschauende den ESC. Liebe SVP, wenn ihr diesen Penalty nicht versenken wollt, dann wird es, wie es momentan bei der EM gängig ist, ein Eigentor. Ganz viele Leute in der Stadt Bern werden es nicht verstehen. Ihr werdet ganz viele Leute in dieser Stadt Bern enttäuschen und viele werden sich fragen: Geht es euch wirklich um das Geld oder geht es nicht vielmehr um Ideologie? Habt ihr einfach Angst vor dieser offenen und diversen Welt, die der ESC verkörpert? Um das Geld kann es ja eben nicht gehen. Noch einmal: Der Gemeinderat geht davon aus, dass der ESC eine direkte Wertschöpfung von ungefähr 150 Mio. Franken generiert. Zusätzlich kommt ein Werbenutzen von 100 bis 150 Mio. Franken dazu – und das für 7 Mio. Franken, die wir von Seiten Stadt aufwerfen müssen. Es ist darum klar, dass wir alle Anträge der SVP ablehnen. Vor allem die Erhöhung des Budgets um 1 Mio. Franken ist eigentlich schon fast dreist, so offensichtlich ist, was hinter dieser Idee steckt. Nachher ein Kommentar an die Ratsseite, die den Anlass nicht aus finanziellen, sondern eher aus ideologischem Grund nicht will. Aus finanziellem Grund kann es ja nicht sein, denn bei dieser Ratsseite sitzt ja das Portemonnaie meistens sehr locker,

wie man gerade auch vor einer Woche sehen konnte. Dort hat man ja nicht ein Problem mit Schulden machen, wie wir lernen konnten. Wer später einmal besser dastehen will, muss jetzt investieren. Also, jetzt 7 Mio. Franken investieren und 150 Millionen Wertschöpfung und nochmal 150 Mio. Franken Werbenutzen bekommen, ist doch eigentlich ein guter Deal. Die Rechnung geht mehr als auf. Also kann es nicht das Geld sein, dann ist es eben reine Ideologie. Ich bin gespannt auf eure Voten, die jetzt kommen. Man konnte schon lesen, dass der Anlass ein Kommerzevent sei. Aber sorry: Weniger kommerziell als dieser Anlass geht kaum. Es veranstalten ihn nämlich öffentlich-rechtliche Fernsehveranstalter von Europa. Während bei vielen anderen Veranstaltungen überall Sponsorenlogos sind, sieht man in der Halle und bei der Show selbst kaum einen Sponsor. Und genau deshalb, weil es eben kein Kommerzevent ist, kostet es etwas für die Fernsehveranstalter, aber auch für uns als Austragungsort. Wenn ihr Nein sagt zu einem Event, heisst das, dass man hier in Bern nur noch viel kommerziellere Events durchführen kann, die eben nur noch rein durch Sponsoren finanziert sind oder mit sehr hohen Ticketpreisen. Es ist einfach völlig unlogisch, gegen den Anlass zu sein. Wieso der ESC in Bern in vielen Belangen Sinn macht, haben die Städte Bern und Biel und Bernexpo in ihren Medienmitteilungen vor einer Woche gut erklärt. Wir haben die neue Festhalle, die in Bern kommt, neue Infrastruktur, die nach dem ESC Millionen Franken Steuern und Wertschöpfung nach Bern bringen wird. Mit dem ESC können wir die Halle der ganzen Schweiz und der Welt zeigen, zeigen, was wir da Tolles haben.

Nachher passt einfach der Anlass zu Bern. Bern ist eine weltoffene und diverse Stadt und das können wir mit dem ESC noch einmal unterstreichen, sowohl bei der Kandidatur wie auch, wenn wir dann schlussendlich den Anlass durchführen können. Es ist darum für uns als Fraktion FDP/JF überhaupt keine Frage. Wir unterstützen den Antrag – das jetzt nicht nur als Einreicher, sondern auch als Fraktionserklärung, wenn ich das so sagen darf – und werden diesen grossmehrheitlich unterstützen. Und gerne hänge ich noch gerade das Einreichenden-Votum für das Traktandum 8 an, also für das dringliche Postulat. Wenn 7 angenommen wird, werden wir selbstverständlich 8 zurückziehen, denn das würde natürlich obsolet. Verbunden mit einem grossen Dank an euch, dass ihr der Stadt Bern die Chance gebt, sich selbstbewusst zu präsentieren, als eine Stadt, die etwas stemmen kann, und dass ihr der Stadt Bern die Chance geben, falls wir das Rennen machen, ein Frühlingsmärchen durchführen zu können, das einfach allen etwas bringt. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Nik. Wir sind bei der Fraktionsvoten. Claudio Righetti für die Mitte.

Claudio Righetti (Mitte) für die Fraktion: Es ist wirklich eine einzigartige Gelegenheit, die wir hier in Bern mit dem ESC haben. Wir haben die Gelegenheit, unseren kulturellen Fingerabdruck in ganz Europa zu setzen und wir werden quasi zum Zentrum Europas und der Welt und das für ganz wenig Geld. Nik hat schon so viel Gutes gesagt und das Ganze detailliert erklärt. Ich muss von meiner Seite noch ergänzen, dass es nicht einfach ist, den ESC nach Bern zu holen. Das ist eine Riesenchallenge, eine Riesenchallenge für die Gemeinde, für den Gemeinderat, für uns, die es unterstützen. Wir müssen uns durchsetzen. Ich meine, die Bewerbung heisst ja noch nicht, dass wir den Event bekommen. Es ist extrem wichtig, dass wir die Challenge annehmen und es ist extrem wichtig, dass wir in diese Bewerbung mit Kraft und Überzeugung hineingehen. Wir müssen es spürbar machen: Bern will den ESC. Bern und Biel sind die Städte, die ihn austragen können. Wir sind die Hauptstadt der Schweiz, wir sind an der Grenze zur Romandie. Wir sind kreativ, wir haben Möglichkeiten, wir müssen Hindernisse überwin-

den, die Zürich und Genf zum Beispiel nicht überwinden müssen. Wir haben Fähigkeiten, die grösser sind, die ins Spiel gebracht werden müssen, damit wir am Schluss nach all dem schönen Reden, das wir heute noch machen, gegen oder dafür, gewinnen. Und diese Herausforderung, diese Challenge ist etwas, was ich fantastisch finde für unsere Hauptstadt der Schweiz, und zwar nicht nur, weil wir international unseren Fingerabdruck setzen können, sondern weil wir endlich einmal als schweizerische Bundesstadt glänzen und zeigen können, dass wir es nicht nur so gut wie Basel und Zürich können, dass wir es sogar noch viel besser, noch viel persönlicher, noch mit viel mehr eigenem Fingerabdruck machen können. Und das finde ich etwas wirklich Wichtiges und dass wir uns da wirklich einbringen. Nachher: Den Gegnern, namentlich der SVP, möchte ich auch sagen, es geht hier um eine Musikveranstaltung. Es geht hier um einen Wettbewerb zwischen den Nationen. Es ist ein Treffen von Kulturen, es treffen unterschiedliche Points of View aufeinander. Das ist ganz klar. Ich glaube, wir in der Schweiz, als der Wiege der Demokratie, des offenen Gedankenguts, der Freiheit, die wir verkörpern, und wie wir auf der ganzen Welt angeschaut werden, verkraften und vertragen solche politischen Auseinandersetzungen, falls sie am Rande stattfinden sollten, sicher besser als jedes andere Land auf dieser Welt. Und die Diversität und die Kreativität, die mit so einem grossen Festival und Wettbewerb verbunden sind, das ist Farbe, das ist Kreativität, das ist Begegnung. Das ist nicht so etwas wie die Armee des Antichrists, die sich über die Schweiz, weiss Gott, gegen unsere Weltvorstellungen, gegen unsere ethischen Grundprinzipien stellt, sondern es ist nichts anderes als eine Bereicherung. Und diese Bereicherung müssen wir annehmen. Das ist meine feste Überzeugung. Jetzt habe ich mal ein bisschen geredet wie Feuz an seiner letzten Sitzung. Aber es ist mir wichtig gewesen, das zu sagen. Also, die Mitte lehnt einstimmig alle Anträge der SVP ab und unterstützt natürlich den Antrag des Gemeinderats. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Claudio. Dann kommt Alex Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Hier habe ich ein Thema, bei dem ich etwas mehr Emotionen habe. Ich danke Claudio für das spannende Votum. Ich sage euch jetzt auch, wieso ich dagegen bin. Jene, die mich ein bisschen näher kennen, wissen, dass ich nicht den Satanismus befürchte. Ich habe keine Angst, dass Nemo meine Freiheit irgendwie im Geringsten beeinträchtigt. Vielleicht etwas, das ich zuerst gerade korrigieren will: In der BZ stand, dass die SVP der Stadt Bern das Referendum ergreifen will. Dabei habe ich es bereits zur Vorprüfung eingereicht – das haben Simone Machado und ich gemacht. Das ist also nicht etwas von der SVP der Stadt Bern. Im Kanton hat Samuel Krähenbühl bereits angekündigt, das Referendum einzureichen. Und ebenfalls die EDU will ein Referendum. Vielleicht noch gerade zuerst etwas: Ich habe mich wirklich gerade ein bisschen angesprochen gefühlt. Ihr kennt mich. Ich bin jetzt nicht plötzlich einer geworden, der gegen Feste und Partys etc. ist. Ich bin nicht der grosse Schlagwerker. Ich verstehe von Schlagern etwa gleich viel wie vom Fussball, nämlich relativ wenig. Aber ich erinnere mich an Lys Assia, die das als erste gewonnen hat, und an Paola. Und das "Diggi-Loo Diggi-ley" der Schweden 1984 oder 85 habe ich lustig gefunden. Und bei Lena Meyer-Landrut mit "Satelite" weiss ich noch heute nicht, ob sie das künstlerisch ein bisschen ungeschickt gemacht hat, ob das ein raffinierter Plan gewesen ist oder ob sie wirklich ein bisschen ungelentk ist. Das finde ich alles in Ordnung. Das finde ich alles gut, da habe ich gar nichts dagegen. Ich bekräftige es noch einmal: Im Gegensatz zu andern, beeinträchtigt Nemo meine Freiheit nicht. Ich habe nicht Angst, ich habe eher Angst um ihn, dass Islamisten ihm etwas anhaben könnten. Ich hätte jetzt eher gesagt, die SVP schützt die Teilnehmer und muss sie schützen,

auch diese Israelin, die man natürlich behandelt hat, dass es nicht schön ist. Ich danke hier meiner Kollegin Judith Schenk, die ganz klar gesagt hat, wie das gegangen ist und dass es sehr unfair war. Und jetzt kommt gerade etwas, das wir eigentlich alle wissen, wenn wir ganz ehrlich sind. Wir haben verrückt hohe Schulden – 1,5 Mia. Franken. Wir haben pro Jahr etwa 20 oder 25 Mio. Franken Defizit. Und jetzt meinen wir, es gebe eine riesige Wertschöpfung. Meine Herren, man hat das gleiche Märchen erzählt bei der Tour de France 2016. Die Radquer-WM wäre auch so ein Riesenhit gewesen. Und ich glaube, die Euro, die wir hatten, ist jetzt auch am Verblässen. Wir haben bald die Frauen-Euro. Das sind alles Punkte. Aber wenn wir ehrlich sind: Wir haben hier Zürich, das 20 Mio. Franken gesprochen hat. Wir haben Genf mit der Palexpo. Ich billige Marc Heeb und seinem Team gute Arbeit zu. Aber man muss es realistisch sehen. Der Bund – das ist meine grosse Frage, ihr bekommt sie denn sonst noch in einer Kleinen Anfrage – will der Bund wirklich spenden? Und Bern viel mehr? Denn es ist einfach. Wenn ich der Bund wäre, würde ich es wahrscheinlich jener Stadt geben, die schon am meisten gesprochen hat. Und dann müssen wir etwas sagen: Tom Winter hat gute Arbeit gemacht. Er hat das auch gut verkauft, aber wir müssen ehrlich sein, wenn ihr eine Hochzeit macht in einem Hotel, das gerade aufgegangen ist und eröffnet hat – das macht ihr nicht. Ihr wollt zuerst, dass ein gewisser Betrieb ist, dann fahrt ihr langsam den Betrieb hoch. Da müssen wir sagen für die SRG ist das völlig unrealistisch. Die SRG verlangt Garantien. Ich sage euch schon jetzt: Ich habe das Gefühl – und das sind Meinungen, die ich auch von Leuten gehört habe, die in der Exekutive sind, ich sage nicht mehr ... Aber diese sagen: Wir werden wahrscheinlich nicht einmal auf die Shortlist kommen. Am 15. Juli fällt der Entscheid und dann ist die Sache wahrscheinlich bereits gestorben. Aber jetzt können wir uns wichtig machen und sagen, was wir für eine Wertschöpfung sind und dass Feuz ein ganz Böser ist. der 164 Mio. Franken Wertschöpfung nicht haben will. Das können wir machen. Aber wenn wir ehrlich sind, muss einer sagen – und das haben ich und Simone Machado gemacht: Wir können das schlichtweg nicht stemmen. Wir wissen es. Mich nimmt auch Wunder, was diese Bewerbung gekostet hat, wie viele Arbeitsstunden. Es geht nicht. Und dann hätte man besser anders argumentiert und gesagt: Wir haben eine super Eventhalle. Wir hoffen, dass die Schweiz wieder gewinnt, und dann können wir es 2026 dort machen.

Aber jetzt alles so machen und sagen, man müsse das jetzt wieder machen. Also seien wir ganz ehrlich, wenn ihr Bern seht mit seiner Verkehrsanbindung – und jetzt komme ich zum nächsten Punkt: Tourismusdestination. Ich habe als einer der wenigen gekämpft gegen das Tourismuspapier. Ihr wollt keine Flugreisenden mehr aus Asien. Hier spielt es dann keine Rolle mehr. Die Leute werden nicht mit dem Nachtzug kommen. Und ich habe in einer Diskussion im Stadtrat gehört: Die Leute fliegen ohnehin, die kommen sowieso mit dem Flugzeug. Das habe ich damals auch gesagt. Damals hat es keine Rolle gespielt. Damals hat man gesagt: Es geht nicht, wir müssen ökologisch handeln. Wir haben nachher Dieselaggregate. Das spielt auch wieder gar keine Rolle und wenn die bei den Buffets nachher Fleisch auf die Tische legen, wird man sicher wiederum nichts dagegen haben. Das gilt nur für uns. Jetzt müssen wir ganz ehrlich sein: So geht das nicht.

Ich bin immer für Transparenz. Ihr habt es gehört. Das sage ich jetzt auch, vielleicht in meiner letzten heftigen Rede im Stadtrat. Wir stellen ganz ehrlich den Antrag: Wenn wir schon den ESC wollen, dann müssen wir den Mut haben, etwas Supergutes zu machen, dann müssen wir sogar einen gewissen Vorteil haben gegenüber Zürich und Basel. Ich bin dagegen, aber ich habe jetzt nicht nur um 1 Franken erhöht oder 100'000 Franken. Ich komme hier entgegen im Sinne der Transparenz und verlange eine Mehrerhöhung um eine Kiste, um 1 Mio. Franken. Dann kann man nachher etwas machen,

dann haben wir nämlich auch nicht die Gefahr eines Nachtkredits. Da muss man einfach mutig sein. Klotzen, nicht kleckern, wenn wir das wollen, diesen Riesenanlass, dann macht das. Dann gibt es noch schöne Beratungsmandate für gewisse Leute, die vielleicht auch noch einen gewissen Vorteil davon haben. Dann kann man das machen, für mich absolut kein Problem. Das beantragen wir, und der zweite Antrag ist auch relativ einfach. Da sagen wir: Wenn wir das wirklich wollen mit diesen Einschränkungen – und die sind gewaltig, ihr habt es gesehen: Sicherheit, Malmö. Ich frage mich, ob das so positiv ist, wenn wir antisemitische Ausschreitungen haben, wenn die Islamisten auf die LGBTIQ-Community losgehen oder was auch immer. Ich frage mich dann. Dann legt es dem Volk zur Entscheidung vor. Antrag Nummer 3: Ehrlich, transparent. Es ist für mich dreist, wenn man die Grenze von 7 Mio. Franken hat und dann reizt man sie gerade aus. Das ist genau die Taktik der Stadt. Feuz ist wie immer transparent. Ihr könnt sogar 8 Mio. Franken haben und das nachher dem Volk vorlegen. Und dann habe ich noch genau nachgelesen, was im Vortrag steht: Wenn das Referendum angekündigt sei, dann ziehe man die Sache zurück. Also die EDU hat es angekündigt. Simone Machado und ich sind wahrscheinlich sogar noch rascher gewesen. Den Referendumsbogen hat Feuz gestern bereits für die Vorprüfung abgegeben. Das können der Herr Stadtpräsident und Reto Nause euch bestätigen. Da bin ich rasch gewesen und das geht gar nicht irgendwie um versteckten Satanismus. Es steht gar nicht drin, dass wir die Kultur nicht wollen, da hätte Simone Machado nicht mitgemacht und ich auch nicht, denn das ist nicht Feuz. Meine Mutter hat immer gesagt, Theokratie sei die schlimmste Staatsform. Und da hatte sie recht. Da bin ich nicht im Boot, aber ich bin im Boot aus finanziellen Gründen, weil es effektiv nicht geht. Und wenn wir das jetzt einreicht haben und ich lege noch einmal Wert darauf, es ist also nicht die SVP der Stadt Bern, das sind wir, Simone Machado und ich, die das machen. Es gibt auch andere Leute, die sich dort anschliessen können. Ich gehe einfach davon aus – ich sage jetzt: intelligente Faulheit –, dass wahrscheinlich Mitte Juli Bern nicht auf die Shortlist kommt. Und dann wird Feuz nicht seine Sommerferien abrechnen und gross Unterschriften sammeln müssen. Und ich gehe davon aus, das können wir stemmen, denn die Bevölkerung – ihr könnt mal die Umfragen sehen mit diesen Einschränkungen und all dem Zeug. Wenn man einfach den Mut hat – dann wurde halt auch teilweise von der FDP dem Regierungsrat den Rücken gefallen. Es ist für mich eine Spiegelfechterei, ein Sturm im Wasserglas. Wir wissen alle, wenn es halt einen Winkelried braucht, der sagt: Ergreift das Referendum, damit das Zeug nicht kommt, dann hat Feuz es gemacht und er schläft heute Abend wieder gut, denn er hat das genau gesagt, was er gedacht hat und gemacht hat. Danke für die Unterstützung.

Die SVP hat Stimmfreigabe beschlossen.

Präsidentin: Gut. Das Mikrofon ist nicht mehr an. Als nächstes kommt Barbara Keller für die SP-JUSO.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Anfang Jahr habe ich auf einer Reise eine Person aus Neuseeland kennengelernt. Die hat mir gesagt, 2025 würde der ESC in die Schweiz kommen. Ich habe damals noch nicht einmal gewusst, wer das für die Schweiz tun wird. Aber sofort hatten wir ein gemeinsames Gesprächsthema und konnten uns über die gemeinsame Leidenschaft für Musik unterhalten. Und genau das macht der ESC, er bringt Menschen zusammen. Die kollektive Begeisterung fördert das Gefühl einer globalen Gemeinschaft und lässt geografische und kulturelle Grenzen verschwinden. Der Eurovision Song Contest ist weit mehr als ein Musikwettbewerb. Er ist ein jährliches Fest der kulturellen Vielfalt und des Zusammenlebens. Menschen aus ganz Europa und

darüber hinaus versammeln sich, um Musik und Kreativität verschiedener Nationen zu feiern. In einer Welt, die oft von Konflikten und Differenzen geprägt ist, bietet der ESC eine Bühne, auf der diese Unterschiede nicht nur toleriert, sondern teilweise auch gefeiert werden. Darüber hinaus fördert der ESC einen kulturellen Austausch, indem er Künstler*innen die Möglichkeit gibt, ihre kulturellen Wurzeln und musikalische Tradition einem internationalen Publikum zu präsentieren. Das führt zu einer starken Wertschätzung und einem Verständnis für die Vielfalt der europäischen Kultur, die aus einer Mischung aus traditionellen Elementen und modernem Einfluss besteht. – So weit, warum ich den ESC eine tolle Veranstaltung finde. Aber warum soll der ESC genau in Biel und Bern stattfinden? Erstens, weil die Person, die den ESC für uns in die Schweiz geholt hat, das wünscht, nämlich den Austragungsort Biel. Das ist nur in Zusammenarbeit mit Bern möglich. Wir sollten den Wunsch ermöglichen, um Nemo und Nemos Sieg gebührend zu würdigen. Zweitens: Der ESC ist ein Schaufenster für kreative und extravagante Performances, die die Grenzen überschreiten und Konventionen herausfordern oder eben auch Codes brechen. Wenn der ESC nach Bern kommt, bietet uns das die Gelegenheit, verstärkt auf LGBTQ-Rechte und insbesondere auf den dritten Geschlechtseintrag aufmerksam zu machen. Der ESC kann somit zur Sensibilisierung und dem gesellschaftlichen Fortschritt beitragen. Drittens ist Bern eine Kulturstadt. Und der ESC ist ein Event, der Musikgeschichte schreibt, und zwar öfters. Bern bietet eine Vielzahl an kulturellen Veranstaltungen und Aktivitäten, die das ESC-Erlebnis noch viel mehr bereichern können. Viertens: Unsere Politik legt grossen Wert auf umweltbewusstes und nachhaltiges Leben. Bern hat sich bereits durch eine nachhaltige Stadtentwicklung ausgezeichnet. Die Austragung des ESC in einer Stadt, die sich für umweltfreundliche Lösungen bemüht, könnte ein Vorbild sein für nachhaltige Grossveranstaltungen. Fünftens: Bern verfügt über moderne und gut ausgestattete Veranstaltungsorte, in denen ein Grossereignis wie der ESC stattfinden kann. Die Expohalle bietet nicht nur ausreichend Platz und moderne Technik, um eine beeindruckende Show zu garantieren. Eine Eröffnung wäre natürlich auch ein super Startevent. Fazit: Wir wollen die Kandidatur "Berne United", eine gemeinsame Kandidatur der Städte Bern und Biel unter dem Einbezug des ganzen Kantons und schlussendlich der ganzen Schweiz. Wir wollen einen ESC bei uns, der bunt ist und schlussendlich eine epische Show. Und nun noch ein Statement an die rechte Ratshälfte: Wenn es tatsächlich, wie ihr sagt, so unrealistisch ist, dass Bern überhaupt in die engere Auswahl kommt, dann braucht es ja eigentlich auch gar kein Referendum.

Präsidentin: Vielen Dank, Barbara. Als nächster kommt Raffael Joggi für die AL/PdA-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die Euphorie ist gross. Auch die AL/PdA-Fraktion hat nichts gegen Volksmusik und wir finden das nicht unbedingt einen schlechten Anlass. Wir können, glaube ich, Barbara zustimmen, dass es eine schöne Sache ist, wenn sich so viele Leute für etwas gemeinsam rund um den Globus begeistern. Dass es ein Verbund von öffentlich-rechtlichen Sendern ist, der das ins Leben gerufen hat, finden wir an sich auch sympathisch. Wir können auch der Idee, unserem Regierungsrat eins auszuwischen oder der EDU, die hier Satanismus und Okkultismus vermutet, etwas abgewinnen. Es reizt uns sogar regelrecht, es deswegen eigentlich gut zu finden, aber das allein kann nicht den Ausschlag geben. Für uns in der Fraktion ist es ein sehr kommerzieller Anlass. Ihr wisst, was jetzt kommt. Es werden viele Leute nach Bern fliegen. Es wird viel Abfall generiert. Es wird einfach sehr viel Kommerz geben auf allen Ebenen. Wir finden an sich die Form und die Art und Weise öd, wie die Idee eines Song

Contests abgehalten wird. Und ja, es gibt tatsächlich auch noch ein finanzpolitisches Argument und da sind wir gar nicht so weit weg von Feuz in diesem Moment. Wir finden 7 Mio. Franken – ha ha, genau so viel, damit es das obligatorische Referendum nicht braucht – ein bisschen eine verdächtige Finanzierungsgrösse. Es ist ja klar, dass deshalb dieser Betrag gewählt wird und nicht die effektiven Kosten im Zentrum stehen. Das ist schon klar, dass es eine Notwendigkeit ist, sonst würde es sowieso nicht reichen. Wir kennen diese Argumente, aber wir hätten uns wenigstens gewünscht, dass das im Geschäft transparent ausgewiesen wird. Man kann das auch hinschreiben, dass es einfach jetzt 7 Mio. Franken sind und nicht 1 Franken mehr, weil es sonst einfach nicht reicht. Das tut dem keinen Abbruch. Und ja, man könnte vielleicht auch hineinschreiben, dass es durchaus möglich ist, dass noch Nachkredite folgen könnten. Das ist jetzt Spekulation. Wir wissen es nicht, aber man hat so ein gewisses Bauchgefühl, dass es bei solchen Projekten in dieser Stadt durchaus so sein kann. Und jetzt ist es schon so, dass unsere Partei die 7 Mio. Franken nicht reuen. Wir sind jederzeit dabei, andere Finanzierungskanäle zu finden. Steuererhöhungen sind für uns kein Problem. Wir müssen nicht knausern, aber da frage ich dann zurück zu der bürgerlichen Ratshälfte. Warum wollt ihr jetzt plötzlich Geld ausgeben? Was ist das Argument, dass ihr jetzt ein lockeres Portemonnaie habt und sonst die ganze Zeit schwierig tut? Es ist eben einfach so, dass es eine Konjunkturmassnahme ist, ein Konjunkturpaket, ein staatliches, und das können die bürgerlichen, wirtschaftsfreundlichen Parteien durchaus immer vom Staat verlangen. Da haben sie nie Probleme, wenn der Staat in diesem Moment Geld spricht. Es zeigt einmal mehr, es geht euch nicht darum, dass der Staat spart, sondern ihr habt keinen Bock, Steuern zu zahlen. Das ist es. Jetzt noch vielleicht zum Stil: Wir finden es blöd, ein Referendum zu machen, auch wenn wir gemeinsam mit der SVP in diesem Moment nicht unbedingt dafür sind, den Event hier abzuhalten. Wenn das hier durchkommt, sind wir nicht dafür, dass man das Referendum macht. Die Chancen, dass nachher letztendlich Bern den Zuschlag bekommt, sind denkbar gering. Das wissen alle hier im Rat. Wir kennen die Argumente der Festhalle, darüber müssen wir gar nicht anfangen zu reden. Ich meine, das wird schlicht und einfach nicht funktionieren bis dahin. Die Haustechnik wird sicher auch noch 2 Wochen später Probleme machen, weil es vollgestopft ist mit IT. Ein Referendum finden wir blöd. Wir lehnen diese Anträge ab. Das ist irgendwie schlechter Stil, das Referendum nachzuschicken, sollte es jetzt hier eine Mehrheit finden, und das quasi formal auszuhebeln. Wir finden es aber auch ein bisschen komisch, dass, wenn es so klar ist, dass das nicht in Bern stattfinden wird, man jetzt trotzdem so euphorisch zustimmt. Eigentlich ist es wirklich sehr unwahrscheinlich, auch wenn wir heute Abend hier zustimmen. Das sind unsere Punkte. Wir werden das ablehnen und alle Anträge auch.

Präsidentin: Merci, Raffael. Dann kommt Matthias Humbel für die GFL.

Matthias Humbel (GFL) für die Fraktion: Es ist so eine Sache mit Grossanlässen. Die GFL-Fraktion steht ihnen eher kritisch gegenüber. Die öffentliche Hand muss viel Geld aufwerfen, um für einen privaten, oft steuerbefreiten und auch sonst ein bisschen halbseidenen Verband einen Anlass zu finanzieren, der sich dann eine goldene Nase daran verdient. Was denn die Stadt und der Kanton im konkreten Fall davon hätten, ist offen. Ob die Prognosen zur generierten Wertschöpfung so eintreffen, ist überhaupt nicht sicher. Immerhin muss man in diesem Fall nicht extra ein Stadion oder eine Halle erstellen. Aber auch, wenn man sich Mühe gibt, ökologisch ist so ein Anlass immer fragwürdig. Zudem finden wir es doch auch riskant, in der neuen Festhalle gerade mit so einem Anlass zu starten. Bei so einem Projekt ist doch auch mit gewissen Kinderkrankheiten

zu rechnen, und den einen oder anderen Testlauf bei Vollbetrieb braucht es auch noch, bis alles reibungslos klappt. Die Fraktion ist gespalten, ob sie diesem Kredit zustimmen soll oder nicht. Für einen Teil überwiegen die kritischen Punkte. Ein anderer Teil der Fraktion findet aber doch, dass wir dank Nemo auch etwas Grosses zu feiern haben, nicht zuletzt auch für diverse Anliegen, und wir uns auch als Nemos-Heimkanton nicht lumpen lassen sollten. Kurz: Die Fraktion hat zum Verpflichtungskredit für den ESC Stimmfreigabe beschlossen. Die Anträge selber konnten wir nicht mehr diskutieren. Ich denke, diese werden wir ablehnen.

Präsidentin: Danke, Matthias. Jetzt kommt Yasmin Abdullahi für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Yasmin Amana Abdullahi (JGLP) für die Fraktion: Obwohl wir grundsätzlich Sympathien haben für Grossveranstaltungen und insbesondere für den Eurovision Song Contest und es sicher auch ein Vorteil wäre, so eine bedeutende Veranstaltung in der Stadt Bern zu haben, sehen wir uns gezwungen, das Geschäft abzulehnen. In Bern wäre wieder richtig etwas los, und es würde sicher auch eine erhebliche Wertschöpfung für den Tourismus mit sich bringen würde. Trotzdem gibt es ein paar Bedenken, die wir nicht einfach ignorieren können. Bern braucht ein angemessenes Risikomanagement. Wir müssen unsere Risiken vollumfänglich kennen und richtig einschätzen können. Beim ESC 2025 sind die Risiken momentan einfach zu gross. Es gibt noch zu viele Unklarheiten. Das Risikomanagement der Stadt Bern ist aus unserer Sicht beim Projekt ESC ungenügend. Ein grosses Risiko stellt die neue Festhalle dar. Die befindet sich zurzeit noch im Bau und soll im März 2025 fertig werden. Der ESC findet schon Mitte Mai statt. Wie bei vielen Bauprojekten besteht auch hier die Gefahr von Bauverzögerungen oder Kinderkrankheiten. Das Risiko darf nicht ausgeschlossen werden. Zudem gibt es einen Mangel an ausreichender Infrastruktur insbesondere bei den Hotelzimmern. Die Zusammenarbeit mit anderen Regionen ist in dem Zusammenhang zwar eine schöne Idee, macht aber die ganze Sache noch einmal viel komplizierter. Ein weiteres Problem stellt die gleichzeitige Organisation der Bea und anschliessend der Euro 2025 Anfang Juli dar. Die zeitliche Nähe und die damit verbundenen logistischen Herausforderungen würden die personellen Ressourcen der Stadt Bern sehr stark beanspruchen. Darüber hinaus ist das vorgeschlagene 2-Standortkonzept zwar eine coole Idee, aber logistisch und auch sicherheitstechnisch sehr kompliziert und teuer. Das stellt einen erheblichen Nachteil gegenüber den anderen Städten dar, die nur mit einem einzigen Veranstaltungsort planen. Der Berner Vorschlag erfordert ausserdem Bundessubventionen, wobei noch unklar ist, ob wir diese wirklich erhalten. Es ist besonders problematisch, wenn andere Städte ihre Bewerbungen ohne zusätzliche Unterstützung des Bundes einreichen können. Wegen der gerade genannten hohen Risiken schätzen wir die Chance, dass die SRG Bern als Austragungsort wählt, als sehr klein ein. Andere Städte haben kleinere Risiken und mehr finanzielle Möglichkeiten. Es ist schade, die Planungsressourcen für eine Bewerbung zu verwenden, die sowieso nur minimale Erfolgchancen hat. Schlussendlich müssen wir auch das finanzielle Argument berücksichtigen. Eine zusätzliche Verschuldung von 7 Mio. Franken ist in der aktuellen finanziellen Lage Berns nicht sinnvoll, auch wenn dieser Event potenziell zu Mehrwert für den Tourismussektor führen könnte.

Zusammenfassend möchte ich betonen, dass wir die Vorstellung des Eurovision Song Contests in Bern sehr toll finden. Trotzdem überwiegen die Risiken und Nachteile deutlich. Der ESC ist einfach eine zu grosse Kiste für eine kleine Stadt wie Bern. Darum lehnt die Fraktion GLP/JGLP/EVP das Geschäft ab und nimmt den Antrag 1 an. Die

Anträge 2 und 3 hingegen werden wir ablehnen. Ein Referendum macht hier keinen Sinn und braucht einfach zusätzlich noch einmal viele Ressourcen.

Präsidentin: Merci, Yasmin. Wir sind bei den Einzelvoten, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA!), Einzelvotum: Der ESC soll nächstes Jahr in die Schweiz kommen und alle sind komplett aus dem Häuschen, ganz nach dem Motto: Endlich sind auch wir mal bei etwas Grossem dabei. Und etwa mit der gleichen Aufregung diskutiert man jetzt, welches Schweizer Städtchen die grosse Ehre hat, den ESC austragen zu dürfen. Anstatt, dass man sich ernsthaft überlegen würde, was eine sinnvolle Entscheidung wäre, dreht sich die Diskussion mittlerweile nur noch darum, welche Stadt besser, cooler und wichtiger ist. Auch der Gemeinderat lässt es sich anscheinend nicht nehmen, bei diesem Gockelgetue mitzumachen und rühmt sich mit Aussagen wie, Bern sei die Schweizer Musikregion par Excellence, und das, obwohl uns hier drin vermutlich allen klar ist, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Bern als Austragungsort gewählt wird, etwa bei 0 liegt. Das Problem fängt schon bei der Location an. Der ESC soll in der Festhalle stattfinden, die laut Plan am 31. März fertig gebaut sein soll. Etwa einen Monat später findet der ESC statt und vorher müsste auch noch geprobt werden. Ich weiss wirklich nicht, was genau die Überlegung dahinter ist. Aber es ist alles andere als unüblich, dass grosse Bauprojekte halt dann trotzdem nicht ganz nach Plan fertig werden und Alternativen zur Festhalle gibt es in Bern offensichtlich nicht. Hinzu kommt noch die Bea, die irgendwie parallel dazu stattfinden soll. Kurz darauf fängt die Bea an, alles mehr oder weniger im selben Perimeter. Ironischerweise haben Gemeinderat und Verwaltung laut dem Vortrag gar keine Ressourcen, um ein Projekt wie den ESC zu planen, weil gleichzeitig so viele andere Grossprojekte anstehen. Und deshalb sollte auch eine externe Projektleitung angestellt werden, welche die Gesamtplanung übernehmen würde. Gleichzeitig hat man in dieser Stadt aber scheinbar kein Geld, um beispielsweise die Fachstelle für Menschen mit Behinderungen aufzustocken, obwohl sie viel zu wenige Ressourcen haben, um ihre Aufgaben umzusetzen, oder für die Umsetzung dringend nötiger Klimaanpassungsmassnahmen. Aber hurtig eine externe Projektleitung anstellen für einen ESC, ist dann wiederum gar kein Problem. Wie soll ich sagen? Da fragen wir uns als Ja! schon ein bisschen, wo die Prioritäten genau liegen. Wir werden den Verpflichtungskredit jedenfalls ablehnen. Abgesehen davon, dass es schon rein aus organisatorischer Sicht keinen Sinn macht, den ESC in Bern auszutragen, sehen wir auch grundsätzlich den positiven Nutzen einer weiteren kommerziellen Grossveranstaltung nicht. Allein schon aus einer Nachhaltigkeitsperspektive ist so ein Grossevent für eine links-grüne Stadt nicht vertretbar. Es braucht eine riesige Infrastruktur für einen Event, der ein paar Tage dauert und genau einmal an diesem Ort stattfindet. Zudem wird der Grossteil der Leute höchstwahrscheinlich nicht mit dem ÖV kommen, sondern mit dem Flugzeug anreisen, was im Hinblick auf die klimapolitischen Ziele dieser Stadt ziemlich absurd ist. Der Versuch im Vortrag zu diesem Verpflichtungskredit, Nemos Song "The Code" als ein Lied über Nachhaltigkeit zu interpretieren, macht den Vortrag aus unserer Sicht zwar etwas lustiger, aber den Event halt trotzdem nicht nachhaltiger. An den Fähigkeiten zur Songtext-Analyse könnte man vielleicht noch ein bisschen arbeiten. Es geht im Lied von Nemo vor allem um das Aufbrechen einer vorherrschenden Geschlechterbinarität, aus unserer Sicht eine sehr zentrale Botschaft. Anstatt über den Austragungsort des ESC zu diskutieren, wäre es viel wichtiger, über die gesellschaftliche und rechtliche Situation von nonbinären Menschen zu diskutieren. Wir sollten darüber diskutieren, dass eine nonbinäre Person den ESC für die Schweiz gewinnt und das Land gleichzeitig bis heute die Existenz von nonbinären Menschen nicht

anerkennen will. Man freut sich zwar darüber, dass Nemo den ESC gewonnen hat, will aber gleichzeitig Nemos Existenz nicht anerkennen. Das ganze Rainbow Washing, das aktuell im Zusammenhang mit dem ESC und mit Nemo stattfindet, ist aus der Sicht der JA! sehr problematisch. Reden wir doch lieber über die Rechte von homosexuellen Menschen oder allgemein über die Situation von queeren Menschen in der Schweiz und schaffen wir doch endlich einen queeren Begegnungsort in der Stadt Bern.

Präsidentin: Merci, Anna. Als nächstes kommt Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO), Einzelvotum: Auch wir als JUSO lehnen den Verpflichtungskredit für eine allfällige Durchführung des ESC in Bern ab, und das durchaus auch aus ideologischen Gründen. Die Statuten der Europäischen Rundfunkunion halten fest, dass der ESC eine politisch neutrale Veranstaltung sein sollte. Es soll sich um einen Kulturevent handeln, bei dem Politik nichts zu suchen hat. Das ist aus unserer Sicht ein fragwürdiges Kulturverständnis, kann Kultur doch immer auch von politischen Ereignissen geprägt sein, insbesondere dann, wenn sich es um einen Wettbewerb handelt, bei dem Staaten gegeneinander antreten. Der ESC findet wie auch andere Events eben nicht abgekapselt in einem luftleeren Raum statt. Und so ist es klar, dass auch der ESC in der Vergangenheit wie auch in der Zukunft nie frei von politischem Diskurs stattfinden kann. Das Politik- und Kulturverständnis der EBU (European Broadcasting Union) finden wir in höchstem Masse fragwürdig. Wir als JUSO stellen uns klar gegen diesen Anlass, insbesondere auch, weil der Anlass von einer Organisation geleitet wird, die kriegstreibenden Staaten wie zum Beispiel Aserbaidschan oder Israel eine Bühne bietet und das nachher als unpolitisch darstellen will. Wegschauen ist eben auch politisch. Erkennen wir das an und setzen ein Zeichen, indem wir uns nicht für so einen Event bewerben. Ausserdem finden wir es doch auch interessant, insbesondere wenn man sich an einige Voten von letzter Woche erinnert, wie man plötzlich megabereit ist, 7 Mio. Franken für einen Anlass auszugeben. Wie so oft bei Grossanlässen vergleichen wir die Durchführung eines solchen Events mit der Vorantreibung gleichstellungspolitischer Themen. Wenn wir es wirklich wichtig finden, uns für die Gleichstellung von nichtbinären, trans oder queeren Menschen einzusetzen, dann können wir die 7 Mio. Franken gerne nehmen und im Budget bei der Budgetdebatte im Herbst einstellen und sie gezielt für diese Massnahmen einsetzen. Aber darum geht es den meisten gar nicht, sonst würden wir nämlich auch genau das machen. Der Gemeinderat schreibt ja auch im Vortrag, worum es ihm wirklich geht. Der Gemeinderat sieht im ESC ein grosses Potenzial für die hiesige Wirtschaft. Jetzt die Regenbogenfahne zu zücken und so zu tun, als würde es bei der Austragung des ESC um die Gleichstellung von queeren Menschen gehen, ist einfach unehrlich. Der Gemeinderat schafft es ja nicht einmal in diesem Vortrag, ihre Stellung in der Gesellschaft und das städtische Engagement für die Rechte queerer Menschen beim Namen zu nennen. "Bern kann sich bei einer Austragung mit seinen Werten als weltoffene, farbige, inklusive, positive, multikulturelle und mehrsprachige Eventstadt bestens präsentieren. Der ESC ist ein Leuchtturmanlass für die Stadt Bern." Man merkt bei der Bewerbung, wenn man das liest, worum es wirklich geht – möglichst offen und inklusiv zu wirken. Uns ist es im Moment egal, wie die Stadt Bern auf die Welt wirkt oder wirken will. Uns ist wichtig, dass die Stadt Bern effektiv eine offene und inklusive Stadt ist und dass die Menschen, die hier leben, das auch so erleben. Investieren wir das Geld besser in das.

Präsidentin: Merci, Sofia. Dann kommt Simone Machado.

Simone Machado (GaP), Einzelvotum: Ich bin überrascht über die kritischen Voten, die nun doch kommen, und habe natürlich auch Freude daran. Ich spreche mich dagegen aus, dass der Anlass in Bern stattfindet, und zwar nicht aus ideologischen Gründen weder auf der einen noch auf der anderen Seite. Ich habe andere Gründe, wie ihr nachher hören könnt. Einleitend möchte ich aber noch erwähnen, dass ich heute Nachmittag das Bewerbungsdossier von Bern und Biel für den ESC einsehen konnte. Besten Dank an dieser Stelle an Marc Heeb und an Reto Nause für die kurzfristige und kulante Gewährung der Einsicht. Das Bewerbungsdossier ist eindrücklich und macht, ich gebe es zu, sogar ein bisschen Lust auf den Anlass, wenn eben nicht diese Bedenken gegenüber der Durchführung des ESC in Bern wären. So ist zum Beispiel der Anlass in Bern ein klarer Widerspruch zum Klimareglement der Stadt Bern. Die Stromversorgung zum Beispiel muss nämlich unabhängig vom Stromnetz erfolgen. Man rechnet mit 6'000 Voltampere für so einen Grossanlass. Für 100 Kilovoltampere braucht man 20 Liter Diesel, das heisst, 1'200 Liter pro Stunde, das heisst, 10'000 Liter pro Tag oder 25'000 Kilo CO₂ oder 25 Tonnen, das heisst, 125 Tonnen pro Woche und 500 Tonnen für einen Monat. Das steht wahrlich im Widerspruch zu dem Klimareglement. Dazukommen noch die Emissionen der Gäste, die per Flugzeug anreisen, der Abfall etc. Der Vortrag erwähnt auch die Auswirkungen auf das Klima nicht, wie es eigentlich jetzt üblich und vorgeschrieben wäre gemäss Klimareglement. Das ist wohl dem Zeitdruck geschuldet. Diese Frage wäre aber sehr interessant gewesen, wenn man sie in die Debatte hätte einbeziehen können. Zudem sind die rigiden Sponsoring-Vorschriften zu beanstanden. Der EBU verlangt, dass alle Sponsoringeinnahmen zum EBU, also an die Organisation, die das durchführt, den Bund beziehungsweise die SRG fliessen. Einmal mehr: Der Steuerzahler wird zur Kasse gebeten und die Einnahmen fliessen nicht zurück zu ihm oder ihr. Dass der Anlass wirtschaftsfördernd sei, bestreite ich. So ist zum Beispiel im Vorlauf zu der Tour de France 2014 genau dieses Argument bemüht worden. Es wurde aber nachher nie erhoben, ob sich das bewahrheitet hat, ausser in Skandinavien, wo Forscher herausgefunden haben, dass solche Anlässe genau nichts in die Staatskasse fliessen lassen oder die Wirtschaft fördern. Aus diesen Gründen würde ich dafür plädieren, Genf oder Zürich den Vorrang zu lassen und diese Bewerbung nicht einzureichen, zurückzuziehen oder dem Volk zur Abstimmung vorzulegen.

Präsidentin: Merci, Simone. Als nächstes kommt Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Es ist wirklich herzerwärmend, wie sich da plötzlich der Lokalpatriotismus wieder sehr schnell breitmacht, und wie man natürlich – auch das ist klar – einem sehr rigiden kantonalen Sicherheitsdirektor Gegenwehr geben will, wenn er sich so gegen einen Grossevent stemmt. Nichtsdestotrotz muss man sich keine Illusionen machen, dass hier bei einigen ein bisschen der Grössenwahnsinn ausgebrochen ist. Und was auch sehr irritierend ist an dieser Kandidatur, wie sie jetzt vorliegt, ist, dass wir jetzt gerade alle unsere Delegationsbesuche zum Teil schon hinter uns haben, zum Teil vielleicht noch vor uns – das aber wohl eher nicht. Und es ist uns wieder von allen Stellen gesagt worden, wie man fast überschäumt vor lauter Arbeit, wie die Ressourcen überall viel zu knapp sind. Und hier spielt es überhaupt keine Rolle, wie viel Verwaltungs- und Vorbereitungsaufwand in so eine Kandidatur, die zugegebenermassen ausgesprochen aussichtslos ist, stecken kann und wie viel Energie da wieder frei werden kann. Offenbar ist es doch möglich, über die Grenzen hinaus zu gehen, auch in der Verwaltung. Und nachher zum Votum, das Raffael Joggi gehalten hat. Das will ich auch sehr klar unterstützen. Es ist hier ganz klar auch institutionell, staatspoli-

tisch sehr bedenklich, wie der Staat wieder Verluste sozialisieren und Gewinne privatisieren soll. Es ist ganz klar ein Schema. Die Agenturen reiben sich alle in die Hände. Die SRG reibt sich die Hände und die Stadt und der Kanton sollen horrenden Sicherheitskosten übernehmen. Was ich vielleicht auch noch dazu sagen kann – man konnte es jetzt gerade in die Zeitung lesen: Nächste Woche tritt ja Taylor Swift, die, glaube ich, bekannteste und am besten verkaufende, bestselling female Artist, zweimal in Zürich auf. Und schon 3 Tage vorher wird ein Perimeter von 1 Kilometer rund um das Stadion abgesperrt für sämtlichen Verkehr. Man muss sich einfach einmal vergegenwärtigen, was das für die Stadt Bern heissen würde. Dann wäre die Stadt Bern vermutlich eine bis mehrere Wochen ziemlich dicht. Und nachher noch ein weiteres Element, das ich auch noch erwähnen möchte, das hat Sofia Fisch vorhin gut ausgeführt. Queere Anliegen kann man vor allem mit massstäblichen Events in der Stadt Bern sehr gut unterstützen, und zwar findet am 3. August die Bern Pride statt, auch mit Unterstützung der Stadt Bern. Das darf ich hier, glaube ich, auch sagen, dass man da bei den Sicherheitskosten notabene entgegenkommen ist. Man hat ein Agreement gefunden. Aber was halt hier auch ist: Man holt trotzdem alle anderen Ausgaben, alle anderen Aufwände, die man hat, mit Sponsoring hinein. Das passiert sehr basisdemokratisch. Es arbeiten ganz viele Leute ehrenamtlich mit und das führt eben auch dazu, dass man nicht wie sonst üblich in der Stadt Bern nur alle 2 Monate irgendwie einen queeren Event oder eine Party hat, sondern dass da auch eine Bewegung in Gang kommt und das ist definitiv hier nicht der Fall. Das ist etwas Einmaliges. Das ist wie das Formel E-Rennen, das auch hier im Stadtrat schon für sehr viele Reibereien gesorgt hat, mit dem man sich einfach so ein Denkmal setzen will mit einem einmaligen Event. Und es verpufft sofort wieder. Und dieser Effekt ist einfach auch für die queere Community nicht wertvoll. Wir brauchen Formate und Organisationen, die nachhaltig wirken, die nachhaltig wirken für das Leben hier und die nicht so teuer sind und das ganze öffentliche Leben während mehreren Tagen lahmlegen. Das ist einfach nicht der Masstab, den wir hier in der Stadt Bern brauchen.

Präsidentin: Merci, Michael. Als nächstes kommt Florence Pärli.

Florence Pärli Schmid (JF), Einzelvotum: Michael, bevor ich zum ESC rede, möchte ich noch kurz feststellen: Es ist spannend, dass du ausgerechnet dagegen bist, dass man die Stadt verkehrstechnisch abriegelt. Das nehme ich gerne zur Kenntnis. Ich würde gerne Herrn Righetti zitieren, der sagt: Die Welt kommt zusammen für sehr wenig Geld. Ich glaube, das fasst hier die Thematik sehr schön zusammen. Wir investieren 7 Mio. Franken und bekommen mindestens 150 Mio. Franken zurück. 7 Mio. Franken sind viel Geld. Aber habt ihr einmal die Jahresrechnung des Kantons Bern geschaut? 2022 hat man dort 12 Mio. Franken ausgegeben für Tourismus. Darauf kann man wohl, wenn man einen ESC in der Schweiz durchgeführt hat, mindestens 10 Jahre einfach verzichten, denn so eine Werbung bekommt ihr nie mehr. Dann bin ich froh um das Votum von Barbara, die sagt: Ja, die Welt kommt zusammen. Es wäre schön, wenn man das auch bei anderen Events so begrüssen würde, eben zum Beispiel bei Olympia. Und ein letzter Punkt, der mir ganz wichtig ist zum ESC: Es ist faszinierend und wahnsinnig schade, dass ganz viele Voten in diesem Raum – und wir sind Stadträte der Hauptstadt der Schweiz – sagen, Bern könne einen ESC nicht durchführen. Das ist wahnsinnig und das ist traurig. Ich hoffe auch, ihr habt vielleicht verglichen: Wenn man den "Bund" angeschaut hat und wenn man den Tages-Anzeiger angeschaut hat, so hat es in Zürich keinen einzigen Kommentar gegeben in der Kommentarspalte, der lautete: Nein, das können wir nicht. Vielmehr hiess es: Yes, mega cool. Über den ESC steht im

"Bund" fast nur Negatives. He, Bern ist die Hauptstadt der Schweiz. Wir können das und wir haben mit Bernexpo absolute Profis im Werk, die so einen Event machen können. Habt ihr das Gefühl, solche Profis würden ihren Ruf aufs Spiel setzen und eine Bewerbung einreichen, wenn sie sich das nicht zutrauen würden? Ich bitte euch als Stadtrat der Hauptstadt der Schweiz, traue unserer Stadt bitte mehr zu, nicht nur beim ESC, sondern auch sonst. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Florence. Dann kommt Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Zuerst möchte ich all den Leuten aus ganz verschiedenen Fraktionen danken, die aus ihrer Sicht die Gründe vorgebracht haben, die eben gegen den ESC sprechen. Mir hat gefallen, wie die GLP argumentiert hat, wie der Michael Ruefer argumentiert hat, Sachen gebracht hat, die ich gar nicht gewusst habe. Ich habe nämlich auch einen Fehler gemacht in der Begründung. Ich habe dabei ein bisschen auf die Aussagen der Stadt verwiesen in Bezug auf den gleichzeitigen oder fast gleichzeitigen Terminkalender mit der Frauen-Euro. Ich habe das also heute noch rasch gecheckt. Das ist später. Aber genau das Argument, das jetzt gebracht wurde mit Albisrieden, das man abriegelt, das sind einfach ganz gewaltige Einschränkungen. Auch die Argumente von Sofia Fisch, von Raffael, die haben mir alle sehr gefallen – ganz andere Ansatzpunkte. Aber das könnt ihr mir und Simone glauben: Wir bekämpfen das nicht aus religiösen Gründen oder weltanschaulichen Gründen. Ihr habt wirklich auch Gründe gehört, zu denen man ganz ehrlich sagen muss: Es hoffen alle auf das grosse Geschäft. Und Simone Machado hat hier zu Recht gesagt. Eben, das Geld bekommt dann gar nicht Bern, das bekommt nachher die SRG. Wovon reden wir noch? Reden wir noch von der Tour de France von 2016 oder nicht? Das ist nicht mehr der Fall. Man sagt, man gebe nur 7 Mio. Franken. Ich halte einfach fest: Man macht es ganz kurz unterhalb, damit man es nicht dem Referendum unterstellen muss. Zürich hat 20 Mio. Franken gesprochen. Was glaubt ihr, für welchen Standort eure Finanzpolitiker im Nationalrat sind? Wahrscheinlich nicht für Bern, sondern für Zürich oder Genf. Da muss man doch ganz ehrlich dazu stehen: Es war ein gutes Dossier, aber man hätte die Ressourcen dort einzusetzen können, wo man sie wirklich braucht. Ich danke allen, die unsere Anträge unterstützen und hier klar und offen gesprochen haben. Das freut mich sehr. Für mich war es fast ein Abschiedsgeschenk, dass Leute aus Fraktionen, die politisch auf Smartvote weit von mir entfernt sind, genau diese Argumente begriffen haben, die ich auch anwende und ins Feld führe. Danke euch vielmals.

Präsidentin: Merci, Alex. Dann kommt noch einmal Claudio Righetti.

Claudio Righetti (Mitte), Einzelvotum: Ich glaube, ich habe noch nie so viel gesprochen in diesem Stadtrat. Ich bin ja eher ein bisschen wortkarg, aber mir tut es weh, der Debatte zuzuhören, das muss ich euch ehrlich sagen. Ihr wisst ja, ich habe schon grössere Veranstaltungen hier in Bern durchgeführt. Gewisse sind weniger gut kritisiert worden. Ich denke dabei an die Miss Schweiz-Wahl auf dem Bundesplatz. Andere wie die Gala de Berne mit hundertfach präsenten Journalisten aus der ganzen Welt, dutzendfach präsenten Medien, das heisst Fernsehen aus der ganzen Welt – jede einzelne dieser Galas hat gut und gerne über 100 Mio. Leute erreicht. Das hat die Stadt keinen Rappen gekostet. Ich muss ehrlich sagen, zum Glück musste ich keinen Antrag stellen, um Geld zu verlangen, denn das alles hätte nicht stattgefunden. Es wäre alles nicht

gemacht worden. Es fehlt einfach der Mut und das Vertrauen, dass man so einen grossen Anlass durchführen kann. Das ist ein exponentiell grösserer Anlass. Aber so einen Anlass kann man durchführen in der Stadt Bern. Wenn für die Festhalle, wenn für die Veranstaltungstermine unter diesem Druck gearbeitet werden muss, wird das erbracht werden und wird das umgesetzt werden. Da würde ich mich fast dafür verbürgen. Und nachher möchte ich noch etwas anderes sagen: Viele Ängste, viele Sorgen, politische Themen, die vorgebracht werden – alles minutiös aufgeschrieben und abgelesen, nichts spontan, nichts aus dem Herzen, alles nach Liste. Sprecht doch mal frei. Lasst mal eurem Herzen freien Lauf bei diesen Themen, denn was ihr vergesst, die liebe Freunde und Freundinnen, ist: Die ganze Schweiz schaut auf uns. Also, wenn wir das heute abschmettern im Stadtrat, wird morgen im "Blick" stehen: Stadtrat Bern hat den ESC abgeschossen. Schon wieder etwas, bei dem wir den Schwanz einziehen, anstatt den anderen Paroli zu bieten und zu zeigen, liebe Damen und Herren, chers amis, cari amici de la Svizzera, noi siamo la capitale federale, nous sommes la capital fédéral, wir sind die Hauptstadt. Überlegt euch bitte sehr gut eure Entscheidung. Danke.

Präsidentin: Merci Claudio, dann kommt Daniel Michel.

Daniel Michel (SVP), Einzelvotum: Ich kann nicht so gut romanisch oder lateinisch oder was das auch immer hätte sein sollen – ist egal. Aber ich finde es schon ein bisschen komisch. Gerade das, was du, Anna, vorgelesen hast, konnte ich fast alles von meiner Liste streichen. Genau das habe ich eigentlich alles aufgeschrieben und das finde ich eigentlich schon ein bisschen faszinierend, wir, die wir in völlig verschiedenen Ecken sitzen, aber es ist wirklich eine Tatsache. Seien wir doch ehrlich. Früher hat es mal nicht ESC geheissen, sondern "Grandprix Eurovision de la Chanson" und die Schweiz hat schon zweimal gewonnen vor Nemo. Einmal war es in Lugano, 1956, und nachher hat Céline Dion auch gewonnen. Wunderbar. Wo war dieser ESC damals? In Rapperswil ist, glaube ich, Céline Dion geboren. Hat damals Rapperswil gesagt "Wir wollen den ESC"? Also ich verstehe das nicht ganz. Erstens die Euro 25 – ihr habt vorher noch geredet von Länderkampf, den gibt es an der EM 25 auch. Die Frauen-EM, was ich sehr geil finde, kommt nach Bern. Supersache. Aber seien wir doch mal ehrlich: Wir können das nicht tragen in der Stadt Bern. Es liegt einfach nicht drin. Erstens die Unterkünfte, zweitens der Flughafen. Palexpo in Genf liegt fast direkt neben dem Flughafen. Zürich hat einen riesigen Flughafen, die können das auch stemmen. Ich verstehe das wirklich nicht ganz. Die grossen Länder können das alles durchführen. Wir sind so ein kleines Land. Wir wollen das jetzt wirklich nach Bern holen? Also, wir reden jetzt hier wirklich von Bern, der Stadt. Ich verstehe das nicht, ganz ehrlich. Und zweitens ist Bern nicht die Hauptstadt der Schweiz, sondern die Bundesstadt der Schweiz. Wir haben keine Hauptstadt – das nur rasch zu dem. Grosse Shoppingcenter haben wir auch nicht, von denen ihr immer sagt, wir könnten dort noch Touristen hinholen. Das einzige ist etwa noch das Westside in Bümpliz, wahrscheinlich das grösste, das ich hier kenne. Dort geht ihr wahrscheinlich mit dem Velo hin und nicht mit dem Flugzeug. Aber das ist ja gleich. Aber ja, seien wir doch ehrlich. Es liegt nicht drin und deshalb hoffe ich, dass ihr den Anträgen der SVP zustimmt.

Präsidentin: Danke, Daniel. Dann kommt Niklaus Mürner.

Niklaus Mürner (SVP), Einzelvotum: Ich bin nicht hier, um zu politisieren und lange irgendwie Ideologien und solche Sachen mitzuteilen. Vielmehr möchte ich nur den Antrag stellen, dass bei der Annahme des Kredits automatisch das Werbeverbot aufgehoben wird. Danke.

Präsidentin: Merci, Niklaus. Dann kommt Gabriela Blatter.

Gabriela Blatter (GLP), Einzelvotum: Ich mag sonst eigentlich keine Verlängerungen von Diskussionen, aber es hat gerade so viele Sachen gegeben, die mich so getriggert haben, dass ich das Gefühl hatte, ich müsse doch noch etwas sagen. Ich habe ein Megaherz für Bern. Ich habe ein Superherz für den ESC, für die Nonbinarität etc., diese Themen. Ich finde das super. Ich fände es auch super, wenn es eine Grossveranstaltung gäbe, aber ich habe auch einen Kopf für eine Risikoabschätzung. Und der Zeitpunkt, wann die Festhalle fertiggestellt wird – und Bauverzögerungen, sorry, die gibt es einfach à gogo. Und ich habe auch Verständnis dafür, dass es andere Bewerbungen gibt, die einfach so viel besser sind als unsere, dass ich es nicht richtig finde, wenn wir die Planungsressourcen verlocken, wenn wir ohnehin schon wissen, dass die anderen Bewerbungen so viel besser sind. Und nein. Ja, ich bin einverstanden damit: Bern soll Grossveranstaltungen durchführen können. Aber rein schon die Hotelzimmer in der Stadt Bern reichen nirgends hin. Und eine 2-Standortbewerbung ist einfach aus Risikoperspektive nicht konkurrenzfähig und das muss man auch akzeptieren und das ist auch nicht gegen die Stadt Bern, wenn man Nein stimmt. Es ist auch nicht gegen den ESC, sondern es ist einfach eine realistische Risikoabschätzung.

Präsidentin: Merci, Gabi. Dann kommt Judith Schenk.

Judith Schenk (SP), Einzelvotum: Ich verstehe die Kritik der queeren Seite. Ich probiere es auf jeden Fall sehr. Was ich dazu aber sagen möchte: Der ESC findet sowieso in der Schweiz statt. Entweder wir können davon profitieren oder es wird eine oder 2 Stunden von Bern entfernt davon profitiert. Würde es sich um Beatrice Egli handeln und nicht um eine nonbinäre Person, würden wir zumindest die Diskussion über das Referendum von ganz rechts mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit nicht führen. Aber aus euren eigenen Reihen sagen eure eigenen queeren SVP-Grossräte, dass es zumindest bei der Referendumsandrohung auf kantonaler Ebene ausschliesslich um Queerfeindlichkeit geht. Frei nach dem Motto von Mani Matter möchte ich dazu einfach noch sagen: "Kunst ist immer ein Risiko." Und darum kommt es für mich nicht in Frage, dass wir nicht alles dafür geben, dass Biel und Bern Austragungsort werden.

Präsidentin: Merci, Judith. Wir kommen zum Votum von Gemeinderat Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Das ist es: Bern United. 137 Seiten Bern-Power, 137 Seiten Stolz auf die Stadt, Stolz auf Bern, Stolz auf Biel, Stolz auf den Kanton. Darin wird beschrieben, wie wir die Sicherheit im Perimeter der Expo gewährleisten können. Das ist der Sicherheitsperimeter. Wer behauptet, die halbe Stadt werde abgesperrt, der erzählt Unsinn. Hier drin wird beschrieben, wie wir die Hotel-Kapazitäten im ganzen Kanton Bern gesichert haben. Hier drin wird beschrieben, dass wir das beste aller Dossiers abgeben. Ich will das einfach einmal betonen, alles andere, finde ich, hat einen leichten defätistischen Touch. Warum haben wir das beste aller Dossiers? Wir sind Hometown of Nemo: Wir haben den Künstler in unserem Kanton, wir sind seine Heimatstadt und

können das als einzige Kandidatur bringen. Wir haben die schönste Kulisse mit unserem Unesco-Weltkulturerbe, was wir im Turquoise Carpet-Event schön inszenieren werden. Wir haben die nachhaltige Mega-Halle, die nachhaltige Minergie-Halle und nicht das alte Hallenstadion. Wir haben die modernste Halle im Land, von der jeder Eventveranstalter träumt, weil er nämlich mit dem Camion hineinfahren kann, und weil die Halle sich für so einen Event hervorragend eignet. Wir haben das schönste Public Viewing mit dem Bundeshaus im Hintergrund. Wo ist denn das in Zürich? Wo ist denn das in Genf? Das gibt es nur in Bern und eines muss ich dann schon noch sagen: Wir können das und wir haben bewiesen, dass wir es können. Wo seid ihr gewesen an der Euro 08, als 150'000 Holländer hier die grösste Party aller Zeiten gemacht haben. Wo seid ihr gewesen, als die Tour de France durch Bern geradelt ist? Wo seid ihr gewesen an den Klitschko-Kämpfen, die in alle Welt übertragen worden sind? Wo seid ihr gewesen bei den Euro Games, die letztes Jahr durchgezogen worden ist? Wir können das, wir haben es bewiesen und kurz darauf machen wir noch die Euro 25 mit den Frauen. Wir haben einen Double Strike 2025. Und all denen, die sagen, diese Wertschöpfung, passiere nicht. Jahr für Jahr schreibt Bern Logiernächte-Rekord, Jahr für Jahr, als Folge eben der Tour de France. und solchen Events. Wir haben während Corona 40% mehr Hotelbetten gebaut in dieser Stadt und sie sind ausgelastet. Natürlich gibt es diese Wertschöpfung und natürlich wollen wir diese Wertschöpfung hineinholen und natürlich wollen wir unserer Gastronomie, unserer Hotellerie, unserer Innenstadt und allen Zulieferern einen guten Event beschere. Lasst den Stern von Bern hell leuchten. Tragt die Kandidatur der Herzen ins Ziel.

Präsidentin: Merci, Reto. Der Stadtpräsident Alec von Graffenried hat noch kurz das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Der Gemeinderat trägt diese Kandidatur mit vollem Herzen mit. Das ist das, was Reto gesagt hat, aber wir haben selbstverständlich auch ein Risikomanagement gemacht. Wir haben unsere Risiken im Griff. Wir haben den Betrag der Stadt Bern eingegrenzt auf 7 Mio. Franken. Es wird keinen Franken mehr sein. Darum sind wir bei 7 Mio. Franken. Die Risiken der Halle, die Risiken des Hallenbaus liegen bei Bernexpo. Bernexpo hat nachgewiesen, dass sie am 31. März die Halle abgeben werden. Sie sind in einem sehr präzisen Zeitprogramm drin. Und sie sind immer plus/minus ein Tag im Zeitprogramm drin. Sie können das Zeitprogramm auch noch beschleunigen. Der 31. März ist gesetzt und das ist der SRG so offeriert worden. Ihr müsst hier nicht die Risikoabschätzung der SRG vorwegnehmen. Die SRG wird die Risiken für sich abschätzen. Ihr müsst die Risiken der Stadt Bern abschätzen und wir haben unsere Risikoanalyse gemacht. Und ich glaube, wir liegen gut drin hinsichtlich des Risikos. Zu dem, was gesagt wurde wegen der Hotels: Auch das ist eben so etwas, das die SRG beurteilen muss, aber wir haben 1500 Hotelbetten – das ist das, was gemäss Ausschreibung verlangt wird – blockiert. Diese Hotelzimmer sind blockiert für die Zeit des ESC, die sind fix gebucht für uns und die entsprechen exakt den Vorgaben der SRG. Die weiteren Hotelzimmer für die übrige Community können ausserhalb sein. Die können bis zu einer Stunde entfernt sein, die können dann auch in Basel und in Zürich sein. Dort wird ja dann kein ESC stattfinden. Und das Allerwichtigste am Schluss: Es ist eine Partnerschaft. Wir haben im letzten Monat eine Partnerschaft aufgebaut mit der Stadt Biel, mit Bernexpo, das einen exzellenten Job gemacht hat. Und wir haben eine Partnerschaft mit dem Kanton. Der Kanton, der Regierungsrat – ihr habt es heute gehört – hat dem Grossen Rat einen Kredit vorgelegt über 29 Mio. Franken. Wir haben eine super Partnerschaft mit unseren Partnern. Für einmal hat das

wirklich hervorragend geklappt. Ein Ja aus dem Stadtrat von Bern ist auch ein Ja zu dieser Partnerschaft.

Präsidentin: Danke, Alec. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über die Anträge ab, die eingegangen sind, und zwar zuerst über den Nichteintretensantrag.

Antrag

1 SVP/ Simone Machado, GaP:

Nichteintreten:

Auf die Vorlage sei nicht einzutreten.

Abstimmung Nr. 009

2024.SUE.0021: Antrag 1

Ablehnung

Ja	15
Nein	53
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab, ob der Kredit um 1 Mio. Franken erhöht werden soll.

Antrag

2 SVP / Simone Machado, GaP:

Der Kredit für die Vorlage sei um 1 Mio. Franken zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 010

2024.SUE.0021: Antrag 2

Ablehnung

Ja	6
Nein	60
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen ab, ob die Vorlage freiwillig dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

Antrag

3 SVP / Simone Machado, GaP

Die Vorlage sei gestützt auf Art. 46 GO freiwillig dem Volk zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmung Nr. 011

2024.SUE.0021: Antrag 3

Ablehnung

Ja	8
Nein	60
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Und jetzt stimmen wir ab über den Antrag des Gemeinderats für den Kredit.

Abstimmung Nr. 012

2024.SUE.0021: Kredit

Annahme

Ja	34
Nein	22
Enthalten	14

Präsidentin: Ihr habt den Kredit angenommen. Weil dieser Kredit angenommen ist, hat die FDP ihr Postulat zurückgezogen. Es ist noch ein mündlicher Antrag eingegangen von Niklaus Mürner. Dieser ist ungültig, weil man nicht im Rahmen eines Kredits ein Reglement aushebeln kann. Und damit entlasse ich euch in die Pause. Merci vielmals und bis nach der Pause um 20.30 Uhr.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

03.09.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

04.09.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.35 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Lukas Gutzwiller	Szabolcs Mihályi
Janina Aeberhard	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanovic
Timur Akçasayar	Bernhard Hess	Niklaus Mürner
Ruth Altmann	Thomas Hofstetter	Dominic Nellen
Emanuel Amrein	Matthias Humbel	Barbara Nyffeler
Ursina Anderegg	Seraphine Iseli	Cemal Özçelik
Mirjam Arn	Ueli Jaisli	Florence Pärli Schmid
Oliver Berger	Bettina Jans-Troxler	Halua Pinto de Magalhães
Tom Berger	Anna Jegher	Simone Richner
Natalie Bertsch	Nora Joos	Claudio Righetti
Lea Bill	Barbara Keller	Mirjam Roder
Laura Binz	Ingrid Kissling-Näf	Michael Ruefer
Gabriela Blatter	Fuat Köçer	Mahir Sancar
Michael Burkard	Nora Krummen	Judith Schenk
Francesca Chukwunyere	Anna Leissing	Nicole Silvestri
Sibyl Eigenmann	Christoph Leuppi	Chandru Somasundaram
Nik Eugster	Corina Liebi	Ursula Stöckli
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Irina Straubhaar
Sofia Fisch	Simone Machado	Bettina Stüssi
Katharina Gallizzi	Denise Mäder	Johannes Wartenweiler
Lionel Gaudy	Esther Meier	Lukas Wegmüller
Franziska Geiser	Daniel Michel	Béatrice Wertli
Thomas Glauser	Matteo Micieli	Paula Zysset
Muriel Graf		

Stadtrat entschuldigt

Lena Allenspach	Raffael Joggi	Mehmet Özdemir
Debora Alder-Gasser	Jelena Filipovic	Sarah Rubin
David Böhner	Salome Mathys	Janosch Weyermann

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Franziska Teuscher BSS
Reto Nause SUE		

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Leiterin Ratssekretariat
Mago Flück, Ratsweibel
Cornelia Stücker, Sekretariat

2022.SR.000053

9 Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA/Jemima Fischer, AL): Die Zeit ist um – Für eine aktive und partizipative Energie- und Klimakommission

Präsidentin: Geschätzte Kolleg*innen willkommen zurück aus der Pause. Wir sind bei Traktandum Nummer 9. Das ist eine Motion der Fraktion AL-PdA. Die Motion ist bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Einreichenden: Schön, kommt der Vorstoss jetzt einmal dran. Der ist jetzt schon ein paarmal traktandiert worden. Wir haben nicht nur weniger ambitionierte Klimaziele als Zürich, auch in der Umsetzung scheint es immer wieder Rückschläge zu geben. Es reicht nämlich nicht auf den Münsterturm zu steigen und symbolisch 11.55 Uhr medienwirksam in die Kamera zu rufen, wie das der Gemeinderat gemacht hat. Es reicht auch nicht, die Ziele nur mit Symbolpolitik immer wieder zu wiederholen. Man muss auch etwas machen. Leider scheint fast das Gegenteil der Fall. Echo-Räume werden verschoben, Ölheizungen sind weiterhin weit verbreitet, Gasausstieg wird ja nachher thematisiert etc. Es ist ein bisschen zum Schämen. Damit wir die Dringlichkeit von Klimamassnahmen gerecht werden können, braucht es also mehr. Darum haben wir vor etwas über 2 Jahren einen Vorstoss eingereicht, der fordert, dass es um den all vierteljährlich stattfindende Klimakaffeekranz eine Kommission geschaffen wird, die wirklich etwas bewirken kann. Wir brauchen gründliche Auseinandersetzungen mit der Klimakrise und den möglichen Massnahmen und den schon gesetzten Zielen, um diese zu bekämpfen. Die Wirtschaft, das Gewerbe und die Hauseigentümer*innen müssen stärker eingebunden werden und gesellschaftliche, aktivistische und wissenschaftliche Vertreter*innen auch. Damit die Kommission wirklich voll arbeiten kann, braucht es Menschen aus jedem Bereich der Stadt. Es braucht aber auch mehr Treffen, die Energie- und die Klimakommission muss, ähnlich wie Sachkommissionen die Möglichkeit haben, vorberatene Geschäft zu besprechen, Klimamassnahmen vorzuschlagen, Anträge zu stellen und so weiter. Die Klimakrise lässt sich nun einmal nicht quartalmässig abwenden. Es muss mehr gehen.

Die Antwort des Gemeinderates auf diese Motion ist dann auch wieder einmal sinnbildlich. Alles läuft super. Alles, was wir fordern, wird schon gemacht und was nicht gemacht wird, ist rechtlich halt einfach nicht möglich oder steht nicht so in der Kommissionsverordnung. Machen wir es möglich, schreiben wir es doch in die Verordnung und wir glauben, das ist irgendwie auch ein bisschen eine Frage des Willens. Zu argumentieren, dass das, was wir fordern, so nirgends in dieser Verordnung steht und man es darum nicht machen kann, ist völlig absurd. Wir machen ja den Vorstoss, dass man es eben ändert. Das ist ja irgendwie auch ein bisschen die Idee von solchen Vorstössen, wenn wir fordern, dass die Klimakommission den anderen Kommissionen beratend zur Seite stehen und Empfehlungen abgeben soll und der Gemeinderat antwortet, dass es nicht möglich sei, weil es nirgends so steht. Man muss fast meinen, dass der Gemeinderat einfach nicht so Lust hat oder kein Schreiber, um es hineinzuschreiben. Auch wenn vielleicht tatsächlich nicht alles genau so möglich wäre, wie es hier gefordert wird, darf es keine Rolle spielen. Ich gebe zu, es ist so ein erster vielleicht ein bisschen holprigen GO-Versuch gewesen, dieser Vorstoss. Das mit der Gemeindeordnung (GO) ist schon ein bisschen blöd, aber um das geht es heute einfach nicht, sondern es geht darum, dass wir als Stadtrat anerkennen müssen, dass die Kommission, die wir heute haben, in dieser Form mehr oder weniger Zeitverschwendung ist beziehungsweise es

ist ja eigentlich nicht einmal wirklich Zeitverschwendung, denn man trifft sich ja auch nie. Sondern es ist eher irgendwie eine verschwendete Internetseite und ein hoch symbolisches Getue. Auf jeden Fall muss da etwas gehen und wir müssen so ehrlich sein, wenn wir dort nichts machen wollen, einfach aufzuhören mit dieser Kommission. Schauen wir doch zusammen, was man vielleicht mit ganz wenig Aufwand in so ein Reglement schreiben könnte, damit man sich nicht mehr dahinter verstecken muss. Wir sind offen für Neues. Danke, nehmt ihr den Vorstoss als Postulat, den wir wandeln, an.

Präsidentin: Danke, Matteo. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Für die SVP, Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wir lehnen diesen Vorstoss ab, weil wie gesagt, uns gehen schlussendlich mit diesen vielen Kommissionen, die wir noch machen wollen, schlicht die Krieger aus. Wir haben dann dermassen viele Kommissionen, das kleine Fraktion dann teilweise fast 2 Leute in eine Kommission schicken müssen oder was auch immer. Ich bin der Meinung, das ist der falsche Ansatzpunkt. Je nachdem kann man darüber diskutieren, ob man die Kommissionen ganz anders zusammensetzen will. Aber ich bin auch der Meinung, das ist der falsche Weg. Ich bin der Meinung, dass ich gefühlt in dieser Zeit, wo ich drin bin, dass dies etwa der 6. Vorstoss ist, wo man für ein Spezialproblem eine Kommission gemacht hat. Ich kann damit leben, wenn man für ein Spezialproblem eine Sonderkommission einsetzt. Da kann ich damit leben, aber passt auf, dass wir unsere Arbeiten nicht vernachlässigen, weil wir viel zu viele Kommissionen haben. Deshalb lehnen wir diese Sache in Form eines Postulats ab. Merci.

Präsidentin: Danke, Alex. Als nächstes kommt Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Ich bedanke mich bei Matteo Micieli, dass er bereit ist, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Das können wir so unterstützen. Bei uns ist es so, wir haben tatsächlich auch Probleme mit dieser Energie- und Klimakommission, so wie sie jetzt aufgestellt wird oder aufgestellt ist. Obwohl sich der Gemeinderat Reto Nause offenbar gut beraten fühlt, stellen wir hier ernsthafte Fragezeichen. Vor allem, was die Kompetenzen der Umsetzung dieser Massnahmen anbelangt, die ja jetzt in der Mitwirkung waren. Was man auch sagen muss: Ich habe mir vor allem die Mobilitätsmassnahmen angeschaut und was dort einfach auffällt, dass das im Wesentlichen keine neuen Massnahmen sind. Es ist sogar so, dass der Gemeinderat durch irgendwelche komischen Kniffe die Ziele von 2019, die öffentlichen Parkplätze um 50% zu reduzieren, plötzlich hat verschwinden lassen. Da haben wir mit der Mitwirkung der GFL und auch des GB dann dem Gemeinderat auf die Sprünge geholfen und das wiederaufgenommen. Wir hoffen auch, dass dann das wieder verbrieft wird, denn das ist ein sehr wichtiges Ziel. Aber es ist auch ganz klar, dass das halt in dieser Querschnittsfunktion, die auch das AFU hat, in diesen ganzen Massnahmen, dass das unglaublich schwierig ist, da überhaupt Wirkung zu erzielen. In dem Sinn sind wir bereit, da dem Postulat zuzustimmen und wir sind auch bereit, uns mit den anderen Fraktionen noch einmal zusammenzusetzen und zu überlegen, wie man, dass die jetzige Kommission in der jetzigen Form vielleicht transformieren oder anpassen kann, für dass sie wirklich mit mehr Kompetenzen ausgestattet wird und auch mehr Wirkung erzielen kann. Merci vielmal.

Präsidentin: Merci, Michael. Dann kommt Nicole Silvestri für die SP-JUSO.

Nicole Silvestri (SP) für die Fraktion: Bei uns hat dieser Vorstoss zu einigen Diskussionen geführt. Einerseits wird durch die Antwort des Gemeinderates klar, dass so wie der Text es fordert, der Vorstoss nicht umgesetzt werden kann und der Text noch viele Fragen offen lässt. Es fragt sich, ob es wirklich etwas bringt, eine neue Klimakommission einzusetzen beziehungsweise die bestehende Kommission wie gefordert umzugestalten oder wie die genau ausgestaltet werden könnte, damit sie dann eben wirklich einen Mehrwert bringt. Auf der anderen Seite finden wir die Stossrichtung des Vorstosses sehr interessant. Die Klimakrise wird unser Zusammenleben auf den Kopf stellen und die Veränderungen, die nötig sind, um die Kurven zu kriegen, die sind tiefgreifend, die machen vielen Leuten Angst. Einigen Menschen machen die Massnahmen sogar mehr Angst als die Klimakrise selber, auch wenn das absurd klingt. Wir müssen es hinkriegen, um die Bevölkerung ins Boot zu holen. Wir müssen die Stadtmenschen die Klimapolitik mitgestalten lassen und versuchen, Lösungen gemeinsam zu entwickeln. Und die Stadt Bern muss versuchen, dafür Räume zu schaffen und einen Dialog zwischen Gesellschaft, Politik und Wissenschaft zu etablieren. Und da kann man den ersten Schritt machen, um die tiefen gesellschaftlichen Gräben bei diesem Thema wirklich auch zu überwinden. Es ist ein Postulat, bei dem der Gemeinderat viel Spielraum hat. Er soll sich inspirieren lassen und eine Lösung entwickeln, die der Idee des Postulats entspricht. Wir könnten uns zum Beispiel beim Punkt 3 vorstellen etwas in die Richtung einer Partizipations- oder Jugendmotion. Wir wollen den Gemeinderat motivieren, kreativ zu sein, schlussendlich kann auch der Austausch mit der Bevölkerung eigentlich nicht schaden. Deshalb wird die SP-JUSO-Fraktion das Postulat unterstützen.

Präsidentin: Merci, Nicole. Dann kommt Franziska Geisser für die GB/JA!-Fraktion.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Die Fraktion GB/JA! hat die Stimmfreigabe beschlossen, und ich erkläre gerne warum. Einerseits sympathisieren wir mit den Forderungen der Motion. Die Art, wie die Energie- und Klimakommission aktuell funktioniert, ist unbefriedigend. Die Kommission hat wenig Handlungsspielraum und weniger Kompetenzen. Es geht eher darum, dass die Mitglieder der Kommission an den Sitzungen zuhören, als dass sie ihre eigenen Ideen und Vorschläge hineinbringen könnten. Wegen dem finden wir die Idee gut, dass die Kommission partizipativ ausgestaltet und mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden soll, so dass sie zum Beispiel auch eigene Vorstösse einreichen können. Gegen das formuliert der Gemeinderat Vorbehalte. Er argumentiert, es sei gemäss der Gemeindeordnung gar nicht möglich. Das ist aber nicht der Grund, weshalb einige aus der Fraktion diese Motion oder eben auch das Postulat ablehnen werden. Die Gemeindeordnung könnte man ja einfach auch abändern. Wir haben uns aber gefragt, ob tatsächlich eine Energie- und Klimakommission, die alle klimarelevanten Geschäfte begleitet und die, eigene Vorstösse, Anträge und Vorschläge einbringt, die Klimapolitik in Bern voranbringen würde. Braucht es ein neues Gefäss beziehungsweise ein neues ausgerichtetes Gefäss? Ein Teil unserer Fraktion findet eher nein. Welche Massnahmen braucht es, um die CO₂-Emissionen zu senken, das wissen wir eigentlich: Gebäudesanierungen für eine bessere Energieeffizienz, den Ausbau erneuerbarer Energie für die Strom- und Wärmeerzeugung, mehr Velo-, Fuss- und öffentlicher Verkehr und weniger Autos. Es ist eigentlich klar, was wir machen müssen, wenn wir die Erhitzung des Klimas bremsen wollen. Es sind nicht die Ideen, die fehlen, es fehlt an der Umsetzung. Eine wirksame Klimapolitik muss halt prioritär sein und nicht ein "nice to have" und sie kostet Geld. Das Bern klimapolitisch nicht auf Kurs ist, liegt ja nicht an den fehlenden Ideen, sondern am fehlenden Willen, Klimamassnahmen zu priorisieren und zu zahlen. Wir sind also in Bezug auf die Forderungen der

Motion, sorry, des Postulats gespalten. Die, die finden die Energie- und die Klimakommission, die vielfältiger zusammengestellt wäre und mehr Kompetenzen hätte, würde mehr Druck aufbauen, um endlich konsequent die Klimamassnahmen umzusetzen, die nehmen die Motion – sorry nochmals – die nehmen das Postulat an. Andere sind der Meinung, dass nicht die Energie- und die Klimakommission neu aufgerichtet werden muss für eine wirksame Energie- und Klimapolitik. Sie sind überzeugt, dass es einfach die Bereitschaft braucht, Massnahmen, die ja nicht mehr erfunden werden müssen, sondern auf den Handlungen zu finanzieren und umzusetzen. Ein Teil der Fraktion lehnt das Postulat ab.

Präsidentin: Merci, Franziska. Dann kommt Gabriela Blatter für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Gabriela Blatter (GLP) für die Fraktion: Unsere Fraktion wird das Postulat ablehnen, und zwar sind wir einig mit denjenigen, die gesagt haben, dass die Kommission, die Energie- und Klimakommission, zu wenig genutzt wird, das sehen wir auch so. Und, dass sie nicht so gut funktioniert, das sehen wir auch so, aber so, wie es da vorgeschlagen wird, das ist keine zielführende Änderung. Es ist einerseits ein Widerspruch in sich selbst im Vorstoss, den es wird, einerseits eine partizipativere Kommission gewünscht mit mehr Mitwirkung von aussen und gleichzeitig eine Sachkommission vom Stadtrat. Und es kann nicht beides sein. Es müsste das eine oder andere sein und wir finden eigentlich, es ist eine Stärke der Energie- und Klimakommission, dass sie andere Leute drin hat. Man nutzt die Expertise, ehrlich gesagt, viel zu wenig. Der Gemeinderat nutzt die Expertise zu wenig, die in dieser Kommission vorhanden ist. Wir würden es eigentlich auch begrüssen, wenn die Kommission mehr Kompetenzen hätte, also zum Beispiel der Punkt, wo man die Kommission befragen würde zur CO₂-Beurteilung der verschiedenen Sachgeschäfte. Das könnte man ja aus gemeinderätliche Perspektive machen, nicht als Sachkommission des Stadtrates. Das wäre durchaus möglich und auch die Wirksamkeit zu beurteilen, zum Beispiel, der Massnahme im Zusammenhang mit dem Klimareglement und so, dafür sollte man die Energie- und Klimakommission nutzen. Das kann man aber schon, für das muss man nicht ein Postulat machen oder eine Motion verabschieden und das würde komplett der Logik einer Sachkommission entgegenlaufen, weil dann würde man die Leute der EWB und von Bernmobil etc. ausschliessen und das wollen wir auf keinen Fall und das ist eigentlich der Hauptgrund wieso, dass wir die Motion beziehungsweise jetzt das Postulat ablehnen. Merci.

Präsidentin: Merci, Gabi. Dann kommt Thomas Hofstetter für die FDP/JF-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Wir von der FDP sind derselben Meinung wie der Gemeinderat und sehen keinen Mehrwert in diesem Vorstoss. In dieser Stadt gibt es schon zu viele Kommissionen und zu viele Strategien. Wir haben manchmal das Gefühl, es ist eine Stadt von Kommissionen und Strategien, also von Papiertiger, aber keine Umsetzung. Und nachher, je grösser die Kommission ist, desto kleiner der Output. Also die, die das noch nicht kennen, sollen einmal das Gesetz von Parkinson lesen, dort steht das auch schön drin. Und das Problem ist nicht die Kommission, die nicht gut ist oder so oder die schlecht zusammengesetzt ist. Unser Problem ist, dass wir zu wenig Ressourcen haben, sei es Menschen oder Geld. Und ich meine, wir haben hier seit 32 Jahren eine rot-grüne Mehrheit und wenn die Mehrheit das nicht fertigbringt, dass sich die Stadt bewegt, dann wird es eine veränderte Klimakommission auch nicht zustande bringen. Und es hat von jeder Partei hier drinnen oder von jeder Fraktion ist ja ein

Vertreter in dieser Klimakommission. Also dann könnte zum Beispiel Halua aus der Klimakommission auch einen Vorstoss mitnehmen und hier einbringen. Die Schnittstelle wäre gewährleistet. Also wir sind nicht dagegen, dass man Klimamassnahmen macht, wenn sie sinnvoll sind, wenn sie smart sind und auch wirklich etwas bringen, da sind wir nicht dagegen. Aber wir sehen jetzt hier keinen Mehrwert. Merci.

Präsidentin: Merci, Thomas. Wir sind bei den Einzelvoten. Dann hat der Gemeinderat Reto Nause das Wort.

Reto Nause, Direktor SUE: Lieber Matteo, du hast schon beim ESC das Licht von Bern unter den Scheffel gestellt und jetzt bei der Klimapolitik machst du es wieder. Ich will einfach daran erinnern, seit 2012 hat die Stadt Bern bei den CO₂-Emissionen im Wärme- und Gebäudebereich eine Reduktion von 40% erreicht. Das ist ein ziemlich steiler Absenkpfad. Das ist ein ziemlich einzigartiger Absenkpfad in der Schweiz, wenn man dann vor allem auch noch dazu weiss, dass Bern im gleichen Zeitraum, wo wir 40% Emissionen reduzieren, 10'000 neue Einwohnerinnen und Einwohner und tausende von neuen Arbeitsplätzen bekommen hat. Also wir sind gut unterwegs, wir sind top unterwegs. Unsere Klimamassnahmen, die stehen, die sind in der Realisierung. EWB investiert eine halbe Milliarde in die Fernwärme im Westen von Bern. Im Bereich Klimaanpassungsmassnahmen hat der Rat ebenfalls rund 50 Mio. Franken Kredite verabschiedet. Die Investitionspolitik bei Bernmobil sieht die Elektrifizierung der Flotte vor. Die Parkplätze werden weiter reduziert. Und ich kann euch einfach auch sagen, ich bin froh und dankbar für alle Ideen, die zum Teil auch aus der Energie- und der Klimakommission gekommen sind. Aber wenn ihr dieser Kommission plötzlich Kompetenzen zugestehen wollt, die euch als Stadtrat in der Grundordnung der Stadt Bern zustehen, dann schafft ihr euch am Schluss selbst ab. Deshalb lehnt der Gemeinderat die Motion, aber auch das Postulat, ab.

Präsidentin: Danke, Reto. Die Einreichenden haben die Motion in ein Postulat gewandelt, und wir stimmen über die Erheblichkeitserklärung des Postulats ab.

Abstimmung Nr. 013

2022.SR.000053: als Postulat	
Annahme	
Ja	36
Nein	26
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt.

2022.SR.000055

10 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, GB/JA!, GLP/JGLP, SP/JUSO, AL/PdA (Marcel Wüthrich, GFL/Katharina Gallizzi, GB/ Gabriela Blatter, GLP/Bettina Jans, EVP/Katharina Altas, SP/Jemima Fischer, AL):

Ausstiegsstrategie aus Erdgas als städtischer Energieträger; Prüfungsbericht

Präsidentin: Dann sind wir jetzt bei Traktandum Nummer 10, ein interfraktionelles Postulat. Wir reden über den Prüfungsbericht, der ist zur Traktandierung beantragt worden. Und ich erteile den Einreichenden das Wort, Christoph Leuppi.

Christoph Leuppi (GFL) für die Einreichenden: Zuerst bedanken wir uns ganz herzlich für den ausführlichen Prüfungsbericht zum Postulat für eine Ausstiegsstrategie aus Erdgas als städtischer Energieträger. Wir finden, das ist eine sehr gute Gesprächsgrundlage. Das bedeutet aber nicht, dass wir mit allen Punkten des Gemeinderates einverstanden sind. Bern hat in der Vergangenheit stärker als alle anderen Schweizer Städte auf Erdgas gesetzt. Die Stilllegung des noch relativ jungen Gasnetzes in Bern ist dementsprechend auch eine langfristige Angelegenheit, weil das Gasnetz insgesamt sehr kapitalintensiv ist und deshalb die Amortisation umso wichtiger ist. Es lohnt sich, langfristig zu planen. Nach heutiger Einschätzung der EWB ist der CO₂-Absenkpfad gemäss Klimareglement erreichbar. Und es geht jetzt besonders darum, die Eignerstrategie der EWB zu überarbeiten und die erdgasfreie Wärmeversorgung im EWB-Reglement zu verankern, denn wir sollten nicht nur darüber reden und schreiben, sondern auch wirklich etwas machen. Leider schweigt sich der Prüfungsbericht genau zu diesem Punkt aus, und deshalb werden wir heute noch mit einer Motion nachdoppeln, bei der wir eine Ausstiegsstrategie aus dem Erdgas fordern und den Grundsatz einer erdgasfreien Wärmeversorgung im EWB-Reglement verankern wollen. Wir erwarten grundsätzlich, dass wir mit dieser Forderung bereits offene Türen einrennen werden. Eine Ausstiegsstrategie ist jedoch umso notwendiger, weil sich die Immobilienverwaltungen und die Hausbesitzenden, die am Gasnetz angeschlossen sind, zu Recht Sorgen um Planungs- und Investitionssicherheit machen. Der neue Weg muss auch lauten, erstens Energiesparen – Stichwort Wärmedämmung und Gebäudesanierungen, die man beschleunigen muss –, zweitens Solarenergie und Fernwärme ausbauen, drittens andere dezentrale Versorgungslösungen bauen und viertens dann auch sukzessiv das Gas abstellen.

Drei Energienetze mit Strom, Gas und Fernwärme parallel zu betreiben bei immer effizienteren Gebäuden ist langfristig einfach nicht sinnvoll. Es macht daher Sinn, das Netz mit der schlechtesten CO₂-Bilanz und mit Geldabfluss ins Ausland – Stichwort Russland – stillzulegen und das ist eben das Gasnetz. Die Motivation dazu ist klar. Nicht nur der ökologische Fussabdruck muss reduziert werden, sondern auch die Abhängigkeit der Energieversorgung vom Ausland und insbesondere aus Russland. Im Folgenden möchte ich jetzt noch auf 5 Aspekte separat eintreten: Erstens die Aufteilung der Kompetenzen zwischen EWB und der Stadt: Bekanntlich ist die EWB beim Transformationsprozess nur für den Teil der netzgebundenen Anlagen und den entsprechenden Energieversorgungen zuständig. Für das Energiesparen und für die Beratungen etc. ist in erster Linie die Stadt selber gefragt. In Bezug auf die bereits erwähnten Gebäudesanierungen erwarten wir von der Stadt zusätzliche Anstrengungen. Je saniertes das Gebäude desto weniger Gas. So einfach ist es. Zweitens, gemäss Richtplan Energie 2035 sollte es noch im Jahr 2035 umfangreiche Gebiete geben, wo keine Alternative zu einer Wärmeversorgung mit erneuerbarem Gas besteht. Besonders für diese Gebiete ist ein Plan für die Versorgung von Häusern, die nicht an die Fernwärme etc. angeschlossen werden können, nötig. Das gilt insbesondere für die Situation in unserer Altstadt. Der kantonale Energierichtplan sieht da die Gasversorgung vor. Wegen der komplizierten Netz-Situation will EWB in dem Gebiet an der Gasversorgung festhalten, aber den Anteil an Biogas auf 100% erhöhen.

Es braucht einen konkreten Plan zur etablierten Stilllegung dieser Gasleitungen im Perimeter des Fernwärmeausbaus und auch einen Plan gegenüber der Kundschaft, wo man rechtzeitig über die Transformation weg vom Erdgas kommuniziert. Dritter Punkt: Wir fragen uns, ob der Betrieb eines Gasnetzes für Industriekunden zur Bereitstellung von sogenanntem Prozessgas im Hochtemperaturbereich tatsächlich nötig ist. Das ist doch ein Spezialfall. Gibt es nicht Alternativen wie Flüssiggas? Viertens: Biogas ist nur sehr beschränkt verfügbar und die Herstellung von synthetischem Gas aus erneuerbarer Energie ist bis jetzt ineffizient. Unter diesen Umständen fehlt uns noch der Glaube, dass der verbleibende Gasbedarf auch aus erneuerbaren Energiequellen tatsächlich gedeckt werden kann. Fünftens, zur Abschreibung des aktuellen Buchwerts des Gasnetzes von rund 180 Mio. Franken: Das ist nur eine Seite der Medaille, denn es ist auf der anderen Seite davon auszugehen, dass bei einer gezielten Stilllegung des Gasnetzes nicht nur CO₂, sondern auch Unterhalts- und Instandhaltungskosten eingespart werden können. Und beides sind Gegenwerte zur Abschreibung. Und auch die werden sich über die nächsten 15 bis 20 Jahre hinziehen. Damit würde ich gleich zum Fraktionsvotum der GFL-Fraktion überleiten.

Alles bisher Gesagte, im Namen der Einreichenden, gilt natürlich auch für unsere Fraktion. Ich werde in diesem Votum noch auf 3 von den 9 Prüfungspunkten aus dem Bericht näher eingehen. Zum Punkt 3, wo es um Kontakte zu den Erdgasverbänden geht: Da sind wir vom Prüfungsbericht mehr als enttäuscht. Gemäss unseren Informationen betreibt insbesondere der Verband der schweizerischen Gasindustrie VSG weiterhin ausgedehnte Werbung für die Erdgasversorgung unter dem Deckmantel umweltfreundlicher Energie. Das hat unter anderem dazu geführt, dass sich heute viele Hausbesitzende darauf berufen, dass das Gas bis heute als ein Teil der Lösung angepriesen wurde. Und ihnen droht jetzt auch der Verlust an Heizenergieversorgung. Dazu kommt, dass die angestrebte Dekarbonisierung der Gasversorgung des VSG in weiter Ferne liegt. Der Verband betreibt Greenwashing, indem er in seinen Branchenstandards das effizienteste Mittel aussen vorlässt, nämlich finanzielle Anreize durch kostendeckende Gaspreise, das heisst mit Einrechnung von externen Kosten. Damit ist es dem Verband wohl nicht ernst genug, er hat einfach keinen Stress oder einfach auch keinen Bock. Die EWB sollte deshalb wirklich ins Auge fassen, da eine grössere Distanz einzunehmen.

Zum Punkt 5 zur Übernahme der Abtrennungskosten des Gasnetzes: Besten Dank, wir wissen zwar nicht, ob unser Postulat zu diesen Umsetzungsentscheid beigetragen hat, dass der Punkt schon in der Massnahmen-Pipeline ist, aber das ist jedenfalls eine gute Sache, um die Investitionssicherheit für die privaten Investoren zu schaffen. Und noch zum Punkt 9: Danke auch für die wichtige Antwort zu einem physischen Rückbau des Gasnetzes. Auch wir finden, dass "Power to Gas" und Sektorkopplung zurzeit nicht als zukunftsweisende, zumindest ergänzende Elemente ausgeschlossen werden können. Allerdings stellt sich schon die Frage nach der Umsatzsetzung und der schlussendlich positiven Wirkung. Ich komme zum Fazit: Die GFL-Fraktion nimmt den vorliegenden Prüfungsbericht positiv zur Kenntnis. Gleichzeitig erneuern wir unsere Forderung nach einer Ausstiegsstrategie aus Erdgas, indem wir mit einer Motion den Grundsatz einer erdgasfreien Wärmeversorgung im EWB-Reglement verankern wollen. Besten Dank.

Präsidentin: Merci vielmals, Christoph. Dann sind wir bei den Fraktionserklärungen. Für die Fraktion GB/JA!, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Die Ausgangslage ist klar und wird auch vom Gemeinderat so in seinem Prüfungsbericht genannt. Für die Erreichung der städtischen

Klimaziele muss Erdgas zwingend durch erneuerbare Energieträger ersetzt werden. Die städtischen Heizungen werden immer noch grossmehrheitlich mit Gas und Öl betrieben und verursachen so Unmengen an klimaschädlichen Emissionen, während beim Öl jedoch alle Heizungen unabhängig laufen, verläuft die Verteilung des Erdgases über ein Gasnetz, das von der EWB betrieben wird. Es versteht sich von selbst, dass man das Netz nicht von einem Tag auf den anderen einfach abstellen kann, sonst würden sehr viele Häuser in der Stadt plötzlich ohne Heizung dastehen. Umso wichtiger ist es, möglichst schnell und gezielt einen Ausstiegsplan zu erarbeiten und diesen so schnell wie möglich auch umzusetzen. Und genau das fordert ja eigentlich das Postulat. Es fordert eine Ausstiegsstrategie aus dem Erdgas, die auch in der EWB-Eignerstrategie verankert werden soll. Ganz analog wie beim Atomausstieg zum Beispiel. Auch sollen die Überlegungen, die man sich jetzt bei diesem Postulat macht, in die neue Energie- und Klimastrategie einfließen. Der Prüfungsbericht zu dem Postulat ist enorm ausführlich, er hat 12 Seiten und auf diesen 12 Seiten kann man sich aber auch ein bisschen verlieren und sie sind zum Teil widersprüchlich. Während zum Beispiel auf der Seite 5 steht: "...erneuerbares Gas mit Zukunftshinweis Schweiz sei nur sehr beschränkt verfügbar" heisst es auf Seite 3: "...in Form von Biogas oder synthetischem Gas wird der Energieträrgas aber weiterhin eine wichtige Rolle spielen." Wie kann aber etwas wo nur beschränkt verfügbar ist, weiterhin eine wichtige Rolle spielen, frage ich mich da. Ein Problem für den Gasausstieg spricht der Gemeinderat dann auch selber an und es hat mein Vorredner vorher auch gesagt, das Gasnetz hat immer noch einen Buchwert von 180 Mio. Franken und bei einem plötzlichen Gasausstieg müsste die EWB eine Sonderabschreibung vornehmen, die natürlich die ganze Unternehmensrechnung durcheinanderbringen würde. Deshalb schreibt der Gemeinderat auch, dass bei einer Transformation unbedingt darauf geachtet werden muss, auf Sonderabschreibungen zu verzichten. Dies erklärt aus meiner Sicht auch das zögerliche Vorgehen, das im Bericht des Gemeinderates skizziert wird.

Laut einer Simulation könnte bis 2045 der Gasverbrauch um 50% gesenkt werden. Aber wir sind uns schon einig, dass die Stadt ein Klimareglement hat, und in dem Klimareglement steht, das wir bis 2045 müssen erreicht haben, dass in dieser Stadt Netto 0 ist und ebenfalls steht in dem Prüfungsbericht, dass das Klimareglement für EWB verbindlich umgesetzt werden kann. Als Lösung wird hier angegeben, dass man die Treibhausgasemissionen mit dem Fokus auf die Beschaffung von erneuerbarem Gas legt. Haben wir nicht gerade vorhin gesagt, dass erneuerbares Gas eine knappe Ressource ist. Es wird also niemals reichen zum 50% vom heutigen Gasverbrauch zu decken. Es tut mir leid, das so sagen zu müssen, aber für die Erreichung des Klimaziels wird das nicht reichen. Das ist einfach nicht schmerzfrei möglich. Wir können nicht Prozess einleiten, wo bis 2045 gerade mal die Hälfte des Gasausstiegs erreicht wird. 2045 ist das Ende. Bis dann muss der Prozess abgeschlossen sein oder wie sonst sollen wir Netto 0 erreichen. Nochmals zur Erinnerung: Das bedeutet, dass auf dem Territorium nicht mehr CO₂ ausgestossen werden darf, wie hier auch gebunden wird. Wie sollen wir das erreichen, wenn die Hälfte der Häuser immer noch mit Gas beheizt werden? Nein, erneuerbares Gas ist nicht die Lösung. Wie der Gemeinderat ja selber sagt, ist das nur ein beschränkt verfügbarer Energieträger und der muss dort eingesetzt werden, wo man ihn unbedingt braucht. Um ihn zu verheizen, ist er viel zu schade. Da hilft es auch nichts, wenn man sich herbeiredet, es könnte doch dann sein, dass "Power to Gas" dann irgendwann einmal einen sehr viel besseren Wirkungsgrad hat und dass es aus irgendeinem Grund Biogas aus der Schweiz in rauem Mengen vorhanden sein wird, wie der Gemeinderat das auf Seite 8 von seinem Prüfungsbericht macht. Die Vorschläge in

unserem Postulat werden auch in vielen Punkten negativ beantwortet. Auf eine Annahme von Neukunden soll nur dort verzichtet werden, wo die Fernwärme schon ausgebaut ist.

Ein Investitionsstopp ins Gasnetz sei auch noch nicht möglich. Natürlich wollen wir nicht, dass man defekte Leitungen nicht mehr repariert und uns das Gasnetz um die Ohren fliegt, aber aus unserer Sicht dürfen wirklich nur noch sicherheitsrelevante Not-sanierungen gemacht werden und auf alles andere muss man verzichten. Auf Lobbying-Tätigkeiten wird ebenfalls nicht verzichtet. Das hat Christoph vorhin gesagt. Wenn man eben zum Beispiel den schon zitierten Verband Schweizerischer Gasindustrien anschaut, tut es mir leid, aber ich habe den Newsletter dieses Verbands abonniert und wenn man den so liest, hat man das Gefühl, dass mit Gas, "es ist total erneuerbar", die Klimakrise gelöst werden kann. Was ist das anders als Lobbying? Da frage ich mich schon ein bisschen. Kostendeckende Gaspreise sind wegen Branchenstandards und dem Preisüberwacher nicht möglich und zur Steigerung der Gebäudesanierungsquote in der Stadt wird vor allem auf EWB-Info-Hubs verwiesen. Die sind ja sicher nicht schlecht, aber sie reichen bei weitem nicht aus, weil dort werden nur Personen erreicht, die wirklich auch an solch einen Anlass gehen und der Hinweis auf der Homepage der EWB auf "Bern saniert plus" reicht ebenfalls nicht. Versteht mich nicht falsch, das sind alles wichtige kleine Puzzlesteine auf dem Weg zum Ziel, aber uns rennt die Zeit davon. Kleine Puzzlesteine reichen leider nicht mehr. Wir brauchen jetzt die grossen Würfel. Auch will der Gemeinderat das Gasnetz nicht zurückbauen, sondern nur Stilllegen. Mir ist es eigentlich egal, ob die Leitungen noch im Boden sind oder nicht. Allerdings muss man sich vor Augen halten, dass ein Netz, das noch im Boden ist, doch immer noch dazu verleitet, sie auch zu brauchen, weil es noch nicht amortisiert ist. Und dann wäre es doch schade, wenn das einfach so brachliegen würde. Bei einem Rückbau, wie wir ihn fordern, wäre die Versuchung nicht mehr da. Grundsätzlich kann man also sagen, dass der Gemeinderat zwar zugibt, dass der Erdgasumstieg unabdingbar ist. Eine wirkliche Ausstiegsstrategie, wie wir sie im Postulat fordern, wird aber nicht aufgezeigt. Auch würden wir gerne wissen, welche konkreten Massnahmen jetzt in die Energie- und Klimastrategie eingeflossen sind. Wir haben eigentlich zuerst den Prüfungsbericht ablehnen wollen, sind jetzt aber davon abgewichen. Wir werden ihn Annehmen negativ zwar, aber wir sind auf die Motion aufgesprungen, die vorbereitet worden ist von Christoph Leuppi und anderen Fraktionen, die noch einmal nachdoppelt und jetzt wirklich eine Ausstiegsstrategie fordert, denn wir brauchen eine Strategie mit konkreten Zielen, konkreten Meilenstein damit die Monsteraufgabe, die auch der Gasausstieg auch wirklich ist, kann umgesetzt werden.

Präsidentin: Merci, Katharina. Das Wort hat Gabriela Blatter für die GLP/JGLP/EVP.

Gabriela Blatter (GLP) für die Fraktion: Ich kann mich bei ganz vielen Sachen meinen Vorredner*innen anschliessen. Auch für uns ist der Prüfbericht sehr ausführlich. Er enthält ganz viele gute und hilfreiche Inhalte, aber es ist eben keine Ausstiegsstrategie mit klaren Zielen, Fristen und Massnahmen, das fehlt. Wir hätten uns auch bei gewissen Aspekten wesentlich mehr Mut gewünscht, zum Beispiel bei der Gasbepreisung. Ja, da gibt es einen gesetzlichen Rahmen und er ist sehr eingeschränkt, aber es gibt einen Gestaltungsraum und er könnte mehr genutzt werden, als er genutzt wird. Wir hätten uns auch mehr Distanz zu den Interessenvertretungen gewünscht. Und ja, ich kann mich hier nur anschliessen, was meine Vorrednerin gesagt hat, bezüglich der ganzen Logik im Bericht von Biogas. Biogas und "Power to Gas" werden nie 50% erreichen. Das ist komplett illusorisch. Wir verneinen nicht, dass Biogas "und Power to Gas", dass

das Lösungen sind, die wir brauchen, in die soll man investieren, das soll man anschauen etc. Darum können wir auch nachvollziehen, dass ein physischer Rückbau so per se nicht sinnvoll ist, aber davon auszugehen, dass wir 50% des Verbrauchs mit Biogas und "Power to Gas" abdecken können, ist wirklich nicht realistisch. Wir werden diesen Bericht auch nicht ablehnen, denn unserer Meinung nach bringt es nichts, wenn man den Postulatsbericht ablehnt. Es generiert einfach noch mehr Verwaltungsaufwand und die Antwort, die zurückkommt, wird wahrscheinlich nicht wahnsinnig viel anders aussehen als das, was wir jetzt haben. Aber wir schliessen uns ebenfalls der Motion an, die die GFL dankerweise, vorbereitet hat, auch zusammen mit der grünen Fraktion und werden uns dafür einsetzen, dass es eine klare Ausstiegsstrategie gibt mit klaren Massnahmen, Zielen und Fristen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Gabi. Dann kommt Matteo Micieli für die AL/PdA-Fraktion.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion: David Böhner hat das Votum vorbereitet. Das hat jetzt nicht mehr gereicht. Deshalb lese ich das vor. Der Gemeinderat erachtet den Ausstieg aus der Erdgasversorgung als absolute Notwendigkeit, um die Ziele des Klimareglements zu erreichen. Das ist schon einmal eine positive Nachricht. Nicht so erfreulich ist, dass der Gasausstieg, wie ihn der Gemeinderat aufgezeigt hat, viel zu wenig ambitioniert ist. Das lässt an der Ernsthaftigkeit dieses grossen und wichtigen Vorhabens zweifeln. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er konsequent handelt und ein konkretes Datum für den Gasausstieg in der eigenen Strategie des EWB fest schreibt. Wenn der Gemeinderat in seinem Bericht nur eine 50% Reduktion des Gasverbrauchs bis 2045 vorsieht, finden wir das klar ungenügend. Wir haben ein gewisses Verständnis dafür, dass es schwierig wird, in der unteren Altstadt auf eine Gasversorgung zu verzichten. Wir wünschen uns deshalb detaillierte Abklärungen, ob die erforderliche Menge an Biogas vorhanden wäre, um die untere Altstadt damit zu versorgen. Umso mehr muss darum das Gasnetz in allen anderen Quartieren schnellst möglichst stillgelegt werden und aus dem Grund muss die EWB allen Liegenschaftsbesitzern*innen jetzt mitteilen, dass das Gasnetz in den nächsten 10 Jahren stillgelegt wird, wenn der Gemeinderat davon ausgeht, dass sonst Schadensersatzforderungen bezahlt werden müssen, sehen wir nicht ein, warum dass der Brief dann nicht schon lange an die Hausbesitzer*innen raus ist und ja, die Stilllegung des Gasnetzes in der Stadt Bern wird etwas kosten. Dass das Netz noch nicht amortisiert ist, ist für uns kein Argument, den Ausstieg herauszuschieben. Es braucht eine Sonderabschreibung. Wie die nötigen Mittel für die ökologische Transformation aufgebracht werden können, schlägt die städtische Klima-Gerechtigkeitsinitiative vor. Wir hoffen, dass wir schon bald darüber abstimmen können und dass wir, dass mit der Annahme von dieser Initiative der nötige Schwung entsteht, um den Gasausstieg in den nächsten 10 Jahren zu bewerkstelligen. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er die Eignerstrategie EWB anpasst und bis spätestens 2035 die Stilllegung des Gasnetzes in der Stadt Bern vorantreibt und das auch in der Energie- und Klimastrategie festhält. Merci.

Präsidentin: Merci, Matteo. Dann kommt Thomas Glauser für die SVP.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Am 5. November 1988 ist der Nordring in Schutt und Asche gelegt worden, weil es eine Gasexplosion gegeben hat. Es hat auch damals Tote gegeben. Die einen oder anderen können sich sicher noch erinnern. Damals hat die Stadt Bern beschlossen, dass sie das Gasnetz ganz klar saniert. Wir haben ein Gasnetz von rund 180 Mio. Franken. Dazumal hat auch noch niemand von einem

Krieg geredet und von ukrainischem Gas. Nein, man hat ein Gasnetz saniert und jetzt seit 2-3 Jahre seit der Ukraine-Krieg ausgebrochen ist, malt man den Teufel an die Wand. Als Landwirt muss ich sagen, ist Biogase in der Landwirtschaft eine wichtige Produktionsangelegenheit. Das hilft vielen Landwirten auch zu existieren, vor allem in ländliche Regionen, in denen man nicht extensive Landwirtschaft betreiben kann. Biogas kann man heute gut mit Mischgülle, aber auch mit Abfällen erstellen, sei es aus der Küche. Das gibt eigentlich sehr gutes Gas, das man nachher auch nutzen kann in einem gut erstellten Gasnetz. Ich appelliere daran – es ist sicher richtig, dass man das anschaut, dass man dort ein bisschen mit Gas minimiert –, aber abstellen oder es sogar verbannen, wäre schade. Vielleicht sind wir dann eines Tages froh, dass wir irgendwie noch ein bestehendes Gasnetz haben und dazu ist schon ein paarmal gesagt worden, dass es ja verschiedene Perimeter gibt, wie die Altstadt, wo man die Fernwärme überhaupt nicht brauchen kann, und dort würde es dann mit Mühe und Not gar nicht möglich sein, ohne Gas zu arbeiten. Konzentrieren wir uns auch ein bisschen auf Biogas, das wir mit Abfällen machen können, wo recyclingfreundlich ist. Um das eine zu tun und das andere nicht zu lassen, konzentrieren wir uns mit mehreren Energieträgern, mit kleinen Mosaiksteinen, die Energieversorgung in der Stadt Bern sicherzustellen. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann kommt Halua Pinto für die SP/JUSO.

Halua Pinto de Magalhães (SP) für die Fraktion: Dieser Vorstoss nimmt sich mit dieser Thematik der Ablösung von fossilem Gas auf einer sehr operativen Ebene dem Ganzen an. Inhaltlich unterstützen wir als Fraktion diese Stossrichtung voll und ganz. Uns erschliesst sich aber andererseits nicht ganz, wieso das Element der Energiewende unabhängig von der Gesamtstrategie vordefiniert werden soll. Wir haben im Stadtrat verschiedene strategische Rahmenbedingungen bereits an verschiedenen Orten angebracht. Energierichtplan, Klimastrategie, Klimareglement, diverse Vorstösse und deshalb führt ja auch der Gemeinderat beziehungsweise das EWB ausführlich aus, wie die Rahmenbedingungen und Zielvorgaben bezüglich des Erdgases umgesetzt werden sollen. Die Ausführungen ergeben für uns Sinn und deshalb werden wir dem Antrag folgen. Wie aber die Einreichenden richtig hervorheben, trägt die Weltwirtschaft zur Dekarbonisierung einen erheblichen Teil bei. Allerdings sind für die Umsetzung auch grosse private Investitionen nötig. Die Kosten verschwinden nicht einfach, wenn man eine radikale Umsetzung des Ausstiegs forciert, im Gegenteil. Die Gefahr eines unkoordinierten Vorgehens ist, dass die Kosten auf zum Beispiel die Mieter*innenschaft abgewälzt werden, weil viele dieser Investitionen eben Wohnliegenschaften betreffen. Wir müssen diese Netz-Strategie unbedingt nutzen, als Hebel für eine sozialverträgliche Umsetzung der Wärmewende.

Präsidentin: Merci, Halua. Wir sind bei den Einzelvoten. Dann hat der Gemeinderat das Wort, er verzichtet. Wir stimmen über die Annahme des Prüfungsberichts ab.

Abstimmung Nr. 014

2022.SR.000055: Prüfungsbericht	
Annahme	
Ja	55
Nein	5
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Prüfungsbericht angenommen.

2022.SR.000091

11 Postulat Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Konsequente Klimapolitik #2: Foodwaste stoppen!; Prüfungsbericht

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 11. Das ist ein Postulat. Es geht ebenfalls um einen Prüfungsbericht und die Einreichenden haben das Wort – Nora Joos.

Nora Joos (JA!) für die Einreichenden: Der Prüfungsbericht des Gemeinderates zeigt die traurige Rangliste der Foodwaste Verursachenden. Jährlich werden 2,7 Mio. Tonnen Lebensmittel in der Landwirtschaft, während der Verarbeitung, im Handel und beim Konsum in den Restaurants oder in den Haushalten weggeworfen. Die genannten Sektoren sind die Orte, wo Lebensmittel verschwendet werden. Eine klimaschädliche Verschwendung, die tagtäglich passiert und die es zu vermeiden gilt. So steht es auch klar im Klimareglement. Der Gemeinderat ist verpflichtend beauftragt, eine nachhaltige Ernährung zu fördern, dazu gehört auch Foodwaste zu stoppen. Unser Postulat verlangt von dem Gemeinderat jetzt zu prüfen, wie mit 3 konkreten Massnahmen Lebensmittel gerettet werden könnten. Der Prüfungsbericht zeigt, dass erste Versuche bereits am Laufen sind. Es gibt Kampagnen: "Save food, fight waste", die Erstellung des Konzepts für nachhaltige Ernährung und eine Studie an der Universität Bern. Das freut uns, aber der politische Auftrag unseres Postulats ist noch lange nicht erfüllt. Dafür fehlen die Resultate und die konkreten Massnahmen im Prüfungsbericht, und deshalb ist für uns, die Einreichende, aktuell die Antwort zum Postulat und den Umfang der Umsetzung des Klimareglements klar ungenügend. Wir fordern den Gemeinderat aufzuzeigen, wie dass die Stadt Bern die Restaurants verpflichten kann, das Essensreste weitergegeben werden müssen. Anstatt wie im Prüfungsbericht aufzuzählen, was schon gemacht wird, verlangt unser Postulat, dass der städtische Handlungsspielraum klar aufgezeigt wird. Die Antwort, wonach eine Verpflichtung zur Weitergabe von Lebensmittelresten von Gastrobetrieben nicht durchsetzbar ist, ist keine wirkliche Antwort. Auch zu den Punkten 2 und 3 sind die Antworten unsinnig und lächerlich. Uns Einreichenden ist bewusst, dass Containern auf öffentlichem Grund nicht verboten ist. Aber welche Container von Lebensmittelgeschäften stehen schon auf öffentlichem Grund? In der Praxis ist das Lebensmittelretten mit dem Risiko der Anzeige wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Diebstahl verbunden. Die GB/JA!-Fraktion wird den Prüfungsbericht deshalb ablehnen. Statt leere Worthülse und einem Aufzeigen von dem, was aktuell schon ein wenig getan wird, erwarten wir vom Gemeinderat, dass er klar aufzeigt, wie die aktuelle Situation mit neuen und griffigen Massnahmen verbessert werden kann. Wir fordern, dass aufgezeigt wird, welche gesetzlichen Bestimmung nötig wären, um zum Beispiel wie in Frankreich seit 2016 zu verbieten, dass Lebensmittel im Abfall landen. Wir verlangen einen Prüfungsbericht, der den diesbezüglich städtischen Handlungsspielraum wiedergibt, das heisst, welche kantonale und nationale Gesetze eingehalten werden müssen und wo die Stadt ganz klar weitergehen kann, beim Kampf gegen den klimaschädlichen Verschleiss von Lebensmitteln. Merci.

1. Vizepräsident: Vielen Dank, Nora. Dann könnt ihr euch für die Fraktionsvoten anmelden. Für die SP-JUSO-Fraktion, Paula Zysset. Wenn es noch weitere Fraktionsvoten gibt, bitte ich euch, euch anzumelden.

Paula Zysset (JUSO) für die Fraktion: Wie das Nora Joos für die Einreichenden auch schon dargelegt hat, ist auch bei der SP-JUSO-Fraktion der Prüfungsbericht ziemlich kritisch diskutiert worden. Nochmals vorab, die Fraktion hat zu diesem Bericht die Stimmfreigabe beschlossen. Ein Teil sieht keinen Mehrwert darin, dass ein neuer Bericht verfasst wird. Ein anderer Teil der Fraktion ist aber auch der Meinung, dass man den vorliegenden Bericht so nicht als Prüfungsbericht akzeptieren kann. Unsere Kritik bezieht sich hier insbesondere auf die Stellungnahme zu Punkt 2 und 3. Hier wird eigentlich nur festgehalten, dass ein Container, wenn sich die Container auf öffentlichem Grund befinden, grundsätzlich legal ist und das wie gesagt wird, dass der Gemeinderat findet, dass es eine Möglichkeit ist, dass man zusammen mit Gastronomiebetrieben und Lebensmittelhändler hier eine Verbesserung im Bereich Foodwaste anstreben könnte. Es ist schön, dass der Gemeinderat dies als Möglichkeit sieht, aber inwiefern dies der Prüfungsauftrag erfüllt, das ist doch ziemlich fraglich. Es wird nur gesagt, dass diese Punkte in das Konzept nachhaltige Ernährung aufgenommen werden würden. Wie genau und was sich der Gemeinderat hier überlegt und was konkret als nächstes unternommen werden soll, wird aus diesen Aussagen aber auch überhaupt nicht klar. Es macht den Anschein, als müsste man hier nochmals klarstellen, dass es sich bei diesem Vorstoss nicht um eine kleine Anfrage handelt, sondern um ein Postulat. Mit diesen paar Sätzen, die ein bisschen Absichtserklärungen beinhalten, ist der Gemeinderat diesem wichtigen Anliegen sicher nicht gerecht worden. Es ist bei der Bekämpfung der Klimakrise längstens nicht mehr 11.55 Uhr, sondern schon 12.05 Uhr und auch die Stadt Bern ist absolut hinten drin bei der Erreichung von den eigenen gesetzten Klimaziele und die Erfüllung der Klimamassnahmen und ja klar ein weiterer Prüfungsbericht wird das Klima nicht retten, aber eine ernsthafte Prüfung und insbesondere die Umsetzung von den im Postulat geforderten Punkten würden uns einen Schritt weiterbringen. Also wenn auch der Gemeinderat seinen Beitrag leisten will, zu einem schnellen Vorkommen, nehmt doch diese Anliegen ernst und verfasst in Zukunft Prüfungsberichte, die man auch als solche akzeptieren kann.

Präsidentin: Merci Paula. Wir sind bei den Einzelvoten. Dann hat der Gemeinderat das Wort, er verzichtet. Dann stimmen wir über den Prüfungsbericht ab.

Abstimmung Nr. 015

2022.SR.000091: Prüfungsbericht

Ablehnung mit Stichentscheid

Ja	31
Nein	32
Enthalten	3

Präsidentin: Der Prüfungsbericht ist abgelehnt. Eine neue Frist habe ich jetzt nicht herausgehört. Wir haben an der Fraktionspräsidienkonferenz beschlossen, dass ich jeweils standardmässig nach einem Jahr frage, das heisst mein Vorschlag wäre, dass die neue Frist Ende Juli 2025 ist. Gibt es andere Vorschläge? Es gibt keine anderen Vorschläge. Gut, dann stimmen wir ab über die neue Frist Ende Juli 2025.

Abstimmung Nr. 016

2022.SR.000091: Fristverlängerung

Annahme

Ja	60
Nein	1
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt der neuen Frist zugestimmt.

2022.SR.000137

12 Postulat Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Laura Binz, SP): Eine Kooperationsplattform für regionales Biogas

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 12: Kooperationsplattform für regionales Biogas. Ist das Postulat bestritten. Gibt es Diskussionsbedarf? Halua, gibt es Diskussionsbedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann stimmen wir direkt über die Erheblichkeitserklärung des Postulats ab.

Abstimmung Nr. 017

2022.SR.000137

Annahme

Ja	62
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt das Postulat einstimmig erheblich erklärt.

2023.SR.000042

13 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, GLP/JGLP, SP/JUSO (Tanja Miljanovic, GFL/Judith Schenk, GLP/Ingrid Kissling, SP): Weiterentwicklung der Klimaplattform der Wirtschaft - KMU Nachhaltigkeitskompass

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 13. Es ist ein interfraktionelles Postulat: Weiterentwicklung der Klimaplattform der Wirtschaft. Ist das Postulat bestritten? Es ist bestritten. Gut, dann haben die Einreichenden das Wort, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Einreichenden: Okay, guten Abend im Ratssaal, auch wenn er, der Abend, mit Blick auf das Geschäft gar nicht so gut, sondern eher betrübt ist. Die Antwort des Gemeinderates hat uns mehr als nur enttäuscht. Sie lässt uns daran zweifeln, ob das Anliegen der Postulant*innen überhaupt ernstgenommen wurde. Unter den Mitunterzeichnenden haben wir beschlossen, dass wir uns im Rahmen dieses einreichenden Votums allein auf konkrete Sachpunkte konzentrieren und erläutern, warum die Antwort nicht als Prüfungsbericht akzeptierbar ist. Warum man das Postulat erheblich erklären möchte, das seht ihr ja eigentlich im Antrag selbst, das muss ich nicht

wiederholen. Und in den jeweiligen Fraktionsvoten werden wir uns nachher auf die politische Ebene begeben und die Bedeutung dieser Gemeinderatsantworten durchleuchten. Die Antwort des Gemeinderates wirkt, als ob das Anliegen unseres Postulats eigentlich von vornherein abgelehnt wird. Aus der Perspektive der Direktion SUE scheint bereits alles bestens zu laufen und man sieht keine Notwendigkeit für Veränderungen. Dort, wo vereinzelte Änderungen als theoretisch möglich anerkannt werden, fehlt es anscheinend sowohl an bestehenden Ressourcen als auch am Willen, neue Organisations- oder Finanzierungsmodelle zu prüfen. Und doch völlig überraschend steht dann am Schluss, man solle doch das Postulat als erheblich erklären, aber und da kommt eben das Aber, die Stellungnahme gelte auch als Prüfungsbericht. Das ist ein "Buebe-trick" lieber Rat, und das wisst ihr und das weiss auch der Gemeinderat. Das ist einfach ein Versuch, unser anscheinend unliebsames Anliegen in einer Schublade verschwinden zu lassen. Doch seien wir doch mal fair und gehen die Antworten des Gemeinderates ernsthaft durch und prüfen wir doch einmal, ob die minimalen Kriterien für einen Prüfungsbericht erfüllt werden oder nicht.

Punkt 1: Wir haben den Gemeinderat beauftragt zu prüfen, wie die Berner Klimaplattform neu aufgestellt werden könnte, damit sie auch von Wirtschaft und Wissenschaft inhaltlich und finanziell mitgetragen wird. Der Gemeinderat antwortet, er wolle die aktive Beteiligung der Mitglieder weiterführen und keinen finanziellen Beitrag verlangen. Das ist eine Meinung. Aber das ist keine kritische Prüfung der bisherigen Organisationsform und erst recht keine Variante mit Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Der Gemeinderat schreibt weiter, die organisatorische Weiterentwicklung der Klimaplattform sei ein Prozess. Schön, wunderbar, aber was sind denn die konkreten Schritte dieser Weiterentwicklung? 4 Business Lunches in einem Wirtschaftszentrum der Schweiz sind keine Weiterentwicklung. Die gibt es schon lange. Ein schwammiges: "weitere Projekte aus dem Bereich Ökologie und soziale Verantwortung" ist keine Präzisierung, sondern eine Wortfloskel und lassen befürchten, dass hinter ihr möglicherweise vielleicht auch gar kein Plan steckt. Gibt es diese Pläne, was ja möglich ist, dann lasst uns doch daran Teil haben. Genau das haben wir ja gefragt. Gehen wir weiter. Wir fragen nach neuen Partnerschaften. Der Gemeinderat sagt, es seien keine Ressourcen vorhanden. Ja, das wissen wir, lieber Gemeinderat, genau darum haben wir euch ja in Punkt 1 um eine Prüfung der neuen Organisation zum Finanzierungsformen gebeten. Man kann nicht einfach bestehende Engpässe vorweisen. Man müsste einfach manchmal auch ein bisschen vielleicht die Bereitschaft und den Willen zu zeigen, an konkreten Lösungen zu arbeiten, weil hier so wie es dargestellt ist, beisst sich die Katze selber in den Schwanz. Zur inhaltlichen Weiterentwicklung: Wir fragen, ob zwischen der Klimaplattform und dem Klimareglement ein direkter Bezug geschaffen werden könnte. Der Gemeinderat sagt, er mache Business Lunches – schon wieder –, er schreibt Newsletter und aus diesen Gründen möchte er von einer Verdoppelung der Inhalte absehen: "Der reine Absenkpfad. Bla, Bla". Auf was bezieht sich diese Aussage? Eine Verdoppelung der Inhalte interessiert niemanden und war auch nicht Gegenstand unseres Auftrags. Diese Frage ist also im Sinne der Frage nicht beantwortet und nicht geprüft und kann entsprechend auch nicht als Bericht angenommen werden.

Punkt 2, Integration von Best Practices und Förderung der regionalen Kreislaufwirtschaft: Der Gemeinderat sagt, er tausche sich mit dem Wirtschaftsamt der Stadt Bern aus, man sei daran, Ideen zu entwickeln und siehe da, auch wieder ein Business Lunch, der stattgefunden hat. Und dann steht einfach nichts mehr. 7 Zeilen und ein Business Lunch. Das sind die einzig formulierten Massnahmen. Die regionale Kreislaufwirtschaft wird mit keinem Wort erwähnt. Best Practices findet man nicht. Punkt 3: Wir haben

gebeten, um eine Prüfung von einem jährlichen Reporting und Bezifferung der erreichten CO₂-Reduktion. Der Gemeinderat sagt, dass die Mitglieder der Klimaplattform jährlich ihre Projekte rapportieren und die, dann in CO₂-Äquivalent umgerechnet werden. 2 Satz später heisst es, es sei unmöglich und nicht zielführend, von allen Mitgliedern eine Klimagasbilanz zu verlangen. Das ist widersprüchlich und beantwortet eigentlich auch die gestellte Frage nicht. Ausserdem stellt die Antwort eine Meinung des Gemeinderates dar und ist wieder kein Bericht von einer vorausgegangenen Prüfung mit Kostenressourcen, Kausalitäten oder Konsequenzen. Punkt 4: Wir haben um eine Prüfung von Standards gebeten, die objektive und standardisierte Vergleiche ermöglichen. Wieder geht der Gemeinderat nicht auf unseren Prüfauftrag ein, sondern postuliert erneut seine Meinung. Aber selbstverständlich oder zumindest hoffentlich, arbeitet auch der Gemeinderat mit irgendwelchen Richtlinien. Sonst könnte er die Reduktion der CO₂-Äquivalenten gar nicht beziffern und das macht er ja. Er könnte dann aber auch nicht Unternehmen von der Klimaplattform ausschliessen, denn das macht er offenbar auch. Aber auf welcher Grundlage erfolgen diese Ausschüsse? Hier braucht es Transparenz. Das Begehren der Postulant*innen ist wieder nicht erfüllt

Punkt 5: Wir haben um smarte Massstäbe zur Messung der Wirksamkeit von dieser Klimaplattform gebeten. Der Gemeinderat sagt, die Klimaplattform sei nur ein Netzwerk, und wenn der Wirksamkeit der Arbeit nach, die Definition der Massstäbe mit den bestehenden Ressourcen umsetzbar wäre. Auch hier fehlt eine kritische Prüfung. Es fehlen konkrete Vorschläge. Es fehlt schlicht die Bereitschaft. Es steht dem Gemeinderat selbstverständlich frei, seine Meinung als Antwort auf ein Postulat zu fällen. Das wird oft so gemacht. In der Regel folgt dann aber eine Empfehlung auf Ablehnung. Wir danken dem Gemeinderat für seine Meinung und die investierte Arbeit für dieses Postulat. Aber gleichwohl lässt sich zusammenfassend festhalten, dass die Antwort des Gemeinderates oder der Direktion zu keiner eingehenden Prüfung unseres Anliegen darstellt. Deshalb lehnen wir die Annahme dieser Antwort als Prüfungsbericht ab und fordern, dass das Postulat erheblich erklärt wird, und dass man die Prüfung dann aber auch ernsthaft durchführt. Das wäre für die Einreichenden. Soll ich an diesem das Fraktionsvotum anhängen? Dann halte ich gerne noch das Fraktionsvotum. Quasi so ein bisschen auf der politischen Ebene.

Ich fange formell an. Formell damit ich meiner Enttäuschung nicht allzu bildhaft Raum geben muss. Denn enttäuscht bin ich und das ist auch unsere Fraktion. Das lässt sich schlicht nicht retuschieren. Als die Antwort herausgekommen ist, habe ich sie an einen Kollegen geschickt, der auch am Postulat mitgearbeitet hat und habe ihn gefragt, was er so denkt. Seine Antwort ist postwendend gekommen und er hat gesagt: Insgesamt sehr schwache Antwort. Und ich bin erschrocken über die Lustlosigkeit des Gemeinderates, sich mit dem Thema Klima und Kreislaufwirtschaft auseinanderzusetzen und dem fehlenden gestalterischen Willen." Und ja, er sitzt nicht hier im Rat. Darum ist es eigentlich auch noch... Ja, ihr wisst, was ich meine. Er hat es auf den Punkt gebracht. Dem Gemeinderat fehlt es sowohl an Ernsthaftigkeit als auch am Gestaltungswillen, sich mit den dringenden Herausforderungen des Klimawandels und der Kreislaufwirtschaft auseinanderzusetzen. Ich denke, das ist in diesem Postulat und in dieser Antwort evident. Seit 2006 gehören 72 Unternehmen zu dieser Klimaplattform, also seit 20 Jahren 72 Unternehmen. Dies allein zeigt deutlich, dass eine grundlegende Neuorientierung und ein energetischer Impuls dringend notwendig sind. Der Gemeinderat preist auch 70 Tonnen eingesparte CO₂-Äquivalent an. Doch diese Zahlen sind ohne Kontext nahezu bedeutungslos. Ein Vergleich mit den Emissionen der Stadtverwaltung allein und natürlich dieser Mobilität und der Sportanlagen, die er aufführt, ist trotzdem irreführend und lenkt vom eigentlichen Ziel ab. Wenn schon, müssten wir diese Zahlen in

das Verhältnis zum gesamthaften CO₂-Ausstoss der Stadt Bern setzen, und darauf zieht es schliesslich auch unser Klimareglement ab. Und dass die Stadt nicht auf Kurs ist, und zwar überhaupt nicht auf Kurs ist, das wissen wir ja dank dem Controllingbericht. Ein weiteres Problem, das wir haben, ist die fehlende Transparenz. So scheint es jedenfalls, wenn man die Antwort liest, fehlen zum Beispiel klare Mindestanforderungen und standardisierte Kriterien für die Mitgliedschaft.

Der Gemeinderat scheint Unternehmen auszuschliessen, ohne das nachvollziehbare Standards existieren. Wie ist das möglich? Das öffnet Willkür und Greenwashing Tür und Tor. Und auch grundsätzlich, anstatt Firmen einfach auszuschliessen, sollte man doch einfach versuchen, Unternehmen zu motivieren, zu unterstützen, anzuspornen, nachhaltiger zu werden. Aber das erfordert, wie wir es ja verlangen, klare und allgemeingültige Zielvorgaben, Anreize und vielleicht wo nötig auch Sanktionen, aber doch nicht intransparente Ausschlüsse. Der Gemeinderat betont immer wieder die finanziellen Engpässe der Stadt. Aber dort ist doch Kreativität gefragt. Der Prüfauftrag zieht genau darauf ab, kreative Lösungen zu finden, und gerade mit der Zusammenarbeit der Wirtschaft könnte das doch möglich sein. Wer, wenn nicht die Wirtschaft, könnte der Stadt Bern helfen, agil dynamisch und innovativ zu handeln und zu werden. Es reicht nicht einfach zu sagen, man ist dran, man entwickelt sich weiter. Wir möchten gerne konkrete Massnahmen und Pläne sehen. Das Ziel einer Klimaallianz mit der Wirtschaft muss doch sein, die Firmen aktiv einzubinden. 4 Business Lunches im Jahr sind ein Tropfen auf den heissen Stein. Welche Massnahmen werden ergriffen, um die Plattform auch sichtbarer und attraktiver für andere Unternehmen zu machen? Es braucht verpflichtende Zielsetzungen für diejenigen, die schon drin sind, klar definierte Massnahmen für das gesamte Stadtgebiet, ähnlich wie in Amsterdam. Dort funktioniert es wunderbar und sie haben auch einen Kreislauf mit einer Quote von etwa fast 25%, das ist enorm. In der Schweiz sind es irgendwie 9% oder so, bis 13% je nach Statistik. Und was man einfach auch weiss aus verschiedensten Studien und Verhaltensforschung, Beratung allein reicht nicht und Top down sowieso nicht. Und das ist genau das, was man, aber hier macht. Mit Top-Down-Kommunikation gibt es weder Involvement noch Movement noch Momentum. Es gibt einfach nichts. Es ist einfach ein passives dahin plätschern.

Natürlich ist es so, dass die Unternehmen auch nicht einfach eine 1 zu 1 Beratung brauchen, aber man muss sie involvieren und man muss diesen zusammen Ziele definieren. Wir brauchen Branchen-Verträge und spezialisierenden Schulungen durch Hochschulen und Fachorganisationen. Da ist die Stadt selber einfach auch nicht genug. Es sind einfach zu wenig Fachkompetenz und Ressourcen dabei. Aber dafür gäbe es ja die Partner, wo wir gerne gewollt hätten, dass die Stadt die Zusammenarbeit prüft. Warum werden dort auch nicht zum Beispiel Impact Hub oder Be Advanced oder das Kompetenzzentrum für nachhaltige Entwicklung stärker einbezogen? Die Hemmschwelle für die Beteiligung einer breiten Masse von Unternehmen müsste gesenkt werden. In Amsterdam ist es seit Jahren Praxis, nämlich auch, dass man ein gemeinsames regelmässiges Reporting hat und dass man anhand des Reporting's die Massnahmen anpasst. Der Gemeinderat sagt dazu unmöglich, nicht zielführend. Nicht, das ist unmöglich. Die Haltung des Gemeinderates ist unmöglich. Das ist das Problem. Die geforderten Massnahmen sind notwendig, um gemeinsam quantifizierbare und verbindliche Ziele zu setzen und diese Erreichung zu überwachen. Standardisierte Vergleichsberichte sind unerlässlich, um Fortschritt zu messen und auch Transparenz zu gewährleisten. Ein Netz, das sich nur auf gelegentliche Treffen und unverbindliche Diskussionen stützt, reicht nicht. Wir fordern den Gemeinderat auf, die Weiterentwicklung der Klimaplattform ernsthaft zu prüfen. Es ist inakzeptabel, dass die Partner nicht stärker

in die Pflicht genommen werden, so wie sie es eben in Amsterdam machen oder auch in vielen verschiedenen Städten in Holland überhaupt. Zur inhaltlichen Weiterentwicklung: Auch hier ist mehr als passive Kommunikation erforderlich. Die Plattform muss sichtbarer und attraktiver gestaltet werden. Sie muss mehr Unternehmen erreichen und motivieren. Es braucht mehr konkrete Massnahmen und eine aktive Rolle von Stadt und Verwaltung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Antwort des Gemeinderates kein Prüfungsbericht ist, sondern ein Meinungsartikel, der zeigt, dass der Gemeinderat glaubt, bereits alles zu wissen. Ja und das reicht nicht. Ich glaube, ich habe jetzt hier ein Durcheinander mit meinen Blättern. Ja genau, in der Klimakrise ist diese Haltung weder zielführend noch akzeptabel. Und es besteht dringender Handlungsbedarf, um die Klimaplattform von einem Fake-Platz zu einem effektiven Instrument für den Klimaschutz zu machen. Und ein zentrales Element dort drin ist natürlich die ganze Diskussion um die Kreislaufwirtschaft. Und wir, als Fraktion, möchten uns da sehr gerne einbringen. Wir haben schon eine Resolution dazu verabschiedet. Wir sind sehr gerne bereit, an einem Gespräch teilzunehmen, mit dem SUE oder auch mit dem Wirtschaftsamt, falls Interesse bestehen würde. Merci.

Präsidentin: Merci, Tanja. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Ingrid Kissling-Näf für die SP-JUSO.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Fraktion: Es ist schon ganz viel zu dieser Klimaplattform gesagt worden. Wir haben ja eigentlich einen Antrag gestellt oder einen Vorstoss formuliert, um abzuklären, wo überhaupt die Entwicklung von dieser Klimaplattform steht. Ich möchte ganz kurz etwas zur städtischen Klimapolitik sagen. Es ist heute Abend schon ganz viel gesagt worden. Wir haben ein sehr fortschrittliches Klimareglement. Wir haben eine neue Klimastrategie, die auf dem Weg in den Gemeinderat ist, also auch dort passiert etwas. Wir haben es auch geschafft, vor ein paar Wochen ein Klimaanpassungsreglement zu verabschieden, was ich persönlich top finde. Das gilt auch, denke ich, für unsere Fraktion. Wir haben ja doch eine grosse Lücke in der Umsetzung, das heisst, die Umsetzung ist wirklich unser Problem und das zeigt sich einerseits auf der Ebene, das haben wir heute Abend auch schon gehört, von den Solardächern. Das ist eine grosse Baustelle, also die Hausbesitzer, die im Prinzip mithelfen sollten, die Transformation, die Energiewende umzusetzen. Und auf der anderen Seite haben wir eine grosse Baustelle in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Ich denke, beide Baustellen sind wichtig und beide Baustellen sollte man aktiv bewirtschaften. Wir sind als Fraktion wirklich der Meinung, dass die zweite Baustelle, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, wirklich aktiver betrieben beziehungsweise beackert werden und ich denke, es ist eine grosse Chance, die Klimaplattform auch im Moment neu aufzusetzen.

Es ist, schon wie gesagt worden ist, eine Klimaplattform, die 20-jährig ist, die ihre Dienste hinter sich hat, wo auch erfolgreich ist. Aber wenn man das überlegt, dass da über die lange Zeit 73 Unternehmen sich selbst verpflichtet haben, dann muss man sagen, im Moment reicht das nicht mehr. Wir müssen einen Umbau, wir müssen neue Business-Modelle haben, wir müssen Kreislaufwirtschaftsaktivitäten vorantreiben. Wir müssen die ganzen Transformationsprozesse aktiv unterstützen. Und dafür denke ich, gibt es die Möglichkeit, die Klimaplattform neu aufzusetzen beziehungsweise zu erneuern und auch in Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsamt und dem Amt für Umwelt wirklich mit der Wirtschaft zu gestalten. Wir sind darum sehr enttäuscht, dass in

diesem Bericht eigentlich vor allem drinsteht, was gemacht wird, was in den vergangenen Jahren erfolgreich gemacht worden ist und das möchte ich schon sagen, es ist erfolgreich gemacht worden. Aber ich denke, wir sind jetzt in in einer Zeit oder in einem Moment, wo es einfach ein bisschen schneller vorwärtsgehen muss, sonst werden wir das 1 Tonnen Ziel von unserem Klimareglement 2035 nicht erreichen können.

Das bedeutet, man sollte wirklich proaktiv von allen Seiten dran sein. Man sollte überlegen, wie kann man im Bereich Wirtschaft die Unterstützung, die Sensibilisierung vorantreiben und ich würde auch meinen, die 4 Business Lunches, die da erwähnt worden sind, sind eine gute Sensibilisierungsmassnahme aber sicher nicht die Lösung des Problems. Und in dem Sinn sind wir wirklich auch enttäuscht, dass man unser Postulat oder unseren Vorstoss nicht nimmt, um da auch ein bisschen mehr zu investieren. Ich denke auch, und das erlaube ich mir jetzt auch noch zu sagen, es geht auch darum, nicht nur die Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen innerhalb der Verwaltung in der Stadt Bern zu optimieren. Es geht auch darum, stärker mit dem Kanton zusammenzuarbeiten. Es geht auch darum, die Wirtschaft und die Wirtschaftsverbände voll einzubeziehen und es geht auch darum, die regionale Zusammenarbeit auszubauen. Es kann nicht mehr so sein, dass jemand, der ausserhalb des regionalen Wirkungskreises ist, nicht auf die Klimaplattform zugelassen wird. In diesem Sinn würden wir uns wirklich wünschen, dass die Chance, die jetzt auch vorhanden ist, gemeinsam voranzugehen, genutzt wird und man wirklich auch die Klima- und Kreislaufwirtschaft zusammenbringt und das notwendige im Bereich Sensibilisierung, Netzwerke und Unterstützung macht. Das ist der Grund, weshalb unsere Fraktion der SP-JUSO der Meinung ist, dass wir den Vorstoss annehmen, aber den Zustandsbericht nicht als Begründungsbericht akzeptieren können. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Merci, Ingrid. Wir sind noch bei den Fraktionsvoten. Gabriela Blatter für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Gabriela Blatter (GLP) für die Fraktion: Wir schliessen uns dem Postulat an. Wir werden das Postulat annehmen entlang der Argumentation unserer Vorredner*innen. Das müssen wir nicht wiederholen. Wir sind auch mässig begeistert von der Antwort, müssen wir ehrlicherweise sagen. Wir werden trotzdem grossmehrheitlich der Antwort zustimmen, denn die Fraktion ist zum Schluss gekommen, dass man, wenn man sie nicht annimmt, wir wahrscheinlich nicht wahnsinnig viel mehr Informationen erhalten als das, was drinsteht. Wir erhoffen uns aber, dass das Amt für Umwelt, dass jetzt nicht hier, hoffentlich zu hören. Das Votum von Ingrid ist super gewesen. Es gibt so viele Opportunitäten in dem Bereich. Und ich würde mir wirklich erhoffen, dass das ein bisschen mehr genutzt wird in der Stadtverwaltung, und dass man die Wirtschaftspartner in der Stadt Bern auch wirklich besser einbindet in die Logik der Zirkularwirtschaft. Es wäre wirklich wichtig, dass man die Opportunitäten nutzt, um zusammen vorwärtszukommen, denn das Klimareglement gibt eigentlich sehr gute und klare Vorgaben. Entsprechend dem, wird auch jetzt nicht mit einer Motion nach gepusht wie beim Gasausstieg, denn eigentlich haben wir ein Klimareglement, die Richtlinien wären da, der Absenkpfade ist klar, und ohne die Wirtschaft werden wir das nicht schaffen. Deshalb hoffen wir wirklich, dass der Gemeinderat über das hinweggehen wird, was er in diesem Prüfbericht dargelegt hat. Aber wir gehen nicht davon aus, dass die Verwaltung uns wahnsinnig viel mehr Infos geben wird als das, was da ist und deshalb werden wir wohl oder übel die Antwort so annehmen.

Präsidentin: Merci, Gabi. Dann sind wir bei den Einzelvoten. Dann hat der Gemeinderat Reto Nause das Wort.

Reto Nause, Direktor SUE: Ich bin Ingrid schon noch dankbar, dass sie gesagt hat, dass die Klimaplattform der Wirtschaft einen wirkungsvollen Beitrag, einen messbaren Beitrag bei der Reduktion des CO₂-Ziels geliefert hat. Und das sind 73 Firmen, die freiwillig Best Practices untereinander austauschen, die die Best Practices voneinander kopieren, wo man sich in diesen Business Lunches trifft, wo man die Netzwerke aufstellt und logisch arbeiten wir auch mit der Region zusammen. Logisch arbeiten wir auch mit der Wissenschaft zusammen, aber vielleicht ist das nicht nur zwingend in der Klimaplattform der Wirtschaft der Fall, sondern in durchaus vielen anderen weiteren Zusammenarbeitsgremien. Tanja, ich bin tief beeindruckt über dein breites Wissen und würde einfach anregen, stell du doch da mal eine Klimaplattform der Wirtschaft auf die Beine. Ich bin dann aber nicht sicher, ob nach einem Jahr immer noch 73 Firmen dabei wären, weil was die wollen ist eben die Freiwilligkeit. Was die wollen, ist die Kooperation untereinander, der Austausch untereinander und was die nicht wollen, ist, dass sie am "Gängelband" der Politik geführt werden und dass man ihnen irgendwelche zwingenden Vorgaben, zwingenden Ziele und irgendwelche Absenkungspfade vorschreibt. Die haben wir sonst schon, die haben wir mit dem Klimareglement. Da müssen wir nicht mit der Klimaplattform etwas, was aufgeblüht ist, etwas, was in Zürich und Basel kopiert worden ist, müssen wir da nicht zum Absterben bringen. Also ich bin euch schon dankbar, wenn ihr den Prüfungsbericht annehmt.

Präsidentin: Tanja ist direkt angesprochen worden und hat nochmals das Wort für eine kurze Erklärung.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Einreichenden: Ja, ich übernehme eigentlich nicht gerne Aufgaben von Gemeinderäten und Gemeinderätinnen. Reto, das ist deine Aufgabe eine gute funktionierende Klimaplattform zu machen und nicht meine. Das einfach abzuschieben ist ein bisschen billig, genauso wie die Antwort. Und dann, was aber inhaltlich relevant ist, ich verlange natürlich nicht, dass die Stadt Bern irgendwelche Zielvorgaben von oben herabsetzt. Genau um die Top down-Kommunikation oder Handhabung geht es ja hier, dass man das nicht macht. Etwas, was man sehr gut machen könnte, ist so wie es eben Amsterdam macht, dass man die Branche-Verbände zusammen holt, an den Tisch holt. Genau so wie es die Stadt Bern gemacht hat mit der Sauberkeits-Charta. Man kann sehr wohl mit der Wirtschaft zusammen reden und gemeinsam Ziele definieren und darum geht es doch und nicht von oben herab. Das hast du wieder einmal nicht verstanden.

Präsidentin: Danke, Tanja. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über das Postulat ab und danach über den Prüfungsbericht. Wir stimmen zuerst über die Erheblichkeitserklärung des Postulats ab.

Abstimmung Nr. 018

2023.SR.000042

Annahme

Ja	61
Nein	8
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Wir stimmen über den Prüfungsbericht ab.

Abstimmung Nr. 019

2023.SR.000042: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	34
Nein	32
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Prüfungsbericht angenommen. Ich wollte noch etwas sagen, ich habe vorher einen kleinen Fehler gemacht bei Traktandum 12. Ich habe gefragt, ob es bestritten ist, sie haben gesagt: "Nein." Und dann hätte Halua noch eine Minute gehabt für eine kurze Erklärung und wir hätten dafür nicht mehr abstimmen müssen. Ich habe mich schon entschuldigt und er wird diese Minute jetzt nicht mehr brauchen, hat er mir gesagt.

2023.SR.0152

14 Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach / Timur Akçasayar, SP): Mehrweggeschirr auch für Gastrobetriebe und Grossveranstaltungen auf Privatgrund in Bern

Präsidentin: Gut, wir kommen zu Traktandum Nummer 14: Mehrweggeschirr. Ist die Motion bestritten. Sie ist bestritten und ich erteile dann das Wort den Einreichenden – Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP) für die Einreichenden und für die Fraktion: In Anbetracht der Zeit mache ich auch noch das Fraktionsvotum der SP-JUSO-Fraktion. Kommt schlussendlich auf dasselbe raus. Ja, geschätzte Kolleg*innen, ihr wisst, wir haben dieses Thema schon mehrmals im Stadtrat oder auch in der Politik gehabt. Das ist schon seit mehreren Jahrzehnten bekannt. Die Abfallproblematik ist eine Herausforderung, die wir als Gesellschaft lösen müssen. Städtische Gebiete wie eben auch die Stadt Bern haben bei der Abfallmenge ein drängendes Problem und umweltfreundliche Massnahmen sind unerlässlich. Die Abfallberge müssen reduziert werden und auch das Thema Kreislaufwirtschaft, das immer wieder ein Thema war, muss gefördert werden. In diesem Zusammenhang finden wir Einreichenden sehr wichtig, dass auf die Notwendigkeit der Förderung des Mehrweggeschirrs speziell hingewiesen wird und auch zusätzliche Massnahmen gefordert werden. Wir müssen dringendst in der Stadt Bern den Verbrauch von solchen Einwegverpackungen verringern und die Umweltbelastung minimieren. Wir geben zu, die Stadt Bern hat schon einiges geleistet. Seit einigen Jahren besteht schon eine Mehrwegpflicht im öffentlichen Raum der Stadt Bern. Auch die Vermietung des Mehrweggeschirrs durch die Logistik Bern ist ein sehr wichtiges Element, das ermöglicht, dass jeder Veranstalter nachhaltige Lösungen nutzen kann. Auch was die Sauberkeit-Charta angeht, die ist nicht schlecht aufgegleist. Sie hat einfach nur ein Problem, sie basiert sehr stark auf Freiwilligkeit.

Wir geben ebenfalls zu, wenn man die Abfallstatistik anschaut, dass das Abfallaufkommen im Jahr 2022 um 3,8% gesunken ist. In einem Jahr, in dem die Pandemie war und sehr viele Gastrobetriebe geschlossen hatten, ob die Statistik immer noch so ins Negative geht, ist dann wieder eine andere Frage und das sehen wir dann, ob das dann so ist. Wenn man alles zusammen anschaut, muss man sich schon fragen, ob das genügend ist. Wir finden, der Trend könnte erfreulicher sein und es braucht zusätzliche Massnahmen, um vorwärts gehen zu können, auch wenn man über den Tellerrand der Stadt Bern hinausschaut oder auch etwas aus der Schweiz hinausschaut. So sieht man zum Beispiel in Frankreich – das haben wir als Beispiel erwähnt –, dass bei Restaurants ab 20 Sitzplätzen eine Mehrweggeschirrpflicht gilt. Oder wenn man im konservativen Freistaat Bayern schauen geht, gibt es schon die sogenannte Mehrweg-Angebotspflicht in der Gastronomie und es gibt noch sehr viele andere Beispiele, wo eine solche Pflicht erlassen worden ist, und solche Pflichten führen eben zum gewünschten Ergebnis, nämlich zur Reduktion des Abfallberges und sie führen auch zu entsprechenden Innovationen.

Im Moment geben wir den Bemühungen des Gemeinderates eine Chance, ebenso dem Dialog und der Sauberkeit-Charta. Aber wir erwarten auch sichtbare Ergebnisse, nicht erst 2040, sondern viel viel früher. Heute gibt es nämlich schlichtweg keinen Grund, weder technologisch noch logistisch noch betriebswirtschaftlich kein Mehrweggeschirr zu brauchen. Was uns aber erstaunt hat, ist in der Antwort des Gemeinderates, dass die Ausdehnung der Mehrwegpflicht auf einzelbewilligte Veranstaltungen auf dem Privatgrund im Rahmen der Revision des Abfallreglements vorgesehen ist, aber immer noch nicht in Kraft gesetzt wurde. Wenn wir das gewusst hätten bei der Einführung des Farbsacktrennsystems, dann hätten wir nachgedoppelt und den Gemeinderat aufgefordert, wenigstens die unproblematischen Punkte in Kraft zu setzen, so wie es eben die Mehrwegpflicht wäre. Das hätten wir vor ein paar Wochen tun können. Wir hoffen, dass der Gemeinderat ein bisschen vorwärts macht und auch mehr Mut beweist, und dass Dinge, die eigentlich unbestritten sind, nämlich vom Stimmvolk bewilligt wurden. Man setzt es um und wartet, bis andere Punkte bestritten sind oder zu Problemen führen. Deshalb bitte ich sie, unseren Vorstoss anzunehmen, damit wir ein bisschen vorwärts machen. Und der Gemeinderat, ich weiss, der zuständige Direktor ist noch bis Ende Jahr da, aber ich hoffe, dass er im Amt ein bisschen Druck aufsetzt und auch dass die Nachfolgenden das Thema annehmen. Merci.

Präsidentin: Merci, Timur. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Für die FDP/JF-Fraktion, Tom Berger.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Lieber Timur, ich hoffe, ihr als grösste Fraktion mit Doppelvertretung im Gemeinderat wisst, was ihr jeweils für Reglemente hier in diesem Rat behandelt, also die Schelte an den Gemeinderat beim Abfallreglement (AFR) würde ich an Stelle des Gemeinderates gerade wieder zurückgeben. Es wäre euch auch freigestanden, Anträge zu stellen. Die Motion ist eigentlich ziemlich aus der Zeit gefallen. Der Teil, den die Stadt sinnvollerweise, erfüllen kann, ist bereits erfüllt. Der andere Teil, den ihr fordert, ist einfach eine weitere Utopie. Ihr könnt doch nicht ernsthaft in einem Kommunalparlament sagen, dass ein Land wie Frankreich eine Regel eingeführt hat und dass die Stadt Bern, das doch bitte auch machen soll. Die Abklärungen beim Sauberkeitsrapen, die Jahre lang gedauert haben und mit denen sich die Stadt intensiv befasst hat, haben ergeben, dass es rechtlich nicht möglich ist, Betriebe in der Stadt Bern solche Auflagen zu machen. Das ist einmal mehr ein Vorstoss oder eine Forderung, die wir platzieren können, die zu diskutieren ist, aber dann bitte im nationalen

Parlament. Bei Privaten sollten wir so wenig Auflagen machen wie möglich. Natürlich gibt es Auflagen, die absolut klar sind, dass wir uns an die so halten müssen, aber gerade bei all diesen kleinen Initiativen, bei all diesen kleinen Festen, die es gibt, muss man wirklich hinterfragen, ob dort der Zweck alle Mittel heiligt und ob es wirklich intelligent ist, dass zivil-gesellschaftliche Engagement, das jeweils hinten so Initiativen steckt, nachher zusätzlich zu erschweren. Gerade erst hat es ein kleines herziges Quartierfest gegeben. Angrenzend an dem Perimeter war eine Brauerei, die ja halt dann das Bier in Einwegbechern verkauft hat. Es hat mich auch ein bisschen erstaunt, aber ich glaube, deswegen ist das Klima nicht untergegangen. Und nachher noch ein weiterer Punkt, wieso dieser Vorstoss aus Sicht unserer Fraktion bereits von der Zeit überholt wurde.

Die Young Boys, die namentlich erwähnt werden im Vorstoss, haben bekanntlich umgestellt, man verwendet nicht mehr Einwegplastikbecher, sondern Einweg-Holzbecher, bei denen gemäss den offiziellen Zahlen, die präsentiert wurden, der CO₂-Ausstoss geringer als bei Mehrwegbechern. Gemäss den Zahlen sind auch die sogenannten Umweltbelastungspunkte bei diesen Holzbechern geringer als bei den Plastikbechern. Natürlich basieren die Berechnungen auf der Annahme, dass die Becher auch in den entsprechenden Containern zurückgegeben werden und nachher entsprechend der Planung zu Holzspanplatten verarbeitet werden. Aber Timur, ich weiss nicht, wie oft du an die YB-Matches gehst, die speziellen Container für die Holzbecher sind nach den Matches komplett voll. Ich habe das Gefühl, die YB-Fans machen dort wirklich sehr gut mit. Wenn ihr jetzt also stur an eurer Motion festhaltet und diese heute überweist, müssten eigentlich YB dank eurem Vorstoss zurück auf die Mehrwegbecher wechseln und müssten eigentlich den CO₂-Ausstoss dadurch wieder erhöhen. Darum überlegt ihr es euch vielleicht noch einmal. Merci.

Präsidentin: Merci, Tom. Dann kommt Franziska Geiser für die GB/JA!-Fraktion.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Die Fraktion GB/JA! nimmt die Motion natürlich an. Es ist ein guter Zeitpunkt, diese Motion zu überweisen, und das ist überhaupt nichts Utopisches. Der Gemeinderat beschreibt in seiner Antwort, dass er daran ist, die Gastroboterbetriebe und die Veranstaltenden von Grossanlässen dazu zu bringen, Mehrweggeschirr einzusetzen. Der Gemeinderat erklärt auch ein paar Schwierigkeiten, die die Umstellung auf Mehrweggeschirr verzögert. Ein Verzögerungsgrund liegt daran, dass das revidierte Abfallreglement noch nicht in Kraft getreten ist, weil dieses Reglement an die Einführung des Farbsacktrennsystem gekoppelt ist. Das wird nicht in der geplanten Form eingeführt, das heisst, das Abfallreglement kann ja jetzt in Kraft treten und die Ausdehnung der Mehrwegpflicht umgesetzt werden. Als anderen Hinderungsgrund nennt der Gemeinderat, dass die Restaurants und Grossveranstalter, die keine Einzelbewilligungen brauchen, sondern eine Betriebsbewilligung haben, nicht verpflichtet werden können, Mehrweggeschirr zu verwenden. Sie sollen das freiwillig machen, aber auch dafür sind die Voraussetzungen im Moment sehr gut. Ich nenne nur 2 Beispiele: McDonald's schreibt in seinem Nachhaltigkeitsupdate 2024, dass die Art der Verpackungen und der Klimaschutz zentral sind. Mit unseren Lizenznehmer*innen sowie mit unseren Partnern minimieren wir den ökologischen Fussabtritt. Und Bernexpo hat vor einem Jahr die Iso-Zertifizierung für nachhaltiges Eventmanagement bekommen und in der Medienmitteilung schreibt Bernexpo, was ihre Schwerpunkte sind in Bezug auf Nachhaltigkeit, unter anderem sind es Verpflegung und Foodwaste, Abfall und Recycling. McDonald's und Bernexpo haben dazu beide auch die Sauberkeits-Charta unterschrieben. Ich habe jetzt nur die beiden Beispiele angeschaut. Wahrscheinlich sieht es

bei anderen, wie bei Stadt Gastro, ähnlich aus. Ich gehe davon aus, dass sich heute kein Betrieb mehr den Vorwurf gefallen lassen will, Greenwashing zu betreiben. Und man kann auch davon ausgehen, dass die Grossveranstalter*innen bereit sind, Probleme zu lösen, die die Umstellung auf Mehrweggeschirr bedeuten. Es geht vor allem darum, den Platz und Zeitbedarf für die Geschirrausgabe und Geschirrrücknahme zu lösen und auf Mehrweggeschirr umzustellen. Aus diesem Grund kommt diese Motion wirklich zum richtigen Zeitpunkt. Die Bereitschaft auf Mehrweggeschirr umzustellen ist offensichtlich da und deswegen ist es auch gut, dass die Motion den Anstoss gibt, jetzt nicht locker zu lassen.

Präsidentin: Merci, Franziska. Dann kommt Janina Aeberhard für die GLP/JGLP/EVP.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Wir verwenden nach wie vor viel zu viel Einwegverpackungen und Geschirr und wir produzieren damit riesige Mengen von Abfall. Und ja, da haben auch wir aus der Stadt Bern sicher noch viel Luft nach oben. Wir sind aber nicht alle vollkommen überzeugt davon, dass der konsequente Umstieg auf Mehrweggeschirr bei sämtlichen Anlässen und allen Gastrobetrieben hier der einzig richtige Ansatz ist und finde vielmehr, dass man darauf schauen muss, dass die Materialien kreislauffähig sind. Seit 2023 gibt es EU-weit ein Verpackungsgesetz, das festlegt, dass Mehrwegbehälter als Alternative für Essen und Getränke zum Mitnehmen angeboten werden müssen. Eine aktuelle Studie des WWF, die Anfang dieses Jahres veröffentlicht wurde und den Effekt dieser Verpflichtung in Deutschland untersucht hat, hat herausgefunden, dass es gerade im Gastronomiesektor dadurch nicht zu einer Trendwende gekommen ist. Der Mehrweganteil ist im ersten Jahr, in dem das Gesetz galt, zwar leicht gestiegen, aber bleibt tief und der Totalverbrauch von Einwegverpackungsmaterial ist weiterhin gestiegen. Jetzt kann man sich fragen: Woran könnte das liegen? Vielleicht daran, dass es wirklich Situationen gibt, wo die Rückgabe von einem Mehrweggeschirr mühsam ist. Bei McDonald's zum Beispiel ist mir nicht ganz klar, wie das funktionieren soll oder auch weil die Reinigung für die Anbieter komplex und herausfordernd ist. Beim SCB zum Beispiel werden die Mehrwegbecher nicht vor Ort gewaschen, weil wenn man die in die Abwaschmaschine steckt, ist das ähnlich wie bei Tupperware, das meistens noch nass aus der Maschine kommt und dann noch von Hand getrocknet werden muss und dass der SCB oder das Personal vor Ort aus Kapazitätsgründen schlicht nicht bewältigen kann. Wir sehen also, dass es Gründe gibt, die gegen Mehrweggeschirr sprechen und es eben wichtig ist, dass man auf Materialien setzt, die wieder verwendet werden können, wie im Wankdorf-Stadion, das Tom auch schon erwähnt hat, wo man jetzt mit diesen Holzbechern Getränke ausschenkt, die nachher später zu Spannplatten weiterverarbeitet werden. Was ich damit eigentlich sagen will, ist, dass man das Anliegen der Motionär*innen, dass man mit Grossveranstaltern abklären soll, ob sie der Sauberkeit-Charta beitreten würden und damit einen Beitrag zur Reduktion vom Verpackungsabfall leisten, wie das im Punkt 1 gefordert ist, grundsätzlich gut finden. Aber mit dem Umstieg auf Mehrweggeschirr, wie das in Punkt 2 gefordert wird, nicht einverstanden sind und dass auch rechtlich ja bereits aufgenommen wird und mit der Revision vom Abfallreglement, das jetzt halt noch nicht in Kraft ist, angegangen wird. Wenn man punktweise abstimmen würde, würden wir darum den Punkt 1 dieser Motion annehmen und Punkt 2 hingegen ablehnen. Als Ganzes werden wir die Richtlinienmotion doch ablehnen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Janina. Dann kommt Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Für den Einsatz von Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen besteht bereits eine gesetzliche Rahmenbedingung auf städtischer und kantonaler Ebene. Grundsätzlich gilt auf kantonaler Ebene eine Pflicht zur Verwendung von Mehrweggeschirr für einzelbewilligungspflichtige Veranstaltungen ab 1000 Personen über den Gesamtanlass. Wir sind da relativ fortschrittlich. Aber auch in den städtischen Reglementen zum Beispiel haben wir eine Pfandpflicht eingeführt: Beim Ziebelemerit oder so, da wird relativ viel Mehrweggeschirr wieder gebraucht, was sicher auch Sinn ergibt. Jetzt gibt es aber grundsätzlich natürlich gerade bei den Grossveranstaltungen halt manchmal Angelegenheiten, wo man ein Einweggeschirr nicht entfernen kann, wo man ein Einweggeschirr eben fast braucht. Das Einweggeschirr ist wichtig, da man es in einen Recycling-Kreislauf integrieren kann, sodass man es wieder brauchen kann. Die YB zum Beispiel gibt das Bier in einem Holzbecher ab, sehr speziell, aber das ist eine nachhaltige Aktion. Der SCB gibt zum Beispiel die SCB-Wurst auf einem Kartontellerchen ab. Wenn man sich das Ganze überlegt, wenn die wieder auf Geschirr oder Glas umstellen würden, bis das Geschirr gewaschen ist, bis das Geschirr verarbeitet ist, das braucht Wasser, es braucht Strom. Da muss man sich halt dann schon fragen, was ist jetzt besser und was ist vor allem mehr umweltfreundlicher. Für uns von der SVP-Fraktion ist es eigentlich gegeben, dass wir da relativ viel abgedeckt haben und vor allem gerade die Grossveranstalter, SCB und YB werden eigentlich bevormundet in ihren Betriebskonzepten, wenn man eine weitere Rahmenbedingung vorgibt und ihnen nicht die Handlungsfreiheit lässt. Das ist wichtig, das sie als Unternehmen, die Handlungsfreiheiten haben und sie setzen es dann zum Teil auch um, dass es eben ökologisch wie ökonomisch ist. Deshalb lehnen wir diese Motion ab und sind dagegen. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Thomas. Wir sind bei den Einzelvoten. Auch der Gemeinderat verzichtet, das heisst, wir kommen zur Abstimmung. Es ist gefragt worden wegen punktwiser Abstimmung. Seid ihr einverstanden? Gut, dann stimmen wir zuerst über Punkt 1 ab.

Abstimmung Nr. 020

2023.SR.0152: Punkt 1	
Annahme	
Ja	50
Nein	16
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt Punkt 1 angenommen. Wir stimmen ab über Punkt 2.

Abstimmung Nr. 021

2023.SR.0152: Punkt 2	
Annahme	
Ja	41
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Punkt 2 ist angenommen.

2023.SR.0105

**15 Postulat Fraktion AL/PdA (David Böhner, AL / Matteo Micieli, PdA):
Umweltschonende Ernährung – Stadt als Vorbild**

Präsidentin: Dann kommen wir zu Traktandum Nummer 15, umweltschonende Ernährung. Das Postulat ist bestritten, und ich erteile das Wort den Einreichenden. Für die Einreichenden, Muriel Graf.

Muriel Graf (AL) für die Einreichenden: Wir behandeln jetzt unser Postulat zum Thema: "Reduktion und Verzicht von tierischen Produkten an städtischen und parlamentarischen Anlässen." Die Punkte in diesem Postulat sind relativ einfach und lassen sich auf den folgenden Satz herunterbrechen, wonach das Angebot an tierischen Produkten weniger werden soll. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort schon einige Massnahmen aufgezählt, die sinnvoll sind, um eine Reduktion der tierischen Produkte zu bewirken. Wir sind aber der Meinung, dass es schon noch etwas mehr braucht. Wir wollen eine grundsätzliche Veränderung. Wir wollen, dass es normal wird, dass es keine tierischen Produkte mehr gibt, die man nachher konsumiert. Das heisst, man kann als Einzelperson immer noch das Essen, was man will, aber die Veranstalter*innen von Anlässen haben die Weisung, dass sie auf tierische Produkte zu verzichten haben. Wir sind der Meinung, dass diese Massnahmen extrem viel bewirken können. Es ist so, dass das Ganze darum herum, was es braucht, für das nachher tierische Produkte konsumiert werden können, unserer Umwelt sehr schadet. Wir gehen davon aus, dass allen hier bewusst ist, dass das Herstellen und der Konsum von tierischen Produkten nicht hilfreich sind, wenn man sich die Welt anschaut und auch die Konsequenzen, die der Klimawandel mit sich bringt. Und wir wollen jetzt eben nicht die Einzelperson in den Fokus stellen, die nachher ihre Ernährung umstellen muss und auf ihr allein alles lastet, sondern wir wollen es umkehren und bewirken, dass der Default, also das normale an städtischen und parlamentarischen Anlässen halt ohne tierische Produkte ist. Das würde dann nämlich bedeuten, dass man eine Konfrontation mit dem Thema hätte. Man würde neue Ernährungssachen kennenlernen, man würde der Umwelt und dem Klima in dem Moment und mit dieser Massnahme einen Gefallen tun. Uns ist aber auch bewusst, dass solche Veränderungen Zeit brauchen. Uns ist auch bewusst, dass ein solches Thema alle Menschen bewegt, weil es um das Essen, die Nahrungsaufnahme, die Tradition, die Gewohnheit und die Veränderung geht. Deswegen wollen wir auch noch betonen, dass die Massnahmen, die es schon gibt, nicht schlecht sind. Wir wollen aber schlussendlich nicht nur "es nicht schlecht", wir wollen, dass es gut wird. Jetzt noch zur Abstimmung. Wir würden gerne verlangen, dass diese punktweise stattfindet, und wir fänden es natürlich grandios, wenn ihr alle Punkt 6 annehmt, aber wenn euch das wie nicht möglich ist, fände ich es auch cool, wenn ihr die anderen annehmen würdet. Merci.

Präsidentin: Merci, Muriel. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Für die SVP, Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Das Votum halte ich jetzt noch gerne. Es ist jetzt effektiv wahrscheinlich mein Schwanengesang und der Schwan sollte immer besonders schön singen, wenn er das letzte Mal singt. Das kann ich euch nicht versprechen. Ich muss auch ein bisschen taktisch vorgehen. Ihr habt gesehen, was der Gemeinderat nachher will. Er ist bereit, das nachzuschauen, aber die Forderungen sind zu einseitig und er möchte das eben nicht machen. Jetzt will ich hier nicht irgendwie noch gross Öl ins Feuer giessen, aber einfach nur ein paar ganz andere Überlegungen.

Veranstaltungen: Ich bin doch der Meinung, dass wir jetzt einmal etwas für die Leute auch mit Migrationshintergrund machen sollten. Wollt ihr denn, dass die Albaner kein Lamm mehr machen dürfen an einer Veranstaltung. Sollen die nachher auch Grünfutter und Körner essen? Wollt ihr, dass Thailänder*innen, die irgendwie ein Thai-Food-Festival machen, keine Enten mehr essen dürfen, kein Poulet mehr essen. Wollt ihr das alles verbieten? Ich habe gesehen, ihr wollt dann punktweise abstimmen, aber das sind doch Sachen, wo ihr jetzt auch bei eurer Klientel eingreift. Wenn wir dann dort nur noch Bambussprossen ohne Fisch und ohne Fleisch essen können, sage ich dann gerne, wer das gemacht hat, dass die SVP bis am Schluss dafür gekämpft hat, dass man sich so ernähren soll, wie man will. Und es kann einfach nicht zugänglich sein, dass man hier im Stadtrat Vorschriften macht. Und denkt daran, ich habe immer gesagt – das ist mein alter Spruch –, wenn ich eine Kantine hätte, in der vor allem Sozialarbeiter*innen und Psychologinnen wären, würde ich wahrscheinlich vor allem Salat-Büfett und Gemüseauflauf machen.

Aber wenn ihr vielleicht im Tiefbauamt Leute habt, die gerne irgendwie eine Bratwurst oder ein Ragout wollen, dann lasst das doch diesen Leuten, die draussen sind. Schreibt doch nicht immer alles vor. Ihr seid immer die gewesen, die gesagt haben Minderheiten muss man respektieren. Zu den Minderheiten muss man schauen, und ihr macht gerade das Gegenteil und so rettet ihr das Klima nicht. Dann wird der Anlass, das Thai Food Festival, nicht mehr in Bern stattfinden, sondern es ist dann vielleicht ausserhalb. Dann geht man mit dem Postauto oder mit dem Auto oder was auch immer, dort hin. Wenn der grosse ESC kommt, dürfen die dann auch nur noch Grünfutter essen. Dann würde ich sagen, dass mancher Veranstalter dann gar nicht mehr hierherkommen wird. Hört auf mit dem Zwang, seid freiheitlich, lasst die Sachen so sein. Schaut die Vorstösse an. Wenn ihr da immer das vegetarische Essen macht, habe ich jetzt also festgestellt, dass es also noch vegetarische Kimbap hat und ich bitte euch das noch zu essen. Es hat auch noch Fleischsachen, esst die Sachen, aber seid nachhaltig und ich appelliere an euch, wir wollen keine Reste, man macht das, was man will. Aber lasst die Freiheiten. Wenn ich dann meiner Frau sagen muss, wenn ihr ein Mongolenfest machen wollt, es gibt dann kein Fleisch mehr, dann habe ich das Gefühl, dass ich dann noch ganz starke Unterstützung haben werde, dann auch im Stadtrat. Wenn die Leute eingebürgert sind, dann werdet ihr wahrscheinlich, wenn ihr ihre Lebenskultur zerstören wollt – das ist eben dann nicht mehr Integration, da wollt ihr die Assimilation auf vegetarische Sachen –, Widerstand haben. Ich schliesse jetzt. Ich glaube wir haben das Votum aufgeteilt. Thomas willst du noch kommen oder später? Ich habe, glaube ich, noch etwas Redezeit. Es ist schön gewesen mit euch, danke vielmals und nachher nachhaltig, esst die Sachen auf. Merci.

Präsidentin: Merci vielmals, Alex. Lukas ich würde vorschlagen, dass jetzt gerade anschliessend Thomas Glauser zuerst kommt, damit wir das Fraktionsvotum der SVP aneinander haben – Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Mich scheint, dass es euch jetzt definitiv in den Weizen gehagelt hat. Es kann überhaupt nicht sein, dass man hier eine Landwirtschaft diskriminiert, die Fleisch produziert, den Metzger diskriminiert, eine ganze Wertschöpfungskette von Leuten, die ein Gewerbe haben, die Unternehmer sind, will man da einfach jetzt ausschliessen und diskriminieren. Da sollte man schon ein bisschen sozial denkender sein. Wenn jemand ein Stadtfest machen will, das fleischlos ist, wo es keine Bratwurst gibt, okay, dann sollen er das einfach machen. Angebot und Nach-

frage spielen hier nicht mehr. Es geht in die Diskriminierung hinein und fast ein bisschen in die Diktatur. Man will hier jemandem etwas aufzwingen. Jemand, der gerne ein bisschen Fleisch hat, soll ein bisschen Fleisch essen dürfen auch in Zukunft und das Angebot soll er auch haben. Ich bin einmal an einer Sitzung gewesen von einer Schulkommission, wo es ein vegetarisches Apéro gegeben hat. Der Hauswart ist auch eingeladen gewesen. Er ist nicht gekommen, weil er es satt hat von dieser Diskriminierung, dass man kein Fleisch mehr essen soll. Ich verstehe es, wenn man nicht Fleisch essen will, ich verstehe, dass es vielleicht auch einen kleinen ökologischen Hintergrund hat. Das soll doch über Überzeugung gemacht werden und nicht, dass man irgendwie jemanden in etwas hineindrängt, dass er jemand sein muss, wo er nicht ist. Kämpfen wir doch dafür, dass es für alle etwas gibt, auch für die Ökologie und die Wirtschaftlichkeit. Diejenigen, die kein Fleisch essen wollen, sollen eine fleischlose Ernährung haben. Und die, die gerne manchmal noch ein bisschen Fleisch haben, sollen das auch in Zukunft in der Stadt Bern machen dürfen.

Präsidentin: Danke, Thomas. Der kommt jetzt Lukas Wegmüller für die SP-JUSO.

Lukas Wegmüller (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion lehnt das Postulat in 5 von 6 Punkten ab. Grundsätzlich unterstützen wir das Ziel einer Reduktion des Konsums von tierischen Produkten, und viele von uns tragen auch den Anspruch mit, wonach die Stadt eine Vorbildfunktion einnehmen sollte oder einnehmen muss. Wir teilen aber auch die Meinung des Gemeinderates, dass die Verwaltung hier schon vieles macht und ein grundsätzliches Fleischverbot den meisten von uns zu weit geht. Bei Punkt 3, beim Verzicht auf Fleisch und Fisch an allen parlamentarischen Anlässen, hat die Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Ich persönlich möchte euch dazu ermuntern, dass ihr bei Punkt 3 oder dass ihr den Punkt 3 annehmt. Wenn wir ein Zeichen setzen wollen, machen wir es am besten dort, wo es mindestens denen, die noch Fleisch essen, vielleicht weh tut. Deshalb fände ich es auch ein sehr schönes Zeichen, wenn wir das annehmen würden. Ja, das wäre es eigentlich schon gewesen. Danke vielmals für eure Unterstützung und eure Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Lukas. Das Wort hat Oliver Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Es ist doch immer wieder erstaunlich, unter welchen Vorwänden und mit welchem quasi religiösen Eifer die liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung – notabene tragende Säule des Erfolgsmodells Schweiz – soll unterminiert werden. Als Fraktion FDP-Jungfreisinn sagen wir Nein zu unnötigen Verboten und Einschränkungen. Wir sagen deshalb Nein zum Fleisch- und Fischverzicht. Wir sagen auch Nein zum Verbot von tierischen Produkten und Erzeugnissen an städtischen Anlässen. Wohlverstanden, wenn jemand fleischlos oder fleischarm leben will und das seinem freien Willen entspricht, dann ist das völlig okay und dann soll die Person das auch machen können. Was wir aber ablehnen, ist die moralisch aufgeladene, schleichende Bevormundung von mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Wir lehnen das Postulat in allen Punkten ab. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Oliver. Dann kommt jetzt Mirjam Arn für die GB/JA!-Fraktion.

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Danke vielmals für den Vorstoss. Ihr greift das Thema auf, das hochaktuell ist und auch hochemotional. Ich fange jetzt mal ein bisschen mit der technischen Seite an. Eine Person in der Schweiz isst durchschnittlich 1'200 Tiere

in ihrem Leben. Habt ihr euch das einmal vorgestellt, und nicht eingerechnet sind Meeresfrüchte und Tiere, die zu Tierfutter verarbeitet werden. Der Konsum von Fleisch ist somit dreimal höher als die Empfehlung der Schweizerischen Gesellschaft für Ernährung. Diese Produktion braucht 83% von allen Landwirtschaftsflächen weltweit und verursacht mehr Treibhausgasemissionen als der gesamte weltweite Verkehr. Auch gefährdet die Tierproduktion die globale Lebensmittelversorgung, weil sie mit diesen 83% nur 11% vom Kalorienbedarf deckt. Das ist hoch ineffizient. Tiere brauchen viel Futter, sie stossen selbst Treibhausgase aus, sie brauchen riesige Flächen an Land. Milchprodukte und Eier sind auch nicht besser, denn die kommen von Tieren, die viel Futter brauchen, die Treibhausgase ausstossen und riesige Flächen Land brauchen. Dass durch die intensive Produktion von den tierischen Lebensmitteln das Klima belastet ist, ist mittlerweile unumstritten. Das haben wir zum Glück von allen Vorrednern gehört. Trotzdem bleibt der Konsum der tierischen Produkte in der Schweiz mit wenigen Ausnahmen konstant hoch. Und in diesem Vorstoss geht es nicht um Ernährungsvorschriften, es geht nicht um Einschränkungen der Freiheit, es geht nicht um Verurteilung von persönlichen Entscheidungen, es geht um Ernährungsangebote bei städtischen und parlamentarischen Anlässen. Es geht um die Planung der Nachhaltigkeit der Stadtberner Ernährung. Wenn die Stadt beschliesst, Ökostrom zu beziehen in der Verwaltung, dann kann man das auch gut finden, wenn man zu Hause keinen Ökostrom will.

Und so geht das auch mit dem Essen. Stellen euch vor, in der Schule wird zweimal pro Woche Sport gemacht. Das heisst nicht, dass nachher alle zuhause jeden Tag Sport machen müssen, und so geht das auch mit dem Essen. Die Stadt kann als Vorbild vielseitige und ausgewogene, gesunde pflanzenbasierte Menüs anbieten. Jetzt noch ein paar spezifische Argumente: Erstens, der Mensch braucht Fleisch. Das Gesundheitsargument: Nein, der Mensch ist biologisch gesehen kein Fleischfresser. Der Konsum von viel rotem und hoch verarbeitetem Fleisch ist sogar ein relevanter Risikofaktor von Herz- und Kreislauferkrankungen und Darmkrebs. Gerade in der Schweiz, wo ein Mensch durchschnittlich 50 Kilo Fleisch pro Jahr isst. Im Fleisch hat es Proteine und Eisen, das stimmt, das kann der Mensch ohne Probleme auch aus pflanzlichen Quellen aufnehmen. Auch wenn ihr mir nur die Hälfte von dem glauben wollt, ist klar, es wird niemand aus dem Parlament oder aus der Stadtverwaltung an Proteinmangel sterben, weil an städtischen Anlässen kein Fleisch oder Käse angeboten wird. Zweitens: Die Schweizer Bauern erhalten um ein Vielfaches mehr Subventionen für die Tierproduktion als für die Produktion von pflanzlichen Erzeugnissen. Also wenn wir jetzt vom Metzger reden, das ist dann auch nicht sozial und auch nicht fair und das muss sich ändern und genau deshalb können wir als Stadt Bern hier im Sinn von Angeboten und Nachfrage ein Zeichen setzen und unseren Teil der Nachfrage steuern.

Drittens: Auf Risiken der Antibiotikaresistenzen, Entwicklungen von Zoonosen, also Erkrankungen, die von Tieren auf den Menschen übertragen werden können, möchte ich nicht mehr genauer eingehen und über die ethischen Aspekte der Tierhaltung können wir auch einen ganzen Abend lang diskutieren. Und Viertens, Freiheit und Diktatur: Jeder kann essen, was er will. Ja, das stimmt, wenn es niemandem schadet und wenn es für alle reicht. Aber das tut es eben nicht, weil wenn wir uns so verhalten, wie wir uns hier verhalten, dann reicht die ganze Fläche auf der Welt nicht aus, um alle Menschen zu ernähren. Und daran ist zum grössten Teil die Tierproduktion schuld. Also vegan ist fein, es ist gesund, es leidet niemand darunter und es ist erst noch kostengünstiger. Vegane Ernährung gibt, wie Murielle gesagt hat, Platz für Innovation, neue kulinarische Entdeckungen und es fördert die Diskussion über die Herkunft von unseren Nahrungsmitteln. Es ist ein simpler und darum genialer Ansatz, das Stadtklima freundlicher zu machen. Und es ist sicher kein Verzicht, sondern ein Fortschritt. Fassen wir

zusammen, abgesehen von diesen 30 Sekunden Stimulation von Geschmacksnerven gibt es kein einziges Argument für Fleisch- und Tierprodukte an städtischen Anlässen. Wir werden deshalb alle Punkte annehmen.

Präsidentin: Merci, Mirjam. Wir sind bei den Einzelvoten – Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Wenn man schaut, was eigentlich eine Tomate braucht, damit sie gross und rot wird, ist es so, sie braucht auch Nährstoffe, zum Teil braucht sie Phosphor, sie braucht Calcium und sie braucht aber auch Magnesium. Unsere Böden brauchen – gerade in der Landwirtschaft ist es wichtig –, möglichst viele Nährstoffe, so dass eine gesunde, biologische Landwirtschaft aufblühen kann. Von wo nehmt ihr denn die Nährstoffe? Im Biolandbau ist es ganz klar, dass es Gülle und Mist ist. Jetzt wollt ihr alle Tiere nicht mehr – wir haben rund 1'500'000 Nutzungstiere in der Schweiz –, wenn wir jetzt die alle nicht mehr haben, wie wollt ihr dann euer Gemüse und eure Pflanzen ernähren? Der Boden ist dann ausgelaugt und da gibt es eben dann keinen Kreislauf mehr, da müsst ihr dann Kunstdünger nehmen und die Düngerbilanz stimmt nicht mehr. Das heisst, wir sind auf die Gülle angewiesen, gerade im Biolandbau, aber auch auf Mist, der eben den Boden ernährt, so dass die Tomate auch wachsen kann und gross wird. Das andere ist auch noch, wenn ihr keine Rindviecher mehr wollt, wir haben Alpen, wir haben Täler, die bewirtschaftet werden müssen. Dort könnt ihr nicht irgendwelche mechanisierte Landschaftsbegrünungen machen, da seid ihr auf die Tiere angewiesen und darum ist es eine Win-Win-Situation. Und ich finde es auch gerade ein bisschen diskriminierend, wenn man sagt, alle parlamentarischen Anlässe sind jetzt fleischlos, ob sie jetzt vegan oder vegetarisch sind. Wir von der SVP, das weiss ja jeder, haben gerne Fleisch. Ihr seid jetzt die Mehrheit und dann diskriminiert ihr uns jetzt und werdet wahrscheinlich den Punkt 3 annehmen. Ihr respektiert nicht, dass jemand gerne ein bisschen Fleisch hat, und das ist eigentlich schamlos. Besten Dank.

Präsidentin: Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Nur kurz: Ich meine, wir reden hier von Diskriminierung und die Partei, die hier im Zusammenhang mit Fleisch- oder nicht Fleischessen von Diskriminierung redet, diskriminiert ganz anders, wenn es um Flüchtlinge und Migranten, um Ausländer*innen und so weiter geht. Lebt damit, gewöhnt euch daran und nehmt das Wort Diskriminierung dort in den Mund, wo man es braucht, aber nicht hier.

Präsidentin: Gut, ich merke, wir kommen langsam zum Schluss, denn wir reden nicht mehr direkt zum Thema. Jetzt kommt Gemeinderat Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Nur ganz kurz, der Gemeinderat empfiehlt ihnen das Postulat zur Ablehnung. Warum? Es ist extrem, es ist radikal und es geht sehr weit. Weil wenn ihr lest: "Verzicht auf tierische Erzeugnisse an allen städtischen Anlässen, da reden wir nicht von vegetarisch oder von Fleisch, da reden wir von einem veganen städtischen Anlass. Und ich weiss nicht, ob ihr das wisst, aber der grösste städtische Anlass, das ist der Ziebelemerit, also Käsekuchen und Zwiebelkuchen Ade. Lehnt es ab.

Präsidentin: Merci, Reto. Wir stimmen punktweise ab und wir starten mit Punkt 1.

Abstimmung Nr. 022

2023.SR.0105: Punkt 1

Ablehnung

Ja	15
Nein	50
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt Punkt 1 abgelehnt. Wir sind bei Punkt 2.

Abstimmung Nr. 023

2023.SR.0105: Punkt 2

Ablehnung

Ja	15
Nein	51
Enthalten	1

Präsidentin: Punkt 2 ist abgelehnt. Wir sind bei Punkt 3.

Abstimmung Nr. 024

2023.SR.0105: Punkt 3

Annahme

Ja	41
Nein	23
Enthalten	2

Präsidentin: Punkt 3 ist angenommen. Wir sind bei Punkt 4.

Abstimmung Nr. 025

2023.SR.0105: Punkt 4

Ablehnung

Ja	15
Nein	48
Enthalten	2

Präsidentin: Punkt 4 ist abgelehnt. Wir sind bei Punkt 5.

Abstimmung Nr. 026

2023.SR.0105: Punkt 5

Ablehnung

Ja	15
Nein	51
Enthalten	1

Präsidentin: Punkt 5 ist abgelehnt. Wir sind bei Punkt 6.

Abstimmung Nr. 027

2023.SR.0105: Punkt 6

Ablehnung

Ja	15
Nein	50
Enthalten	1

Präsidentin: Punkt 6 ist abgelehnt. Das heisst, das Abschiedsfest im Dezember wird in dem Fall vegetarisch, dass ich das einfach schon einmal angekündigt habe. und dann möchte Ueli Jaisli noch kurz das Wort.

Ueli Jaisli: Ich möchte es kurz machen. Auch dieses Jahr haben wir das alljährliche Stadratschwimmen in der Aare. Und das wird am 15. August sein. Also das wird an unserer ersten Sitzung nach den Sommerferien sein. Ja, ich hoffe, der Sommer kommt noch ein bisschen und es wird noch ein bisschen wärmer. Ich wünsche allen eine gute Zeit. Habt es gut und kommt wieder gesund und munter aus den Ferien zurück und macht mit. Danke und einen schönen Abend.

Präsidentin: Merci, Ueli. Ueli hat das schon sehr schön gesagt. Ich kann mich dem anschliessen. Ich wünsche allen einen ganz schönen Sommer und wir sehen uns Mitte August wieder. Machets guet.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

15 Postulat Fraktion AL/PdA (David Böhner, AL / Matteo Micieli, PdA): Umweltschonende Ernährung – Stadt als Vorbild 2023.SR.0105

16 Motion Fraktion GB/JA! (Jelena Filipovic, GB / Franziska Geiser, GB): Klima à la Carte: Gemeinsam mit der Gastronomie für eine nachhaltige Ernährung in der Stadt Bern 2023.SR.0196

17 Interfraktionelle Motion SP, BDP/CVP, GB/JA!, FDP, GFL/EVP, SVP, GLP, AL/GPB-DA/PdA+ (Katharina Altas, SP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Seraina Patzen, JA!/Barbara Freiburghaus, FDP/Manuel C. Widmer, GFL/Roland Jakob; SVP/Ursina Anderegg, GB/Michael Daphinoff, CVP/Melanie Mettler, GLP/Christa Ammann, AL/Daniel Egloff, PdA/Luzius Theiler, GPB-DA): Ein Jugendtreff im Bauernhaus des Brunnenguts 2016.SR.000196

18 Motion Kommission Soziales, Bildung und Kultur (Ursina Anderegg, GB): Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten 2022.SR.000124

19 Postulat Fraktion SP/JUSO (Alina Murano, SP) - übernommen durch Barbara Keller (SP): Anonyme Gratistests für sexuell übertragbare Krankheiten 2022.SR.000048

20 Motion Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihalyi/Barbara Keller, SP): Langfristige Schulraumplanung mit fairer Mitsprache der Quartierbevölkerung 2022.SR.000119

- 21 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA (Mirjam Roder, GFL / Sarah Rubin, GB / Bettina Jans-Troxler, EVP): Brachliegende Bildungsräume nutzbar machen und in Zukunft verhindern 2023.SR.0150
- 22 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Timur Akçasayar/Fuat Köçer, SP): Volksschule und Chancengerechtigkeit: Dein Wohnort bestimmt, was Du wirst? 2019.SR.000348
- 23 Postulat Fraktion SP/JUSO (Valentina Achermann/Sara Schmid/Alina Irene Murano, SP): Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen 2021.SR.000236
- 24 Motion Kurt Rüeegsegger (SVP) und Ursula Stöckli (FDP): Schulanlage Breitenrain: Quartier- und umweltgerechte Wiederherstellung und Vergrösserung der Pausenplatzfläche auf der Parzelle 58 2023.SR.0219
- 25 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/PdA (Bernadette Häfliger/Barbara Keller, SP/Tabea Rai, AL): Das unternehmerische Risiko nicht dem Personal überbinden 2022.SR.000033
- 26 Motion Geschäftsprüfungskommission (GPK): Revision des Kommissionsreglements (Art. 59f. GR SR) / Anpassung des Kommissionsreglements i.S. Zusammensetzung der Sozialhilfekommission 2023.SR.0176
- 27 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, SP/JUSO, GaP, AL/PdA (Ursina Anderegg, GB/ Bernadette Häfliger, SP/Simone Machado, GaP/Tabea Rai, AL): Wo steht der Gemeinderat in der Armutsbekämpfung? 2021.SR.000223
- 28 Interfraktionelle Motion GB/JA!, AL/PdA (Ursina Anderegg/Anna Leissing, GB/David Böhner, AL): Erhöhte Strom- und Gasarife ewb: Jetzt braucht es soziale Abfederung für betroffene Haushalte sowie Gewerbetreibende und Vereine 2022.SR.000157
- 29 Interfraktionelle Motion FDP/JF, Mitte, SVP, SP/JUSO (Vivianne Esseiva, FDP / Milena Daphinoff, Mitte / Ueli Jaisli, SVP / Fuat Köçer, SP): Die neu geschaffene Kapazität der Schwimmhalle Neufeld nutzen, um den obligatorischen Schwimmunterricht auszubauen 2023.SR.0103
- 30 Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA): Das Partizipationsreglement der Stadt Bern den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen - Menschen mit S-Ausweis sowie Asylsuchenden eine Stimme geben!; 2023.SR.0232
- 31 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, FDP, SP/JUSO, Mitte, GLP/JGLP (Bettina Jans-Troxler, EVP / Matthias Humbel, GFL / Vivianne Esseiva, FDP / Sara Schmid, SP / Milena Daphinoff, Mitte / Janina Aeberhard, GLP): Unterricht und Hitzetage: Die Stadt soll Verantwortung übernehmen und eine Strategie aufzeigen 2023.SR.0261
- 32 Postulat Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch/Franziska Grossenbacher, GB) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Gentrifizierung: Fakten statt Behauptungen 2017.SR.000206
- 33 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP (Rahel Ruch, GB/Diego Bigger, SP/ Lukas Gutzwiller, GFL/Therese Streit, EVP): Einführung einer Mietzinskontrolle in der Stadt Bern), um energetische Sanierungen sicherzustellen 2021.SR.000120
- 34 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP (Rahel Ruch, GB/ Diego Bigger, SP/Lukas Gutzwiller, GFL/Therese Streit, EVP): Spielraum für Mietzinskontrolle in der Stadt Bern? 2022.SR.000103
- 35 Motion Fraktion SP/JUSO (Edith Siegenthaler/Lena Allenspach, SP): Auswirkungen auf andere Stadtteile durch die Einschränkung der Buchungsplattformen in der Altstadt 2021.SR.000196
- 36 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Kurt Rüeegsegger, SVP): Vergabekriterien bei städtischen Mietwohnungen: was kostet die ungerechte Vergabe den Steuerzahler? Was für Folgen hat diese Praxis für effektiv auf günstige Wohnungen angewiesene Personen? 2023.SR.000050

37 Interfraktionelle Interpellation GB/JA, AL/PdA (Seraphine Iseli / Katharina Gallizzi / Anna Leissing, GB / David Böhner, AL / Matteo Micieli, PdA / Matthias Humbel, GFL / Therese Streit EVP): Kündigungen bei Sanierung sozial abfedern; Verlust von günstigem Wohnraum vorbeugen 2023.SR.000079

38 Motion Seraina Patzen und Eva Krattiger (JA!) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Konsequente Klimapolitik #8: Flugverbot für Dienstreisen; Begründungsbericht 2019.SR.000120

39 Motion Fraktion GB/JA! (Katharina Gallizzi, GB/Eva Krattiger, JA!): Solarpotential auf städtischen Gebäuden ausschöpfen; Begründungsbericht 2021.SR.000080

Eingereichte Traktanden

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Motion Ursula Stöckli (FDP): Reglement über die Kunst im öffentlichen Raum (KiÖR-Reglement, KiÖRR) revidieren
2. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP), Michael Ruefer (GFL), Thomas Glauser (SVP), Simone Machado (GaP): Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie Springgarten
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP/Niklaus Mürner, SVP/Thomas Glauser, SVP): Wieso wurde trotz der bestens eingeführten SBB-App und ÖV-Plus-App eine eigene Mobilitäts-App eingeführt? Was kostet den Steuerzahler den Flop mit der eingestellten Mobilitäts-App mit den Städten Zürich und Basel?
4. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP/Niklaus Mürner, SVP): Kritische Fragen im Zusammenhang mit Citysoftnet (Alternativlosigkeit Citysoftnet)
5. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP/Thomas Glauser, SVP/Ueli Jaisli, SVP): Kritische Fragen im Zusammenhang mit Citysoftnet (Ausgangslage und zur Zusammenarbeit mit dem Kanton)
6. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP), Simone Machado (GaP): Kritische Fragen zur ESC-Bewerbung
7. Interfraktionelles Postulat GFL, FDP (Lukas Gutzwiller, GFL/Oliver Berger, FDP): Stärkung der Direktionsvernehmlassungen prüfen, um die Qualität von Exekutiventscheiden zu stärken
8. Interfraktionelle Motion GFL, GB/JA!, GLP/JGLP/EVP, AL/PdA (Christoph Leuppi, GFL/Katharina Gallizzi, GB/Gabriela Blatter, GLP/Bettina Jans-Troxler, EVP/Matteo Micieli, PdA): Ausstiegsstrategie aus fossilem Erdgas als städtischer Energieträger
9. Kleine Anfrage Matteo Micieli (PdA), Raffael Joggi (AL): Kinderbetreuung zu Randarbeitszeiten: Welche Angebote gibt es in der Stadt Bern?
10. Motion Sibyl Eigenmann (Mitte), Lukas Wegmüller (SP), Matthias Humbel (GFL): Ein öffentlicher, ganzjährig zugänglicher Verkehrsgarten für die Stadt Bern
11. Kleine Anfrage Michael Ruefer (GFL): Wie viele Tempo 30- und Tempo 20-Zonen in der Stadt Bern sind juristisch blockiert?

Schluss der Sitzung: 22.33 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

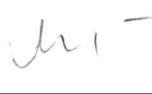
03.09.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

04.09.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPFER

Redaktion: Clara Rüsi